



Plenarprotokoll

135. Sitzung

Mittwoch, 14. Dezember 2016

Doppelte Staatsbürgerschaft erhalten - Optionszwang ablehnen

11270

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/4978

Gemeinsame Beratung

a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)

11270

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/4355

b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2017

11271

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/4356

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 18/4918

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/4965

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4966

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/4967		Torge Schmidt [PIRATEN].....	11326
		Lars Winter [SPD], Persönliche Erklärung.....	11329
c) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „Restrukturierungsfonds für von den Kommunen vorgehaltenen Wohnraum (REFUGIUM)“ und zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2016	11271	Beschluss: 1. Ablehnung der Änderungsanträge Drucksachen 18/4965, 18/4966 und 18/4967 2. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/4355 in der Fassung der Drucksache 18/4918 3. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/4356 in der Fassung der Drucksache 18/4918 4. Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/4935 an den Finanzausschuss 5. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/4849 6. Überweisung des Berichts Drucksache 18/4903 an den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung 7. Überweisung des Berichts Drucksache 18/4912 an den Finanzausschuss.....	11341
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/4935			
d) Bei der Umsetzung des Kommunalinvestitionsgesetzes nachsteuern	11271		
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/4849			
e) Infrastrukturbericht fortschreiben	11271		
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/4903			
f) Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2015	11271	Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Jugendförderungsgesetzes	11341
Berichts des Finanzministeriums Drucksache 18/4912		Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/4938	
Thomas Rother [SPD], Berichterstatter.....	11271	Beschluss: Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/4938 an den Sozialausschuss.....	11341
Tobias Koch [CDU].....	11272		
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	11278, 11322, 11329		
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11286, 11328	Wahl der Vizepräsidentin beziehungsweise des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein	11341
Dr. Heiner Garg [FDP].....	11293, 11299		
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	11300	Wahlvorschlag der Landesregierung Drucksache 18/4861	
Lars Harms [SSW].....	11307, 11327	Dr. Patrick Breyer [PIRATEN], Persönliche Erklärung.....	11341
Torsten Albig, Ministerpräsident...	11313		
Daniel Günther [CDU].....	11320		
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11323		
Wolfgang Kubicki [FDP].....	11325		

Beschluss: Annahme des Wahlvorschlags Drucksache 18/4861 mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder.....	11342	Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/4823 (neu)	
		Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	11344, 11353
Wahl der Mitglieder für die 16. Bundesversammlung am 12. Februar 2017	11342	Barbara Ostmeier [CDU].....	11346
		Thomas Rother [SPD].....	11347
Wahlvorschlag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/4927 (neu)		Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11348
		Wolfgang Kubicki [FDP].....	11350
		Lars Harms [SSW].....	11351
		Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa.....	11352
Wahlvorschlag der Fraktion der CDU Drucksache 18/4939		Beschluss: Ablehnung des Antrags Drucksache 18/4823.....	11354
Wahlvorschlag der Fraktion der FDP Drucksache 18/4953			
Wahlvorschlag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/4955		* * * *	
Beschluss: 1. Annahme des Wahlvorschlags Drucksache 18/4927 (neu) mit 35 Stimmen 2. Annahme des Wahlvorschlags Drucksache 18/4939 mit 21 Stimmen 3. Annahme des Wahlvorschlags Drucksache 18/4953 mit 6 Stimmen 4. Annahme des Wahlvorschlags Drucksache 18/4955 mit 6 Stimmen.....	11343	Regierungsbank: Torsten Albig, Ministerpräsident Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten	
Wolfgang Kubicki [FDP], Persönliche Erklärung.....	11343	Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten	
Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Landesarbeitsgerichts Schleswig-Holstein in Kiel	11344	Monika Heinold, Finanzministerin	
Wahlvorschlag des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/4937		Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie	
Beschluss: Annahme des Wahlvorschlags Drucksache 18/4937 mit der Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.....	11344	Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung	
		* * * *	
Reform der Zuweisung von Geldauflagen in Strafsachen	11344		

Beginn: 10:05 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 48. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Erkrankt ist die Abgeordnete Heike Franzen. Wir wünschen ihr gute Genesung.

(Beifall)

Ich rufe auf:

Doppelte Staatsbürgerschaft erhalten - Optionszwang ablehnen

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/4978

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe nicht, dass das der Fall ist.

Ich lasse über den Dringlichkeitsantrag, Drucksache 18/4978, abstimmen. Sie wissen, dass das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen gilt. Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich schlage Ihnen vor, den Antrag als Punkt 27 A in die Tagesordnung einzureihen, und bitte die Parlamentarischen Geschäftsführer, sich über die Redezeiten zu verständigen und mir einen Vorschlag über den Zeitpunkt des Aufrufs machen.

Ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 5, 6, 8, 13, 15 bis 19, 28 bis 30, 32, 33, 35, 36, 38 bis 41, 46 und 47 ist eine Aussprache nicht geplant.

Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 43, 44, 45, 51 und 52.

Zur gemeinsamen Beratung sind folgende Tagesordnungspunkte vorgesehen: 7, 15, 22, 49 und 50 - Haushaltsberatungen 2017, die zweite Lesung -, die Punkte 2 und 21 - Regierungserklärung Digitalisierungsstrategie des Landes Schleswig-Holstein und Rechtssicherheit für Anbieter freier WLAN-Internetzugänge schaffen -, die Punkte 10 und 11 - Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Hol-

stein und des Gesetzes über das Schleswig-Holsteinische Landesverfassungsgericht -, die Punkte 1, 9 und 27 - Windenergiepläne der Landesregierung, Änderung des Landesplanungsgesetzes und Akzeptanz der Windenergie erhalten - Industriestandort Schleswig-Holstein stärken - Bürger von den Kosten nicht genutzten Stroms entlasten.

Im Ältestenrat wurde weiter vereinbart, die erste und zweite Lesung der Gesetzentwürfe zur Errichtung eines Sondervermögens „Restrukturierungsfonds für von den Kommunen vorgehaltenen Wohnraum (REFUGIUM)“ und zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2016, Drucksache 18/4935, sowie zur Änderung des Jugendförderungsgesetzes, Drucksache 18/4938, in dieser Tagung durchzuführen. - Widerspruch sehe ich nicht, dann werden wir so verfahren.

Anträge zu einer Fragestunde liegen nicht vor. Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 48. Tagung.

Wir werden heute und morgen jeweils unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag - so wurde es vereinbart - ist keine Mittagspause vorgesehen, da die Sitzung voraussichtlich um 15 Uhr endet.

Für die heutige Debatte zum Haushalt wurde im Ältestenrat vereinbart, erst dann in die Mittagspause einzutreten, nachdem in einer ersten Runde alle Fraktionen das Wort erhalten haben. - Ich sehe keinen Widerspruch; dann werden wir entsprechend verfahren.

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages Schülerinnen und Schüler der Comenius-Schule aus Quickborn. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 7, 15, 22, 49 und 50 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/4355

(Präsident Klaus Schlie)

b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2017

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/4356

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 18/4918

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/4965

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4966

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/4967

c) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „Restrukturierungsfonds für von den Kommunen vorgehaltenen Wohnraum (REFUGIUM)“ und zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2016

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/4935

d) Bei der Umsetzung des Kommunalinvestitionsgesetzes nachsteuern

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4849

e) Infrastrukturbericht fortschreiben

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/4903

f) Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2015

Berichts des Finanzministeriums
Drucksache 18/4912

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht, wie ich sehe.

Ich erteile zunächst dem Berichterstatter des Finanzausschusses, Herrn Abgeordneten Thomas Rother, das Wort.

Thomas Rother [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal einen wunderschönen, wenn auch nebligen guten Morgen. Wir beraten heute den letzten Haushalt in dieser Legislaturperi-

ode. Während die Landesregierung im Haushaltsentwurf noch von einer geringen Neuverschuldung ausging, können wir nach den Beratungen im Finanzausschuss erstmals mit einem Haushaltsplan ohne neue Schulden in das neue Haushaltsjahr starten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im Vollzug haben wir ja bereits zweimal positive Haushaltsabschlüsse gehabt. Auch in diesem Jahr sieht es ganz gut aus. Trotz der im Moment günstigen Situation bleiben Regierung und Parlament natürlich angesichts der bestehenden Herausforderungen und Altlasten aufgefordert, weiter an der Konsolidierung des Haushalts zu arbeiten. Im Oktober haben wir einstimmig im Votum zu den diesjährigen Bemerkungen des Landesrechnungshofs unter anderem Folgendes beschlossen und damit das Ziel der Haushaltskonsolidierung bekräftigt:

Der Finanzausschuss stellt fest - in diesem Fall auch der Landtag -,

„dass die hohen Steuereinnahmen und die niedrigen Zinsen die strukturelle Lage des Landeshaushalts auch strukturell verbessert haben.

Andererseits ist das Land nach wie vor hoch verschuldet, hat hohe Versorgungsverpflichtungen aufgebaut, und aus den Verpflichtungen durch die Situation der HSH Nordbank drohen weitere Belastungen in Milliardenhöhe.

...

Dieses verstärkt die Verpflichtung des Landes, solide zu wirtschaften ... Der Abbau der Altschuldenlast muss ein finanzpolitisches Ziel bleiben.

Die Landesregierung muss am Ziel der Haushaltskonsolidierung festhalten. ... Dazu gehört auch die durch Stellen- und Personalabbau geplante strukturelle Entlastung beziehungsweise eine gleichwertige Ersatzmaßnahme.

Das Land muss noch mehr in den Erhalt und den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur investieren.“

So unser Landtagsbeschluss.

Die Investitionsquote erhöht sich nun mit dem neuen Entwurf leicht auf 7,2 %. Die Ausgaben sinken gegenüber dem Entwurf und liegen jetzt unterhalb

(Thomas Rother)

der Einnahmen. Statt einer Nettokreditaufnahme ist im Haushalt 2017 eine Tilgung von Schulden geplant. Der Abbau des Defizits wird vollständig erreicht. Die Zusagen gegenüber dem Stabilitätsrat werden erfüllt. Sie konnten das auch aus den Presseerklärungen und Pressemeldungen der letzten Tage ersehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Finanzausschuss hat die Haushaltsberatungen in der bewährten Weise durchgeführt: Rechtzeitig vor den Einzelplanberatungen, die er gemeinsam mit den jeweiligen betroffenen Fachausschüssen durchgeführt hat, lagen die Antworten der Ministerien auf die Fragen der Fraktionen und der Abgeordneten vor. Vielen Dank dafür an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ressorts.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

So konnten wir uns in den Ausschusssitzungen auf Nachfragen und Schwerpunkte konzentrieren. Im November und Anfang Dezember haben wir dann noch wie üblich die umfangreiche Nachschiebeliste beraten, mit der die Landesregierung die Haushaltsansätze an aktuelle Entwicklungen anpasst. So konnten zum Beispiel die Ausgaben für Geflüchtete und Zinsen zurückgeführt und die Verständigung mit den Kommunen berücksichtigt werden. Die Fraktionen werden gleich einzelne Maßnahmen nennen und eigene Schwerpunkte setzen. Die Vorlagen hat der Präsident schon angeführt, sie liegen auch auf Ihren Bänken.

Als Vorsitzender des Finanzausschusses möchte ich mich bei allen Beteiligten ganz herzlich bedanken, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei Ihnen für das konstruktive Klima im Finanzausschuss. Es war für uns alle weitaus angenehmer, nicht ganz so von Sparzwängen wie in der Vergangenheit beherrscht zu werden, sondern auch immer mehr darüber entscheiden zu können, an welchen Stellen wir mehr Geld ausgeben können. Frau Finanzministerin, bei Ihnen und Ihrem Team bedanke ich mich für die verlässliche Zusammenarbeit, Frau Dr. Schäfer, bei Ihnen für die kritische Begleitung und Vorschläge des Landesrechnungshofes. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Besonderer Dank gilt natürlich auch der Landtagsverwaltung und unserem Ausschussgeschäftsführer Ole Schmidt, die inhaltlich und vom Papiervolumen her immer noch - Sie wissen, was Ihnen da in den letzten Tagen noch zugegangen ist - vieles zu bewegen hatten.

Der Finanzausschuss hat am letzten Donnerstag über den Haushalt, die Nachschiebeliste der Regierung und die Änderungsanträge der Fraktionen abgestimmt. Ganz sparsam weise ich Sie sozusagen darauf hin. Im Namen der Mehrheit des Finanzausschusses bitte ich, das Haushaltsgesetz, das Haushaltsbegleitgesetz und den Plan des Landeshaushalts für das Jahr 2017 in der Fassung der Ihnen mit Drucksache 18/4918 vorliegenden Beschlussempfehlung anzunehmen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. - Wortmeldungen zum Bericht gibt es nicht.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als im Jahr 2010 die **Schuldenbremse** in unsere Verfassung aufgenommen wurde, war die Abgeordnete Monika Heinold dezidiert der Auffassung, dass Schleswig-Holstein diese Vorgabe niemals würde aus eigener Kraft erfüllen können.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Stimmt!)

Auch als Ministerin blieb Monika Heinold dieser Auffassung treu, obwohl die Vorgängerregierung von CDU und FDP bereits die Hälfte des erforderlichen Weges gemeistert hatte.

(Lachen Dr. Ralf Stegner [SPD])

Mit dem jetzigen Haushalt 2017 stellt Monika Heinold unter Beweis, dass Sie die ganze Zeit über recht gehabt hat.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Partielle Amnesie!)

Schleswig-Holstein erfüllt zwar die Schuldenbremse, und das sogar drei Jahre früher als verlangt, aber eben nicht aus eigener Kraft und ohne jede eigene Anstrengung dieser rot-grünen-blauen Landesregierung.

(Beifall CDU und FDP)

Es sind ausschließlich Steuererhöhungen, zusätzliche Bundesmittel und gesunkene Zinsausgaben,

(Tobias Koch)

(Beate Raudies [SPD]: Es ist schon wieder Weihnachten!)

die das Einhalten der Schuldenbremse und einen Haushaltsüberschuss von 47 Millionen € möglich machen.

Allerdings war auch zum Ende der Regierungszeit von CDU und FDP die schwarze Null schon fast erreicht.

(Beate Raudies [SPD]: Ja, aber um welchen Preis? - Zurufe Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Die Neuverschuldung betrug damals lediglich noch 27 Millionen € vor Zuführung in die neu geschaffenen Sondervermögen. Fünf Jahre SPD, Grüne und SSW machen also gerade mal einen Unterschied von 74 Millionen € aus, nämlich von minus 27 Millionen € zu plus 47 Millionen €.

(Zurufe)

Das ist alles, was von dem zusätzlichen finanziellen Spielraum von rund 2.500 Millionen € aus höheren **Steuereinnahmen**, zusätzlichen Bundeszuweisungen und gesunkenen Zinsausgaben übrig geblieben ist. Wie sagte Peter Harry Carstensen neulich so schön: Das hätte meine Oma auch gekonnt!

(Beifall CDU und Dr. Heiner Garg [FDP] - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielleicht hätte man die Oma von Herrn Carstensen aufstellen sollen! - Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das Erschreckende daran ist

(Zurufe)

- ich warte gerne, bis Sie sich beruhigt haben -, dass trotz dieser gigantischen Mehrausgaben die Probleme des Landes in keiner Weise gelöst sind:

(Beifall Volker Dornquast [CDU] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Unterrichtsausfall, Kita-Gebühren, innere Sicherheit, Verkehrsinfrastruktur - überall besteht weiterer Handlungsbedarf.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Herr Albig, Sie hatten ein gutes Jahr nach dem anderen, Sie mussten nicht mit sinkenden Einnahmen und den Folgen einer Weltwirtschaftskrise zurechtkommen, sondern Sie konnten aus dem Vollen schöpfen. Auf politisch unangenehme Ausgabenkürzungen haben Sie von vornherein selbst verzichtet. Sie haben in Ihrer Regierungszeit mehr neues

Personal eingestellt, als Sie gleichzeitig mit dem Stellenabbaupfad abgebaut haben.

(Zuruf Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Selbst die Misserfolge Ihrer Pläne zur Verwaltungsvereinfachung - sei es KoPers oder E-Beihilfe - konnten Sie dank sprudelnder Einnahmen mühelos verkraften.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Albig, kein anderer Ministerpräsident vor Ihnen hatte es so leicht wie Sie. Ihre Leistung besteht trotzdem einzig und allein darin, dass Sie diesen Spielraum von 2.500 Millionen € fast vollständig ausgenutzt haben, ohne damit die Probleme des Landes zu lösen. Das hätte man wirklich besser machen können, Herr Albig.

(Beifall CDU - Zurufe SPD)

Ich will mir gar nicht ausmalen, wie es denn wäre, wenn wieder einmal schwere Zeiten auf unser Land zukommen sollten und Sie dann immer noch Ministerpräsident sein sollten. In guten Zeiten zu regieren, das ist leicht, das kann jeder, das haben auch Sie geschafft. Unser Land braucht aber keinen Schönwetter-Kapitän.

(Beifall CDU)

Schauen wir uns den Handlungsbedarf im Einzelnen an. Erstes Stichwort: **Unterrichtsausfall**. Mit 1.250 Lehrerstellen hatte Bildungsministerin Professor Dr. Waltraud Wende in ihrer Landtagsrede vom 16. November 2012 den zusätzlichen Bedarf beziffert, um eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung zu erreichen. Mit dem Haushalt 2017 kommt die Landesregierung mittlerweile auf 2.250 neu geschaffene Lehrerstellen, also 1.000 mehr als der selbst von Ihnen ermittelte Bedarf.

(Martin Habersaat [SPD]: Ist Ihnen aufgefallen, was letztes Jahr passiert ist?)

- Herr Kollege Habersaat, auch wenn man davon die 770 Stellen für den Flüchtlingsbereich abzieht, müsste die Lücke doch eigentlich geschlossen sein. Dennoch fällt weiterhin Unterricht aus: von 2,5 % an den Grundschulen bis hin zu 8,9 % an den berufsbildenden Schulen. So ist es dem jüngsten Bericht zur Unterrichtssituation an den Schulen zu entnehmen. Die Ursache für diese Diskrepanz haben wir hier im Landtag mehrfach diskutiert. Die flächendeckende Einrichtung von Kleinstoberstufen an Gemeinschaftsschulen verursacht ebenso einen zusätzlichen Lehrkräftebedarf wie ein ideologisch

(Tobias Koch)

geprägter Inklusionsansatz, der eine 100-%-Quote bei der inklusiven Beschulung zum Maß aller Dinge erklärt.

(Martin Habersaat [SPD]: Abkehr von der Inklusion ist so ein heftiger Wandel bei Ihnen!
- Serpil Midyatli [SPD]: Das trauen Sie sich doch nur, weil Heike Franzen heute nicht da ist! - Zuruf Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Nach Berechnungen der GEW sind deshalb trotz der in dieser Wahlperiode neu geschaffenen Stellen weitere 1.600 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer erforderlich, um eine 100-prozentige Unterrichtsversorgung zu erreichen.

(Zurufe)

- Ich würde meine Gedanken gern weiter ausführen.

(Lars Harms [SSW]: Bei euch wären es 3.500 gewesen!)

Nach Berechnungen des Erziehungswissenschaftlers Professor Klaus Klemm fehlen alleine 500 Lehrerinnen und Lehrer für den inklusiven Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was wollen Sie uns damit jetzt sagen?)

Ministerin Ernst reagiert auf diese Zahlen - das möchte ich Ihnen damit sagen, Frau Kollegin Fritzen -, indem sie Abhilfe in der Zukunft verspricht. Im Rahmen ihrer Bildungsoffensive möchte die Ministerin 500 zusätzliche Stellen für Sonderschullehrkräfte und -pädagogen schaffen, aber eben erst in der nächsten Wahlperiode.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was heißt denn das?)

Auch die Ankündigung einer 100-prozentigen Unterrichtsversorgung in drei Jahren fällt eben erst in die nächste Wahlperiode. Sie scheinen vergessen zu haben, dass Sie zurzeit noch regieren. Sie könnten das jetzt mit dem Haushalt 2017 selbst direkt in die Tat umsetzen, statt nur Ankündigungen für die Zukunft zu machen.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Im Bildungsbereich wurden die Probleme nicht gelöst. Das kann man wirklich besser machen. Mit dem CDU-Antrag wollen wir bereits im kommenden Jahr über die Planungen der Landesregierung hinaus 400 zusätzliche Lehrerstellen schaffen, und wir beantragen erneut die Einrichtung einer zusätzlichen Pro-

fessur für **Sonderpädagogik** an der Uni Flensburg, um auf diese Weise den erhöhten Bedarf an Sonderschullehrkräften decken zu können.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zweites Stichwort: innere Sicherheit. Es wird noch bis zum Jahr 2019 dauern, bis die ersten zusätzlichen ausgebildeten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ihren Dienst antreten werden.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Selbst dann entsprechen die 100 zusätzlichen Stellen einer Personalaufstockung von gerade einmal 1 %. Herr Albig, jetzt rächt sich, dass Sie vor der veränderten Sicherheitslage in Deutschland viel zu lange die Augen verschlossen haben. Statt die Forderungen von GdP und Opposition nach Personalverstärkung bei der **Polizei** ernst zu nehmen, haben Sie lieber drei Jahre lang an ihren falschen Personalabbauplänen festgehalten und erst in diesem Jahr das Ruder viel zu spät herumgerissen.

(Lachen und Zurufe SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- So war es doch, liebe Kolleginnen und Kollegen!
- Aber das kann einem Schönwetter-Kapitän wie Ihnen natürlich einmal passieren, wenn die Wellen etwas kabbeliger werden. Ärgerlich ist nur, dass sich dieser Zeitverlust nicht wieder aufholen lässt. Der von Ihnen angerichtete Schaden lässt sich nicht wiedergutmachen, Herr Albig!

(Beifall CDU)

Immerhin legt der Innenminister im letzten Jahr seiner Amtszeit ein Sicherheitspaket mit verbesserter Ausstattung und Ausrüstung für die Polizei vor. 14 Millionen € werden dafür angekündigt. Lediglich 11,2 Millionen davon finden sich im Haushalt 2017 wieder. Die fehlenden Millionen will die Finanzministerin noch in diesem Jahr zusätzlich zur Verfügung stellen. Frau Heinold, da fragt man sich, wie Sie dies am Gesetzgeber vorbei ohne Nachtragshaushalt überhaupt bewerkstelligen wollen. Ich will doch sehr hoffen, dass das keine Nebelkerzen waren, denn solche gehören definitiv nicht zum Ausrüstungsbedarf unserer Polizei.

Die Koalition ist sich noch nicht einmal über den Inhalt des Sicherheitspakets einig. Statt sich auf die fachliche Empfehlung des Innenministeriums zu verlassen, wird jetzt politisch über die Art der Bewaffnung diskutiert.

(Tobias Koch)

Hamburg ist da ein ganzes Stück weiter: Schutzwesten, Helme, Gewehre und gepanzerte Fahrzeuge. Wenn das unter Rot-Grün in Hamburg möglich ist, muss das doch auch bei uns in Schleswig-Holstein möglich sein!

(Beifall CDU)

Eine verbesserte passive Schutzausrüstung ist gut für die Sicherheit unserer Polizistinnen und Polizisten. Wie sollen sie aber allein mit Helmen und Schutzwesten für mehr Sicherheit der Bevölkerung sorgen? Der Antrag der CDU-Fraktion stockt deshalb die Ausrüstungsmittel auf 20 Millionen € auf, damit unsere Polizei zukünftig in der Lage ist, einem terroristischen Bedrohungsszenario aktiv zu begegnen.

Die Anforderungen im Bereich der inneren Sicherheit sind aber nicht allein auf die Polizei beschränkt, sondern auch bei Staatsanwaltschaften und **Justizvollzug** besteht Handlungsbedarf. Die Zahl der Staatsanwälte liegt in Schleswig-Holstein unter 90 % des nachgewiesenen Bedarfs. Dadurch ist nicht nur die Belastungssituation des vorhandenen Personals extrem hoch, sondern dadurch können auch Ermittlungsverfahren nicht so zügig abgeschlossen werden, wie es erforderlich wäre. Eine effektive Strafverfolgung ist aber Grundvoraussetzung dafür, dass das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat erhalten bleibt.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Die Personalaufstockung bei der Polizei muss deshalb mit einer Erhöhung der Kapazitäten bei der **Staatsanwaltschaft** einhergehen. Die CDU-Fraktion macht in ihrem Haushaltsantrag mit zehn zusätzlichen Stellen für die Staatsanwaltschaften dafür einen wichtigen Schritt.

In den Justizvollzugsanstalten war auch schon ohne die zusätzlichen Belastungen des neuen Strafvollzugsgesetzes die Aufrechterhaltung des ordnungsgemäßen Betriebs kaum noch möglich. Mittlerweile herrschen in einigen Anstalten chaotische Verhältnisse.

Liebe Frau Spoorendonk, es reicht eben nicht, nur auf die Stellenpläne zu verweisen, sondern es kommt auch auf das tatsächlich verfügbare Personal in den JVA an. Bei Krankenständen von bis zu 14 % fehlen jeden Tag fast 100 Mitarbeiter im allgemeinen Vollzugsdienst.

(Wortmeldung Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich würde gern weiter ausführen.

Mit nur 20 neuen Stellen im Haushalt 2017 lässt sich diese Lücke nicht schließen. Der CDU-Antrag sieht deshalb vor, darüber hinaus weitere 30 Stellen neu zu schaffen. Außerdem werden wir in unserer Regierungsverantwortung die zusätzlichen Belastungen durch ganztägigen Aufschluss und das Tragen privater Kleidung wieder rückgängig machen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Innere Sicherheit lässt sich besser machen als von dieser Landesregierung.

(Widerspruch SPD)

Drittes Stichwort: **Kita-Gebühren**. Von 2004 bis 2009 war der Landeszuschuss auf 60 Millionen € gedeckelt - verantwortliche Ministerin Ute Erdsiek-Rave, SPD. In der Regierungszeit von CDU und FDP dann die Anhebung auf 70 Millionen € im Jahr 2011 - verantwortlicher Minister Ekkehard Klug, FDP. Von 2012 bis heute lag wieder ein Deckel auf diesem Betriebskostenzuschuss des Landes von 70 Millionen € - verantwortliche Ministerin Kristin Alheit, SPD.

Kein Wunder, dass die Elternbeiträge immer weiter angestiegen sind, wenn das Land seinen Betriebskostenzuschuss im Laufe von zwölf Jahren gerade einmal um 1,2 % pro Jahr angehoben hat!

(Zuruf Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Frau Kollegin Erdmann, an dieser Tatsache ändert sich auch dadurch nichts, dass das Land mittlerweile insgesamt über 200 Millionen € für Kinderbetreuung in die Hand nimmt. Denn dieser Anstieg - das wissen Sie auch - ist ganz überwiegend auf die neu hinzugekommenen Krippenplätze für die unter Dreijährigen zurückzuführen. Genau dadurch ist die Finanzierung der Kinderbetreuung aber noch komplexer geworden, als sie es ohnehin schon war, nämlich mit zwei unterschiedlichen Finanzierungssäulen, auf der einen Seite für Krippen und auf der anderen Seite für Kitas.

Diesem komplizierten Mechanismus fügt die Koalition jetzt noch ein weiteres systemfremdes Element hinzu, indem an die Eltern von Krippen-Kindern - und nur an die - 100 € direkt ausgezahlt werden sollen.

(Thomas Hölck [SPD]: Richtig so!)

Bis alle Eltern, auch die der drei- bis sechsjährigen Kinder, davon profitieren werden, soll es nach dem SPD-Wahlprogramm sogar noch drei Jahre länger dauern, vorausgesetzt dass Sie dafür einen Koalitionspartner finden. Von einer Gebührenfreiheit sind

(Tobias Koch)

Sie damit noch ganz weit entfernt, zumal die Betriebskosten in der Zwischenzeit weiter steigen und sich auch die Elternbeiträge dementsprechend weiter erhöhen werden.

(Zurufe SPD)

Qualitätsverbesserungen sind mit einer Direktauszahlung an die Eltern erst recht nicht zu erreichen.

(Vereinzelter Beifall CDU - Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Gegenentwurf der CDU haben wir im Landtag schon mehrfach diskutiert: Aufstockung des Landesanteils auf ein Drittel der Betreuungskosten. Dafür sieht der CDU-Antrag zusätzliche 35 Millionen € über den Ansatz der Landesregierung hinaus vor.

(Beifall Peter Sönnichsen [CDU])

Damit verbunden ist nach unserer Vorstellung die gesetzliche Beschränkung des Elternanteils auf maximal ein Drittel der Betreuungskosten. In den Folgejahren kann dieser Elternanteil dann durch eine weitere Aufstockung des Landeszuschusses schrittweise auf 25 % abgesenkt werden.

Totaler Humbug war dagegen die Argumentation von Ministerin Alheit in der letzten Landtagssitzung. In diesem Zusammenhang mit dem durchschnittlichen Elternanteil zu argumentieren, ist doch grob irreführend, Frau Alheit. Denn darin sind ja auch all die Eltern enthalten, die entweder gar keinen oder einen stark ermäßigten Beitrag aufgrund der Sozialstaffel zahlen.

Für jeden Normalverdiener aber gilt der in der Gebührensatzung der jeweiligen Gemeinde festgelegte Anteil. In dem damals von Ihnen zitierten Beispiel der Stadt Reinbek sind das nun einmal 37,5 %, wie in vielen anderen Gemeinden auch. Es finden sich sogar Beispiele von 38, 40 und noch mehr Prozent als Anteil der Eltern.

Für alle diese Eltern bedeutet unser Vorschlag einer gesetzlichen Beschränkung des Elternanteils auf maximal 33 % eine sofortige Gebührensenkung.

(Beifall CDU)

Mit der Erhöhung des Landeszuschusses wird den Kommunen der dafür erforderliche Konnexitätsausgleich gewährt, und zugleich werden die Kommunen durch die Aufstockung des Landesanteils in die Lage versetzt, Qualitätsverbesserungen und flexiblere Öffnungszeiten einzuführen.

Meine Damen und Herren, außerdem wollen wir erreichen, dass jedes Kind in einer Krippe oder Kita ein vollwertiges, warmes Mittagessen erhält.

(Beifall CDU - Zuruf SPD: Schweinefleisch!
- Weitere Zurufe SPD)

Wir stellen deshalb mit einem zusätzlichen Landesprogramm ab dem nächsten Kita-Jahr sicher, dass diese Selbstverständlichkeit nicht an der bislang erforderlichen Zuzahlung der Eltern von 1 € pro Essen und Tag scheitert. Dafür planen wir in unserem Haushaltsantrag 3 Millionen € im kommenden Jahr zusätzlich ein und beantragen hierüber namentliche Abstimmung.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Auch im Bereich Kita-Gebühren und **Kinderbetreuung** kann man es wirklich besser machen als diese rot-grünblaue Landesregierung.

Viertes Stichwort: **Verkehrsinfrastruktur**. Hier zeigen sowohl Haushaltsentwurf als auch die jetzt vorliegende Fortschreibung des Infrastrukturberichts gleich doppelt auf, dass das IMPULS-Programm untauglich ist, den **Sanierungsstau** zu beseitigen. Über 70 Millionen € fließen aus IMPULS in den Haushalt 2017, und trotzdem sinken die Investitionsausgaben im kommenden Jahr gegenüber diesem Jahr um 12 Millionen €. Das IMPULS-Programm sorgt also gar nicht für zusätzliche Investitionen, es dient lediglich dazu, Investitionskürzungen an anderer Stelle zu kompensieren.

Das zeigt sich auch im Vergleich zu 2012, also dem letzten Regierungsjahr von CDU und FDP: Trotz 70 Millionen € IMPULS-Programm im nächsten Jahr werden die damaligen Investitionen gerade einmal um 25 Millionen € übertroffen, Frau Heindl. Das deckt noch nicht einmal die Preissteigerungen, die seitdem eingetreten sind.

(Beifall Volker Dornquast [CDU])

Das gleiche Bild liefert die Fortschreibung des Infrastrukturberichts: Der für 2014 ermittelte Sanierungsstau konnte zwischenzeitlich zwar um 459 Millionen € abgebaut werden - fein -, gleichzeitig ist aber durch neu aufgetretenen Bedarf und durch zwischenzeitliche Preissteigerungen ein zusätzlicher Mehrbedarf von 450 Millionen € entstanden. In Summe ist das Land damit beim Abbau des Sanierungsstaus in den letzten zwei Jahren keinen einzigen Schritt weitergekommen.

Es ist deshalb ein absoluter Irrglaube, davon auszugehen, dass Schleswig-Holstein bei Umsetzung des

(Tobias Koch)

IMPULS-Programms im Jahr 2030 durchsaniiert sei, wie es der Ministerpräsident in Aussicht gestellt hat.

Stellen Sie sich einmal vor, Sie hätten im Jahr 2014 festgestellt, dass das Dach Ihres Hauses kaputt ist und es bis zum Jahr 2030 dauern würde, bis dieser Schaden endlich repariert ist. Dann würden Sie zwischenzeitlich merken, dass auch Ihre Heizung kaputtgegangen ist und es durch die Fenster zieht.

Wer also meint, der zum Stichtag 2014 festgestellte Sanierungsbedarf könne über 16 Jahre verteilt und allmählich abgebaut werden, der wird immer wieder feststellen müssen, dass zwischendurch neuer Sanierungsbedarf und Preissteigerungen eintreten werden, sodass es auf diese Weise mit dem IMPULS-Programm der rot-grün-blauen Landesregierung nie gelingen wird, einen sanierungsfreien Zustand zu erreichen.

(Beifall CDU)

Mit dem CDU-Haushaltsantrag stocken wir deshalb die **Investitionen** in unsere **Landesstraßen** um zusätzliche 23 Millionen € auf, sodass insgesamt die Summe von 90 Millionen € für Investitionen beim Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr zur Verfügung stehen.

Noch viel schlimmer als das Versagen der Landesregierung beim Abbau des Sanierungsstaus ist aber Ihre Verweigerungshaltung beim Infrastrukturaus- und -neubau. Da stellt eine grüne Finanzministerin immerhin 10 Millionen € im Haushalt 2017 bereit, um damit Infrastrukturprojekte ab dem Jahr 2018 zu planen. 7 Millionen € sind dabei bereits konkreten Projekten zugeordnet wie der Rader Hochbrücke oder der Fehmarnsund-Brücke.

Was machen die Regierungsfractionen mit den verbleibenden freien 3 Millionen € nicht verbrauchter Planungsmittel? Sie nutzen sie als Steinbruch, sie nutzen sie als Deckungsmittel für ihren Koalitionsantrag zugunsten fahrradfreundlicher Kommunen, zugunsten der Gartenfreunde im Sinne der Biodiversität, für einen Zuschuss an den Bauspielplatz Roter Hahn und für viele andere tolle Projekte. So wird es nie gelingen, die vom Bund deutlich aufgestockten Mittel des Bundesverkehrswegeplans nach Schleswig-Holstein umzulenken und in unserem Land für eine bessere und wettbewerbsgerechte Verkehrsinfrastruktur zu sorgen.

(Zurufe SPD)

Ganz anders der Antrag der CDU-Fraktion: Anstatt bei den Planungskosten zu kürzen, stocken wir diesen Titel um 3 Millionen € auf, um mit den Planun-

gen für den Ausbau der B 5 und der B 404 unverzüglich beginnen zu können.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Auch beim Abbau des Sanierungsstaus und beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur kann man es besser machen als diese rot-grün-blaue Landesregierung.

Die großen Unterscheidungsmerkmale des CDU-Entwurfs für den Haushalt 2017 habe ich Ihnen erläutert. Ich will aber nicht versäumen, einige kleinere Änderungen zumindest kurz zu erwähnen. Zu nennen sind 1 Million € für die Planung von zusätzlichen Studentenwohnungen, 1,5 Millionen € für den von uns seit Langem geforderten Fonds für Barrierefreiheit, weitere 1,5 Millionen € für die Wiedereröffnung und den Betrieb der Abschiebehaftanstalt in Rendsburg sowie 3,25 Millionen € für den Landessportverband sowie zur Sanierung von vereinseigenen und kommunalen Sportstätten.

Das alles satteln wir nicht einfach auf den Regierungsentwurf obendrauf, sondern decken es durch Umschichtungen und Ausgabenkürzungen innerhalb des Haushalts. Wir streichen das 100-€-Krippengeld sowie die damit verbundenen Bürokratiekosten. Wir lösen die Ausgabenermächtigungen bei den Personalarücklagen auf, damit diese nicht für zusätzliche Personalausgaben verwendet werden können.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aha!)

Wir passen die Zinsausgaben geringfügig an. Nach dem Beschluss der EZB in der vergangenen Woche wäre da noch deutlich mehr Spielraum gewesen. Und wir kalkulieren die Erstattung des Bundes für die im Anerkennungsverfahren befindlichen Asylbewerber auf zutreffender Zahlenbasis ein. Nicht zuletzt kürzen wir eine Fülle von Einzelpositionen, insbesondere im Personalbereich des Ministerpräsidenten.

(Lachen Ministerpräsident Torsten Albig)

- Herr Albig, das sind die zusätzlichen Stellen, die Sie sich in den letzten Jahren abweichend vom Stellenabbaupfad einfach selber genehmigt haben.

(Beifall CDU und Dr. Heiner Garg [FDP])

Meine Damen und Herren, unsere Alternativen zu dieser Landesregierung liegen damit auf dem Tisch. So lösen wir die Probleme unseres Landes. Schleswig-Holstein hat etwas Besseres verdient als Rot-Grün-Blau. - Herzlichen Dank.

(Tobias Koch)

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags unseren ehemaligen Kollegen Uli Schippels. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

Für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte über den Landeshaushalt 2017 gibt uns Gelegenheit, eine Generalausprache über die politischen Verhältnisse in Schleswig-Holstein zu führen und über die Bilanz der Regierungskoalition und unsere politischen Leitlinien für die Zukunft dieses Landes zu diskutieren. Herr Kollege Koch, Sie haben eben ein Bild von Schleswig-Holstein gezeichnet, das wirklich nichts mit dem Leben in unserem Land zu tun hat.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Unruhe)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, Entschuldigung. - Wenn es notwendige Gespräche von Abgeordneten mit Regierungsmitgliedern gibt, dann bitte ich, sie draußen zu führen, weil es hier den Redner erheblich stört.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Vielen Dank. - Sie haben politische Vorstellungen beschrieben, die nichts mit der realen Regierungspolitik der CDU aus der jüngeren Vergangenheit zu tun haben. Sie haben eine Rede gehalten, die an den Fakten vorbeigeht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In Zeiten von Trump und Co. ist das ja modern geworden; „postfaktisch“ ist das Unwort des Jahres 2016.

Herr Kollege Günther, mich hat es ein bisschen gewundert - um bei dem maritimen Bild von Herrn Koch zu bleiben -, dass sich nicht der Smutje traut, hier zu reden, sondern den Beikoch schickt, um die Anträge der CDU zu begründen. Das hat mich schon ein bisschen gewundert, muss ich Ihnen ehrlich sagen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dass Sie in der Generaldebatte als Oppositionsfraktion so schlapp reagieren, liegt vielleicht an Ihrer Weihnachtsfeier gestern Abend. Aber ein bisschen wenig war das schon, wenn es um die Zukunft des Landes Schleswig-Holstein geht.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich will mich an die Fakten halten und in der realen Welt bleiben. Die Küstenkoalition stellt heute ihren Haushaltsentwurf 2017 und ergänzende Anträge zur Abstimmung. Wir belegen einmal mehr, dass wir Wort halten und substantiell etwas dafür tun, dass das Leben der Menschen in Schleswig-Holstein besser wird. Ich will Ihnen das an zehn Punkten verdeutlichen.

Erstens. Die Küstenkoalition steht für gute Bildung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Bildung war, ist und bleibt nicht nur fiskalisch die Priorität Nummer eins unserer Agenda. Die Koalition bleibt auf Kurs und orientiert sich an dem Leitbild von mehr und besserer Bildung. Wir wollen kein Kind und keinen Jugendlichen in diesem Land zurücklassen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir fangen bereits bei unseren Kleinsten, unseren Kindern und Enkelkindern, an. Unser Dreiklang in der Kita-Politik bleibt die verlässliche Säule für Kommunen, Einrichtungen und Familien. Wir bauen Betreuungsangebote um nochmals 10 Millionen € aus und werden die Mittel für die zweite Kraft am Nachmittag um 5 Millionen € erhöhen, denn wir wissen, wie wichtig das Personal in den Einrichtungen ist.

Die Qualität verbessern wir auch über die Förderung von regionalen Minderheiten entsprechend, über Qualitätsentwicklung, Fachberatung, Familienzentren, Zuweisungen für Hortmittagessen oder Sprachbildung. Hinzu kommt das Kita-Geld als erster richtiger Schritt auf dem Weg zur Beitragsfreiheit, die wir von der **Kita** bis zur Uni und der Berufsbildung wollen. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen. Die Menschen in Schleswig-Holstein haben die Wahl. Die CDU will den Familien das Geld wieder wegnehmen. Wir werden darüber im Februar in diesem Haus abstimmen. Wir werden die Familien nicht im Stich lassen.

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vorwärts geht es auch im Bereich der Schulpolitik. Kontinuierlich haben wir die Zahl der Referendarstellen erhöht. Wir haben auch dort jetzt Möglichkeiten für Freiwilligendienste geschaffen, ein Freiwilliges Soziales Jahr in der Schule. Das sind mit anderen Dingen zusammen konkrete Beiträge, um das Ziel der hundertprozentigen Unterrichtsversorgung zu erreichen.

Es reicht nämlich nicht, Herr Kollege Koch, plötzlich möglichst eine hohe Zahl von Lehrerstellen zu nennen, für die es überhaupt kein Personal gibt. Dazu braucht es mehr. Dort sind Ihre leeren Versprechungen, hier ist unsere konkrete Politik.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben den schwarz-gelben Abbau der **Lehrerstellen** - wie versprochen - korrigiert. 300 Stellen wurden in das System zurückgegeben, weitere 728 folgten mit der BAföG-Entlastung, 520 Stellen als Reaktion auf die Flüchtlingszahlen. Inzwischen sind es 2.000 Lehrerstellen mehr, als CDU und FDP vorgesehen haben. Unser Politikwechsel hat die schwarz-gelbe Kahlschlagpolitik bei den Lehrerstellen ein für alle Mal beendet.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Tobias Koch [CDU])

Britta Ernst hat es wunderbar verstanden, den Schulfrieden mit Leben zu füllen. Ihre Schwerpunkte berufliche Bildung, Qualität, Inklusion und Digitalisierung haben wir auch im Landeshaushalt unterfüttert.

Die FDP will Deutsch als Zweitsprache stärken, aber sie tut dies auf Kosten der Kooperationspartner. Die FDP will die Schulsozialarbeit stärken, aber sie will dafür die Schulassistenten aufgeben. Wir sichern Angebote für Flüchtlinge, die sich bewährt haben, ohne dass das auf Kosten anderer Bevölkerungsteile geht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Mensch!)

Wir haben die Mittel für die Schulsozialarbeit verdreifacht. Wir haben mit den Schulassistenten einen wichtigen und bewährten Beitrag geleistet. Sie sehen, es geht sowohl als auch.

Vielen Dank, liebe Britta Ernst, für gute Regierungsarbeit im Bereich der Bildungspolitik!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zweitens. Die Küstenkoalition steht für **soziale Gerechtigkeit**. Wir haben den sozialen Zusammenhalt in unserem Land gestärkt. Schwarz-Gelb hat uns einen Kahlschlag im Sozialbereich hinterlassen.

(Zurufe FDP: Genau!)

Soziale Hilfestrukturen wurden als reine Kostenfaktoren angesehen. Die soziale Infrastruktur wurde gefährdet. Tausende Menschen haben vor dem Landeshaus demonstriert. Sie haben sich damals gebrüht und sind abgewählt worden. Wir haben versprochen, diesen Kahlschlag zurückzunehmen. Dieses Versprechen haben wir gehalten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Dafür werden Sie auch abgewählt, Herr Kollege Stegner!)

Ob Blindengeld, Frauenhäuser, Mädchenarbeit, Kinderschutz, Frühe Hilfen, Jugendverbandsarbeit, Suchthilfe, dezentrale Psychiatrie, Landesfrauenrat, Sozialvertrag, alles Maßnahmen zur Gleichstellung, all diese Institutionen gehörten zu den Opfern Ihrer Kürzungspolitik. Sie wurden an den Rand ihrer Existenz gebracht. Wir haben ihre Zukunft gesichert, weil wir wissen, welche Bedeutung das hat. Niemand weiß das besser als unsere Sozialministerin Kristin Alheit, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unsere **Sozialpolitik** begleitet das ganze Leben. Angefangen bei den Herausforderungen der Geburtshilfe bis zum Ausbau der Pflegeinfrastruktur nehmen wir uns der Menschen an. Mehr Mittel für Geburtshilfekonzerte im ländlichen Raum, eine Koordinierungsstelle für die ehrenamtliche Hospizarbeit, weitere stationäre Hospizplätze, das ist konkret. Auch die Realisierung der Pflegekammer, mit der die Pflegenden endlich eine Stimme bekommen, war wichtig.

(Zurufe FDP: Oh!)

Wichtig war auch die Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze in der Altenpflege durch das Land von 1.200 auf 2.100.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich könnte noch viele soziale Projekte nennen, die bei Ihnen immer dem Rotstift zum Opfer fallen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau!)

Nicht bei uns!

(Dr. Ralf Stegner)

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein!)

Verbraucherinsolvenzberatung, Präventionsmaßnahmen, Frühe Hilfen, Jugendhilfeträger, Betreuung traumatisierter Flüchtlinge, Mammadiagnostik - das sind viele Beispiele, bei denen wir uns um Menschen kümmern, die unsere Hilfe brauchen.

Vielen Dank, liebe Kristin Alheit, für die gute Regierungsarbeit!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP] - Dr. Heiner Garg [FDP]: Mammografie gibt es seit 25 Jahren!)

- Lärmen Sie doch nicht so! Sie haben inhaltlich doch nichts zu melden! Hören Sie einmal zu, und bringen Sie einmal einen Beitrag! Die Rede von Herrn Koch war von der Substanz her kolossal schwach. Ich will Ihnen etwas zum Inhalt sagen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Drittens. Die Küstenkoalition steht für **Nachhaltigkeit**. Mit Blick auf die bevorstehenden Herausforderungen wie die konsequente Realisierung der Energiewende muss Nachhaltigkeit die Grundbedingung unseres Handelns werden. Mit der Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes haben wir uns dafür eingesetzt, Biodiversität und biologische Vielfalt zu stärken. Projekte wie die der Gartenfreunde, mit der die Artenvielfalt gesichert wird, die Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes, die Ausweitung des Verbunds von Schutzgebieten, ökologisch wertvolle Flächen, Integrierte Stationen - das alles ist nicht nice to have, sondern entspricht unserer Einsicht in die Notwendigkeit, weil wir nur einen Planeten haben und Verantwortung für die kommenden Generationen tragen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Diese Maßnahmen ergänzen unsere hervorragende Bilanz im umweltpolitischen Bereich. Aufstockung der Umweltbildung, Unterstützung von Imkern und Bienen, Naturschutzverbände, Biotopkartierung, Förderung des ökologischen Landbaus sind weitere Beiträge und größere Aufgaben für unsere ökologische Gesellschaft.

Auf dem diesjährigen Klimagipfel in Marrakesch wurde beraten, wie das mit der Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens denn geht. Dabei ist einer der ersten Schritte immer eine Schärfung des Bewusstseins für **Klima-, Umwelt- und Naturschutz**. Mit der Förderung des Naturfilmfestivals

„Green Screen“ haben wir gezeigt, wie man das Bewusstsein für Naturschutz und Herausforderungen auch bei uns stärken kann. Klimaschutz betrifft alle Menschen. Alle, auch wir, müssen unseren Teil dazu beitragen.

Wir sind den Weg mit unserem Minister Robert Habeck in den letzten Jahren konsequent gegangen. Seit 2014 haben wir mit erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein die Treibhausgasemissionen um mehr als ein Drittel verringert. Das sind Fakten, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir fördern aus den EU-Fördertöpfen unterschiedliche Maßnahmen der Klimaprojekte und energetische Optimierungen. Die CDU, die die Förderung im Bereich Energiewirtschaft, Energiewende und Klimaschutz streichen will, zeigt doch, dass sie das überhaupt nicht begriffen hat. Dazu passt auch Ihre widersprüchliche Position bei der **Windenergie**, bei der sie immer dem Letzten recht geben, der bei Ihnen zur Tür reinkommt, ob das zusammenpasst oder nicht. Sie müssen es ja nicht umsetzen. Sie können sich das leisten. Regierung kann das nicht. Deswegen handeln wir seriös.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Tobias Koch [CDU]: Ab Mai schon! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Ab Mai!)

Wir pflegen den Dialog. Uns geht es um den besten Kompromiss. Wir wollen Energiewende und Bürgerbeteiligung. Darum geht es. Das ist lang und anstrengend. Aber ich kann mir kein besseres Verfahren vorstellen.

Vielen Dank, lieber Robert Habeck, für gute Regierungsarbeit in diesem Bereich!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Viertens. Die Küstenkoalition steht für Humanität und **Integration**. Wir entlasten die Kommunen bei der Betreuung und Versorgung der **Flüchtlinge**. Wir sorgen dafür, dass sie für die Aufgabe optimale Rahmenbedingungen haben. Die Finanzierung wirksamer Maßnahmen und die Unterstützung derjenigen, die Flüchtlingen haupt- oder ehrenamtlich mustergültig helfen, das ist der Weg zu einer gelungenen Integration. Herr Kollege Günther, wer ein solches Integrationsgesetz wie Sie haben will, wer will, dass sich Flüchtlinge einer diffusen Leitkultur unterzuordnen haben, wer die doppelte Staatsbürgerschaft abschaffen will, um Kinder, die hier ge-

(Dr. Ralf Stegner)

boren und integriert sind, zu schikanieren, dem kann ich sagen: Das wird nicht funktionieren. Diese Dinge könnten Sie ohnehin nur in einer Rechtskoalition umsetzen, die die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes verhindern werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nicht mit uns und nicht in diesem Hause! Wir haben immer gesagt, dass die Menschen, die zu uns kommen, jenseits unserer humanitären Verpflichtungen auch eine wirtschaftliche Chance bieten. Für Teilhabe ist neben der Sprache Arbeit eine wichtige Voraussetzung. Deshalb tun wir etwas für Arbeitsmarktintegration, haben die Mittel deutlich erhöht. Gerade im Feld der humanitären Flüchtlingspolitik und der Integrationspolitik lassen wir uns in Deutschland von keinem anderen Land übertreffen. Das ist der Markenkern dieses Ministerpräsidenten und dieser Regierungskoalition in Schleswig-Holstein!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Fünftens. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Küstenkoalition steht für gute Arbeit.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja!)

Gute Arbeit muss es für alle Menschen geben. Mitbestimmung, Mindestlohn, Tariftreuegesetz und das Register zum Schutz des fairen Wettbewerbs - Sie von der Opposition nennen das Bürokratie. Sie wollen das wieder abschaffen. Ich sage Ihnen: nicht mit den Gewerkschaften, nicht mit den Wählerinnen und Wählern und nicht mit uns in diesem Haus!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber wir erreichen mehr. Gute Beispiele dafür sind die Polizei, aber auch der Justizvollzug, Investitionen in Katastrophenschutz und öffentliche Sicherheit.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie jubeln allein!)

In der jüngsten Geschichte unseres Landes hat noch keine Koalition so viel für die öffentliche Sicherheit, für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, für deren Ausstattung und Ausrüstung getan wie die Küstenkoalition.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Lachen CDU)

Sie, meine Damen und Herren, Sie, Herr Koch, und Ihre Kollegen haben die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten verlängert. Sie haben die Jubilä-

umszuwendungen gekürzt. Wir haben die Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten erhöht. Wir haben die Eingangsbesoldung erhöht. Wir haben die Regelung für Zusatzurlaub verbessert. Wir haben die Regelung für Nachtdienste verbessert. Wir haben den Beförderungsstau abgebaut.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wer hat das gemacht? Wir haben es gemacht!)

Wir haben 400 Stellenanhebungen durchgeführt. Bis 2021 werden wir weitere 250 Stellenanhebungen durchführen. Wir haben 500 neue Stellen in der **Landespolizei** geschaffen. Wir haben 15 Millionen € zusätzlich für Schutzausrüstungen sowie Einsatz und Ermittlung bereitgestellt.

Unser Innenminister Stefan Studt kümmert sich um die Polizei und redet nicht nur wie Sie darüber!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Bravo!)

Wenn Sie noch so oft das Gegenteil behaupten, werden Sie es dennoch ertragen müssen, dass wir Ihnen das immer wieder vorhalten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nicht mehr lange! Fünf Monate!)

Ganz langsam für die Kolleginnen und Kollegen der CDU zum Mitschreiben: Die Küstenkoalition steht für mehr Polizeibeamte, die zu besseren Bedingungen arbeiten, durch attraktivere Personalstrukturen bessere Entwicklungsperspektiven haben. Ist die Botschaft angekommen?

Vielen Dank, lieber Stefan Studt, für die gute Regierungsarbeit in diesem Bereich!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sechstens. Die Küstenkoalition steht für Investitionen in die **Infrastruktur**.

(Lachen CDU und FDP - Dr. Heiner Garg [FDP]: Der Witz des Tages!)

Ein großer Erfolg unseres Ministers Reinhard Meyer - ich komme gleich mit Fakten - ist die Erhöhung und neue Verteilung der Regionalisierungsmittel nach dem „Kieler Schlüssel“.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Insgesamt stehen dem Land in den nächsten 15 Jahren eine halbe Milliarde Euro zusätzlich für Qualitäts- und Tarifverbesserungen im ÖPNV zur Verfügung.

(Dr. Ralf Stegner)

gung. Das ist doch eine richtig gute Nachricht für Schleswig-Holstein.

Wir haben die Mittel für die Erhaltung der **Landesstraßen** seit 2012 verdreifacht. Mit zusätzlich 30 Stellen beim Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr werden wir den Ausbau der Infrastruktur voranbringen. Dass wir ohnehin deutlich mehr geplant und gebaut haben als die letzten drei CDU-Verkehrsminister zusammen, haben wir oft genug vorgerechnet.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lesen Sie es nach: Wir zehn Planfeststellungsbeschlüsse, Sie null Planfeststellungsbeschlüsse!

Wir sind eher für Gründlichkeit als Schnelligkeit,

(Lachen CDU und FDP)

weil wir gerichtsfeste Beschlüsse haben wollen und nicht den Murks, den Sie uns hinterlassen haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben doppelt so viele Autobahnkilometer gebaut wie Sie, und wir haben allein 2015 95 km Landesstraßen saniert. Wir haben die Zahl Ihnen gegenüber mehr als verdreifacht. Das sind die Fakten.

Vielen Dank, lieber Reinhard Meyer, für gute Regierungsarbeit!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe)

- Sie übertönen mich weder inhaltlich noch der Lautstärke nach! Das schaffen Sie gar nicht.

Wie Sie wissen, macht Infrastruktur deutlich mehr aus. CDU und FDP hatten die **Krankenhausfinanzierung** von 50 Millionen auf 40 Millionen € abgesenkt und den Investitionsstau verschärft. Wir haben wieder aufgebaut. Wir haben die Kürzungen zurückgenommen. Am UKSH investieren wir eine halbe Milliarde Euro. Dank IMPULS werden wir in vielen Krankenhäusern wichtige Investitionen möglich machen, in Kiel, in Lübeck, in Brunsbüttel, in Neustadt, in Preetz, in Itzehoe, in Reinbek, kofinanziert von Land und Kommunen - gemeinsam! Wir werden für die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum sorgen. Mit uns wird es hier keinen Kahl-schlag geben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir unterstützen die Kommunen bis 2018 mit jährlich 2,75 Millionen € bei der Sportstättenanierung.

Wir erhöhen auch die institutionelle Förderung des Landessportverbandes.

Siebtens. Die Küstenkoalition steht für Fortschritt. Wir haben eine fachliche und zukunftsorientierte Förderung unserer **Wirtschaft** aufgestellt: Fachkräfteinitiative, Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung, Netzwerke und Cluster, Netzwerke, Technologietransfer, Kompetenzzentren, betriebliche Innovationen, energetische Optimierung und Wettbewerbsfähigkeit, neue Förderinstrumente für den Tourismus.

Schleswig-Holstein steht beim Glasfaserausbau weiterhin bundesweit auf einem Spitzenplatz. Die 2013 getroffene Entscheidung, beim Ausbau der digitalen Infrastruktur nicht auf eine bloße Verbesserung der Bandbreite zu setzen, sondern flächendeckend auf die Zukunftstechnologie, hat sich als richtig erwiesen. Diese Weichenstellung kommt von uns. Sie trägt Früchte. Rund ein Viertel aller Haushalte hat schon die Möglichkeit, auf Glasfaser zurückzugreifen - deutlich mehr als im Bundeschnitt.

Bis 2030 werden wir bei 100 % sein. Ich bin gespannt, was der Kollege Günther dem Ministerpräsidenten morgen als Verbesserungsvorschlag der Opposition entgegenhalten will.

Wir nutzen das auch im Bildungsbereich, indem wir alle Schulen ans Netz bringen.

Achtens. Die Küstenkoalition steht für Verlässlichkeit und Planungssicherheit.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Herzlichen Glückwunsch!)

Fragen Sie im Land, und Sie werden hören, dass wir unsere Zusagen einhalten. So konnten sich die **Hochschulen** im Land über ein deutliches Mehr in der Grundfinanzierung freuen. Wir tragen jetzt über die Erhöhung des Zuschusses an das Studentenwerk dem doppelten Abiturjahrgang auch hinsichtlich der sozialen Infrastruktur Rechnung.

Wir verwenden ohnehin besondere Kraftanstrengungen auf die Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Luxuswohnungen werden genug gebaut. Wir brauchen dringend mehr bezahlbare Wohnungen in diesem Land. Darauf haben die Menschen einen Anspruch.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gleiches gilt übrigens für die Wertschätzung und die finanzielle Absicherung, die die **Kultur** von uns erfahren hat, egal ob Museumslandschaft, Kultur-

(Dr. Ralf Stegner)

knotenpunkte oder Filmförderung. Anders als die CDU stehen wir auch zur Finanzierung der Bibliotheken in diesem Land.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das könnte man an vielen Beispielen, für die ich jetzt keine Zeit habe, darlegen. Die kennen Sie.

Neuntens. Die Küstenkoalition steht für Weltoffenheit und Toleranz.

Wir haben die Kontakte zu den europäischen Nachbarn gepflegt und den Sonderstatus unserer Minderheiten wieder ausgebaut.

Ein Eckpfeiler der Küstenkoalition ist die Pflege der **Minderheitenpolitik**. Wir haben die törichte Kürzungen von CDU und FDP zurückgenommen und den Schutz der Minderheiten verstärkt. Das ist sichtbar und im Alltag erlebbar, ob durch das „Haus der Minderheiten“ in Flensburg oder durch zweisprachige Schilder in Nordfriesland, in Behörden, Schulen oder auch Kindergärten. Dänisch, Friesisch und Niederdeutsch sind fester Bestandteil unseres Landes.

Selbstverständlich sind für uns die Pflege grenzüberschreitender Projekte und die Beteiligung junger Menschen. Das Ostseejugendforum, das Parlamentsforum Südliche Ostsee zeigen, wie wichtig dieser Dialog gerade in diesen Zeiten in Europa ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben auch neue Schwerpunkte für die EU-Förderperiode gesetzt. Wir haben beispielsweise mit guter Arbeit über den Europäischen Sozialfonds, mit Tourismus und Kultur über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung einen Beitrag zu einem **sozialen Europa** geleistet. Dafür war unsere Ministerin Anke Spoorendonk unentwegt unterwegs.

Vielen Dank, Anke Spoorendonk, für gute Regierungsarbeit!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Bedeutung eines sozialen Europas als Wertegemeinschaft muss den Menschen unseres Landes immer wieder vor Augen geführt werden, um rechtspopulistischen und nationalistischen Strömungen entgegenzuwirken. Ich sage Ihnen eines ganz deutlich: Das Eintreten gegen Rechtsextremismus bleibt für uns ein zentrales Anliegen. Auch wenn die ganze Republik nach rechts rückt - wir werden nicht

mitrücken, meine sehr verehrten Damen und Herren! Keinen Millimeter!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich hoffe, dass wir zumindest bei Maßnahmen zur Stärkung unserer Demokratie wieder zu etwas mehr Gemeinsamkeit zurückkehren: eine offensivere Aufstellung der politischen Bildung in Schulen, bei Plakatierungen in den Kommunen, weniger Hürden bei den Wahlunterlagen, Modellversuche für eine vorgezogene und mobile Urnenwahl. Da waren wir uns in der Sache einmal einig. Immer nur theoretisch dafür zu sein, aber wenn es konkret wird, von der Fahne zu gehen, ist unglaublich.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Stattdessen polemisieren Sie dagegen.

Wir investieren mehr in die Erwachsenenbildung und in die **politische Bildung** bei den Volkshochschulen, bei den politischen Jugendverbänden und beim Projekt „Juniorwahl“. Ich möchte an dieser Stelle aus ganz besonderem Grund unserem Landesbeauftragten für politische Bildung, Dr. Christian Meyer-Heidemann, für seine gute Arbeit danken. Bedenkt man, wie schwierig der Wechsel im Amt war, spricht der Erfolg für sich. Die politische Bildung im Land hat gewonnen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zehntens. Die Küstenkoalition steht für solide Finanzen. Unsere wirklich vorzügliche Finanzministerin Monika Heinold hat oftmals deutlich gemacht: Wir haben den Haushalt des Landes konsolidiert. Wir haben Schulden getilgt, ohne den angeblich alternativen sozialen Kahlschlag des Landes aus Ihren Zeiten zuzulassen. Uns hat der Stabilitätsrat gelobt. Wir haben uns im Vergleich zu anderen Ländern verbessert, obwohl auch alle anderen höhere Steuern und niedrigere Zinsen hatten. Der **Stabilitätsrat** hat erst am vergangenen Montag beschlossen:

„Schleswig-Holstein wird das Sanierungsverfahren im Jahr 2016 voraussichtlich erfolgreich abschließen.“

Was für ein Erfolg unserer Politik!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Dr. Ralf Stegner)

Ja, wir nehmen auch die Hinweise auf die Zukunft ernst. Nachhaltigkeit gehört auch in der **Finanzpolitik** zu unseren Prinzipien.

Wir haben eingespart, reformiert, uns aber auch auf allen Ebenen für eine Einnahmeverbesserung des Landes eingesetzt. Das hat auch den Kommunen geholfen, die Sie kräftig verklagt haben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die haben auch Sie verklagt, Herr Stegner!)

Wir haben uns deutlich besser verhalten, was das angeht. Wir haben erfolgreich bei Verhandlungen mit dem Bund gewirkt, leider nicht bei Steuerfragen. Ich unterstütze aber die Initiative der Landesfinanzminister, Steuer- und Unternehmensberater sowie Anwälte sollen künftig offenlegen, wenn sie Steuersparmodelle für ihre Kunden entwickeln. Auf diese Weise müssen endlich Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Schluss mit den Steueroasen und Briefkastenfirmen, die mancher in diesem Haus auch noch verteidigt. Das ist Schaden am Gemeinwohl. Wir wollen das - im Gegensatz zu anderen - nicht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Derjenige, der gemeint war, ist gerade hinausgegangen.

Unbestritten profitiert das Land von Rekorderlösen und historisch niedrigen Zinsen. Verglichen mit 2010 steht uns 2017 ein zusätzlicher Finanzspielraum von rund 3,4 Milliarden € zur Verfügung. Weil die CDU so oft fragt, Herr Kollege Koch, was aus dem Geld geworden ist, hier noch einmal die Fakten zum Mitschreiben: Die Kommunen profitieren, 500 Millionen € mehr im kommunalen Finanzausgleich,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

500 Millionen € mehr für die Herausforderungen bei Asyl und Integration, über 1 Milliarde € mehr für Tarifsteigerungen und Ausgabesteigerungen bei Beihilfe, Versorgung und sozialgesetzlichen Leistungen, zahlreiche Maßnahmen wie die Schaffung neuer Lehrerstellen, mehr Mittel für frühkindliche Bildung, Kindertagesstätten, Sanierung von Landesstraßen, Hochschulen, Abbau des Sanierungsstaus, und, und, und. Das halten Sie sich einmal vor Augen, wenn Sie sagen, wir hätten mit dem Geld nichts angefangen!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Weil der Kollege Koch immer wieder in die Falle hineintappt - das machen Sie sehr zuverlässig, Herr Kollege -, erinnere ich nur zu gern an Monika Heinfelds Faktencheck aus der ersten Lesung: Von 2005 bis 2012 stiegen die **Steuereinnahmen** jährlich um durchschnittlich 5 %. Von 2012 bis 2017 werden die Steuereinnahmen jährlich voraussichtlich um durchschnittlich 4,9 % steigen.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Das ist weniger, Herr Kollege Koch!

(Wortmeldung Tobias Koch [CDU])

Der Unterschied ist: Während von 2005 bis 2012 knapp 6 Milliarden € Schulden gemacht worden sind, werden wir in dieser Legislaturperiode, wenn überhaupt, weniger Schulden machen. - Das ist weniger. Das eine ist mehr, das andere ist weniger.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben auch die Risiken bei der HSH Nordbank minimiert.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Koch?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Nein, das tue ich nicht. Der Kollege hat sich hier so ausgebreitet, dass wir darauf verzichten können, das noch einmal zu hören.

Die CDU kann nicht mit Geld umgehen. Wir können Haushalt, wie Lars Winter immer sagt. Drei Jahre früher als vorgeschrieben planen wir mit dem Haushalt für 2017 ohne neue Schulden und können sogar eine Schuldentilgung von über 47 Millionen € fest einplanen. - Herzlichen Glückwunsch, Monika Heinfeld, das ist eine großartige Leistung!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Oppositionsführer hat uns schon häufig eine schlechte Finanzpolitik vorgeworfen. **Haushaltskonsolidierung** sei der Markenkern der CDU. Sie haben behauptet, wir könnten nicht regieren, weil wir die Schuldenbremse nicht einhielten. Finanzpolitik war Ihr zentrales, wenn nicht sogar einziges Argument gegen den Politik- und Regierungswechsel 2012.

Sie haben behauptet, Ihre Politik sei alternativlos. Wir haben das Gegenteil bewiesen. Wir haben

(Dr. Ralf Stegner)

schwarze Zahlen geschrieben, aber nicht mit Ihrer traurigen und ungerechten schwarz-gelben, sondern mit unserer progressiven, gerechten und fröhlichen rot-grün-blauen Politik. - Liebe Monika Heinold, vielen Dank für die gute Regierungsarbeit im Bereich der Finanzpolitik!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Fazit ist, die Küstenkoalition steht für gutes Regieren. Die Menschen werden am 7. Mai 2017 entscheiden können, ob sie denjenigen vertrauen, die ihr Wort gehalten haben, oder denjenigen, die das Land fast kaputtgespart haben und es jetzt schlechtreden und jedem alles versprechen.

(Rainer Wiegard [CDU]: Kaputtgespart? Kaputt verschuldet!)

Wer ist eigentlich glaubwürdiger? Die, die vor der Wahl sagen, was sie tun werden und nach der Wahl tun, was sie gesagt haben, oder die, die den Wählerinnen und Wählern versprechen, es diesmal ganz anders als beim letzten Mal zu machen? Ich biete den Bürgerinnen und Bürgern nur an, der Logik zu folgen und sich zu entscheiden, was wohl glaubwürdiger ist.

(Rainer Wiegard [CDU]: Scheinheiliger Pharisäer!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Namen meiner Fraktion möchte ich meiner lieben Kollegin Eka von Kalben und ihren Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN danken. Ich möchte dem kampfstarken Kollegen Lars Harms und dem SSW ganz herzlich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in diesem Haus danken. Der SSW hat - erstmals als Regierungspartei - eine ganz besondere Arbeit abgeliefert.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Hans-Jörn Arp [CDU]: Das ist eine Abschiedsrede!)

In den Dank schließe ich selbstverständlich meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Landtagsfraktion ein. Das war und ist ein Regierungsbündnis, das auf einem breiten gemeinsamen inhaltlichen Fundament steht und menschlich hervorragend zusammenarbeitet. Dieses Regierungsbündnis hat noch viel für die Zukunft vor. - Das sage ich, weil ich Ihre Zwischenrufe sehr wohl gehört habe.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Politikwechsel fand ganz besonders auch in der Regierungszen-

trale und der Staatskanzlei statt. Ich danke unserem Ministerpräsidenten Torsten Albig, der diese Koalitionsregierung seit 2012 erfolgreich geführt hat.

(Zuruf CDU)

Lieber Torsten Albig, du hast den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern vor fünf Jahren eine andere Regierung und einen Politikwechsel, aber auch einen anderen Ministerpräsidenten versprochen. Gerade in schwierigen Fragen ist es nicht immer leicht, einen offenen, dialogorientierten Kurs durchzuhalten. Du hast gezeigt, wie man gutes Regieren mit Leben erfüllt.

(Zurufe CDU: Oha!)

Landesregierung, Regierungsfraktionen und Regierungsparteien haben eine gute Gemeinschaftsleistung abgeliefert.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben den Politikwechsel 2012 eingeleitet. Wir sind uns der sozialen Verantwortung bewusst, die die Landesregierung für den sozialen Zusammenhalt des Landes trägt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau!)

Wir haben es uns nicht leicht gemacht. Wir tun, was wir sagen. Wir betreiben Politik nicht als Selbstzweck, sondern um das Leben der Menschen besser zu machen. Wir wollen eine am Gemeinwohl orientierte Politik.

(Rainer Wiegard [CDU]: Schöne Abschiedsrede!)

Das ist ein großer Unterschied zur Rede des Kollegen Koch. Diese Haushaltsrede bot Gelegenheit, die Fakten einmal zu prüfen, Rechenschaft abzulegen, zu zeigen, welche Bilanz wir haben. Gerechtigkeit kann man in der Haushaltspolitik ausdrücken, wenn man hält, was man versprochen hat. Wir haben den Haushalt mit Humanität verbunden.

Solide Finanzen, klarer Kurs, dafür steht die Küstenkoalition!

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Die Unterschiede in Schleswig-Holstein sind glasklar. Die Menschen haben die Wahl zwischen dem progressiven Küstenkoalitionsbündnis und dem schwarz-gelben Bündnis von gestern.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Das ist gut so - übrigens auch deswegen, weil es wirklich keine Parteien braucht, die mit dem Argu-

(Dr. Ralf Stegner)

ment werben, die da oben seien alle gleich. Erstens sind wir nicht „die da oben“, und zweitens sind wir nicht alle gleich. Das ist in dieser Haushaltsdebatte sehr deutlich geworden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe FDP)

- Brüllen Sie ruhig, ich beschränke mich auf meine Argumente.

Haben wir alles richtig gemacht? - Sicher nicht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein!)

Sind wir schon fertig? - Ganz gewiss auch nicht.

(Zuruf CDU: Sie haben fertig!)

Aber: Wir haben gehandelt.

(Unruhe)

- Sie können noch so viel Lärm machen: Einen guten Eindruck machen Sie auf die Besucher auf der Tribüne nicht. Dazu waren Ihren Argumente zu schwach.

(Unruhe)

Ich will Ihnen eines sagen: Gerade in der Politik gilt der Satz von Erich Kästner:

„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau!)

Ich habe versucht, Ihnen darzulegen, wie wir das, was wir versprochen haben, umsetzen. Sie werden die Fakten nicht bestreiten können. Was Sie können, ist, eine andere Wertung vorzunehmen. Das ist Ihnen unbenommen. Aber was Herr Koch vorgetragen hat, hat mit den Fakten nichts zu tun.

Ich habe Ihnen die Fakten hier vorgetragen: Unsere Taten fußen auf der Basis gemeinsamer Werte und Ziele: soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Humanität. Gerade deshalb sind wir in dieser Koalition übrigens weitgehend konfliktfrei und erfolgreich gemeinsam zu den Zielen gekommen. Ich habe keinen Zweifel daran, dass es auch künftig so sein wird. Bei der Küstenkoalition ist Schleswig-Holstein in guten Händen. Stimmen Sie dem Haushalt zu! - Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schade, dass die Schüler aus meinem Nachbardorf jetzt gerade die Tribüne verlassen müssen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die wollten gehen, die müssen nicht gehen!)

- Warten wir es ab, Herr Kubicki!

Als wir vor vier Jahren den Haushalt übernommen haben, war es ein bisschen wie zu Beginn einer Partie Monopoly: Monika Heinold hatte nur ein kleines Startkapital zum Investieren. Die Aufgabe war es, das Land angesichts eines riesigen Schuldenbergs, einer maroden Infrastruktur und einer unzureichenden Ausstattung unserer Bildungsinstitutionen zu gestalten.

(Zuruf Torge Schmidt [PIRATEN])

Nun wissen wir alle, dass Regieren nicht nur vom eigenen Geschick, sondern auch von äußeren Faktoren bestimmt wird.

(Heiterkeit Dr. Heiner Garg [FDP])

In erster Linie aber ist Haushaltspolitik eine Frage politischer Entscheidungen. Diese Entscheidungen haben das Land in den vergangenen Jahren deutlich nach vorn gebracht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Bei welchen Kennziffern denn?)

Unsere Strategie ist es, Schritt für Schritt in **Bildung** zu investieren, die Infrastruktur zu sanieren und den Haushalt zu konsolidieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind nicht losgestürmt und haben in der Schlossallee Geld in Prestigeobjekte gesteckt. Stattdessen haben wir dafür gesorgt, dass nicht nur die Kinder vom Lessingplatz, sondern auch die aus der Badstraße gute Bildungschancen haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dafür haben wir auch die Einnahmeseite gestärkt. Wer in der Parkstraße ein Haus bauen möchte, muss eine höhere Grunderwerbsteuer zahlen. Diese Maßnahme hat deutlich dazu beigetragen, dass Monika Heinold einen ausgeglichenen Haushalt erreicht hat und wir die Bildung massiv stärken konnten.

Wir haben den Personalabbau an den Schulen gestoppt und mehr Lehrer, Sozialpädagogen und As-

(Eka von Kalben)

sistenten eingestellt. Insgesamt werden 960 Personen 2017 an den Schulen anfangen. Entgegen Ihren Beteuerungen, Herr Koch, haben wir die Unterrichtsversorgung an allen Schulen verbessert - von Grundschulen bis Berufsschulen. Das ist nicht ideologisch, Herr Koch, das ist vernünftig und gerecht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir haben Schulen saniert und mit besserer Wärmedämmung dafür gesorgt, dass Energie gespart und damit Betriebskosten verringert werden. Wir haben Kitas gebaut und die Qualität verbessert. Ab kommendem Jahr werden wir auch die Eltern bei den Beiträgen entlasten.

CDU und PIRATEN wollen nun dieses Geld den Eltern wieder wegnehmen. Ich bin ja ganz bei Ihnen, wenn es darum geht, die Beiträge zu deckeln, die Qualität weiter zu verbessern und die Kita-Finanzierung insgesamt auf den Prüfstand zu stellen.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Doch es ist ein falsches Signal, jetzt die Entlastung für die Eltern zu streichen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was plant die FDP im Bereich Schule? Sie möchte die Schulassistenten abschaffen und davon die Schulsozialarbeit gegenfinanzieren. Das klingt erst einmal wie ein plausibler, ernsthafter Gegenvorschlag.

(Anita Klahn [FDP]: Zusätzlich!)

Weniger, aber dafür besser qualifizierte Köpfe.

(Anita Klahn [FDP]: Ja!)

Was bedeutet das aber konkret? Sie würden sofort 500 eingearbeitete Menschen entlassen. Wie wollen Sie die ersetzen? - Sie vernebeln die Realität. Sie wollen ad hoc 100 zusätzliche **Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen** aus dem Hut zaubern. Die sollen zusätzlich zu denen, die wir schon im Haushalt haben, dazukommen. Glauben Sie, die stehen Schlange? Haben Sie sich einmal erkundigt?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir wollen sie ausbilden! Lesen Sie manchmal weiter? Einfach weiterlesen! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Ganz ruhig, das hat doch keinen Sinn!)

- Ja, in 2017 wollen Sie die aber einstellen. - Ganz ruhig, sagt Herr Kubicki. Das ist interessant.

Haben Sie sich einmal erkundigt, wie viele freie Stellen es im Hamburger Rand in dem Bereich gerade gibt? Wir hatten jüngst eine Veranstaltung im

Kreis Stormarn, wo uns die Kolleginnen und Kollegen erzählt haben, wie viele freie Stellen, also nicht besetzte Stellen, Sie in dem Bereich jetzt schon haben. Deshalb müssen wir für Nachwuchs sorgen. Auch deshalb haben wir, die Küstenkoalition, die Hochschulen gestärkt und mit den Fraktionsanträgen zum Haushalt die Stellen für Lehrerinnen und Lehrer im Vorbereitungsdienst um weitere 50 Plätze aufgestockt.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Außerdem haben wir das Freiwillige Soziale Jahr an Schulen eingeführt - was die Opposition jetzt wieder einsacken will. Das ist Nachwuchsförderung, damit begeistern wir junge Menschen, in den Lehrerberuf einzusteigen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, Bildungsinvestitionen - und ich betone: Investitionen! - gelingen in erster Linie mit Personal, und zwar strukturell und unbefristet. Sonst verpassen wir den Run beim dringend benötigten Nachwuchs, der dann in andere Bundesländer abwandert: Personalabbau erreicht, aber keine Fachkräfte im Land.

Ich freue mich, dass das offenbar von der Opposition, der CDU im Landtag, ebenso gesehen wird, denn die Schaffung von Stellen trotz Konsolidierungskurs wird als sinnvoll angesehen. Allerdings legen Sie nun wieder einen drauf. Die CDU fordert 400 Lehrkräfte mehr. Mehr, mehr, mehr! - Wie der kleine Häwermann, vielleicht kennen Sie die Geschichte inzwischen. Das kann man fordern, ist aber nicht seriös. Denn auf der anderen Seite tun Sie so, als wollten Sie auch mehr Schulden tilgen.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

7 Millionen € mehr zu tilgen, ist auf dem Papier einfach, wenn man sich dafür aber der Personalrücklage bedient und Sie Ihre neuen Lehrkräfte auch erst einmal nur für ein halbes Jahr bezahlen, nämlich ab 1. August, sowie für die Folgejahre nicht darstellen, wie man das finanzieren will, dann sind das Nebelkerzen, die Sie uns vorwerfen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Sie von der CDU sind eindeutig nicht regierungsfähig. Sie folgen unserem Kurs, packen ein bisschen mehr drauf, schaffen aber keine solide Gegenfinanzierung und haben keinen Plan für die Zukunft.

(Eka von Kalben)

Aber wir sind ja für gleiche Bildungschancen: Sie dürfen gern weiter von uns lernen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Innere Sicherheit, Herr Koch. Sie stocken im Bereich **Justiz** auf. Ja, das kann man machen, das ist eine Maßnahme, der man so folgen kann. Dann aber hier gleichzeitig auch die Abschiebehafte wieder einführen zu wollen - was man auch aus anderen Gründen ablehnen kann; und wir lehnen das ab -, dafür dann aber kein zusätzliches Personal zur Verfügung zu stellen, ist doch eigentlich nicht logisch. Vielleicht kommt von Ihnen gleich noch einmal eine Erklärung dazu, wie Sie sich das vorstellen. Denn damit verbessert sich die Situation in der Justiz nicht.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Meine Damen und Herren, bleiben wir bei den Stellen. Eine Aufstockung der **Polizei**, einmal abgesehen von der mit mehr Waffen, ist bei der CDU dieses Mal nicht zu finden. Was ist eigentlich aus dem großspurigen Versprechen geworden? Die 1.200 Personalstellen von Herrn Bernstein haben die Haushaltspolitiker der CDU bekanntlich ganz schnell wieder abgeräumt.

(Tobias Koch [CDU]: Überhaupt nicht!)

Aber noch im September 2016 hat Herr Liebing mehr Polizei in der Fläche gefordert. Nun kann man sagen, was er gesagt hat, zählt heute nicht mehr so - scheinbar sind die Oppositionsführer hier auch ein bisschen durcheinander -, aber das Kapitel hat sich in der CDU inzwischen wohl erledigt.

Die FDP bringt eine Hundertschaft ein. Woher nehmen Sie die Polizistinnen und Polizisten in 2017 eigentlich, Herr Garg?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau von Kalben!)

Wir hatten eben das Thema schon bei den Pädagogen. Sie können die Ausbildungsstellen erhöhen, aber wie Sie eine Hundertschaft aus dem Ärmel zaubern wollen, das erklärt sich mir nicht. Insofern ist auch dieser Antrag mehr dazu da, Stimmungslagen zu bedienen als seriöse Politik.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Die CDU schwächt dagegen die Polizei durch die Streichung der Polizeibeauftragten, die gerade erst ihren Dienst angetreten hat. Seit Oktober diesen Jahres sind bereits 18 Fälle bei ihr aufgelaufen.

Zweidrittel davon kommen aus dem Polizeibereich selbst. Für mich zeigt das, was für ein großer Bedarf besteht und wie wichtig es war, dass mein Kollege Burkhard Peters und die gesamte grüne Koalition sich so dafür eingesetzt haben. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

- Ich nehme gern ein Hustenbonbon. Wird dafür die Zeit gestoppt, nein, oder?

Präsident Klaus Schlie:

Wir sind sehr großzügig.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank, Herr Schlie, das wusste ich.

Nun zu dem Argument, wir ließen die **Kommunen** hängen. Die Behauptung wird auch nicht richtiger, wenn man sie wiederholt. Das Gegenteil ist der Fall. Im Übrigen ist es interessant - man nimmt ja gern auch einmal Argumente vorweg -, dass Herr Koch gar nicht kritisiert hat, dass wir die Kommunen im Stich lassen würden. Das ist auch eine Aussage. Aber das wird ja vielleicht auch noch an anderer Stelle thematisiert werden. Vielleicht kommt Herr Garg dazu ja noch.

Das Gegenteil ist der Fall: Wir haben die Kommunen entlastet, das wissen Sie auch. Und das wissen auch die Kommunen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Dr. Heiner Garg [FDP]: Deshalb haben sie Sie auch verklagt, nicht!)

Wir haben den kommunalen Finanzausgleich aufgestockt, in Theater-, Museumsstraße und Opernplatz investiert. Zu einer fairen Partie gehört es, sich gemeinsam an den Verhandlungstisch zu setzen und am Ende eine Lösung zu finden, die allen nützt.

2017 bekommen die Kommunen 1,7 Milliarden € über den kommunalen Finanzausgleich. Das sind 500 Millionen € mehr als 2012.

(Volker Dornquast [CDU]: Die stehen Ihnen aber gesetzlich zu!)

- Ein großer Teil kommt aus höheren Steuereinnahmen, Herr Dornquast. Aber auch das Land unterstützt die Kommunen aus Landesmitteln: 80 Millionen € für kleine Kita-Kinder, 15 Millionen € für große Kita-Kinder, 25 Millionen € aus der Grunderwerbsteuer, 25 Millionen € für Schulsozialarbeit,

(Eka von Kalben)

75 Millionen € Konsolidierungshilfen, 324.000 € für Frauenhäuser und zusätzlich 20 Millionen € Konnexitätsausgleich, 11,5 Millionen € zur energetischen Sanierung von Schulen und Kitas und 10 Millionen € für Restrukturierung von Wohnraum. Das sind nicht die Bundesmittel, das sind die Mittel, die das Land den Kommunen zur Verfügung stellt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Auch für die Krankenhausfinanzierung haben wir eine Einigung mit den Kommunen gefunden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das sehen die anders, Frau von Kalben! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie haben unterschrieben, Herr Kollege!)

Dass die FDP trotzdem die bewährte 50-zu-50-Finanzierung kippen möchte, Herr Garg, halte ich für einen großen Fehler.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ja, ja, alles ist alternativlos, was Sie machen!)

- Nein, nicht alternativlos, sondern das ist das Interessante in einer Haushaltsdebatte, Herr Garg, dass man die Alternativen aufzeigen kann. Das ist gerade das Gute, dass man sagen kann: Ihre Alternative ist, wir bezahlen es voll, dann dauert es aber länger; und wir sagen, wir machen es gemeinsam mit den Kommunen, und dadurch geht es schneller.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Dr. Heiner Garg [FDP]: Nein, nun schauen Sie doch endlich einmal in den Antrag, dann sehen Sie, dass das eben nicht länger dauert! - Weiterer Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Garg!

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Liebe FDP - ich glaube, Sie können das gleich in Ihrer Gegenrede darstellen -

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Verbreiten Sie hier keine Unwahrheiten!)

Sie wollen ohne Sinn und Verstand die **Investitionsquote** nach oben drücken. Wer als oberste Priorität auf Beton setzt, hat weniger Geld für Bildung. - Ich weine übrigens nicht über Sie, Herr Garg, sondern ich habe noch ein paar Tränen vom Husten in

den Augen. Nicht, dass hier ein falscher Eindruck entsteht.

Alle Bauprojekte müssen vorher geplant werden. Auch dafür braucht es Mittel und Personal. Fragen Sie einmal nach, was 2012 beispielsweise für die Sanierung der Hochschulen vorlag: Niente, nothing, nichts. Deshalb ist es auch logisch, dass nicht das komplette Geld abfließen konnte, sondern dass erst einmal eine solide und vernünftige Planung gemacht werden musste.

Liebe FDP, wie wollen Sie Ihre ganzen Sachen finanzieren?

(Christopher Vogt [FDP]: Das kommt ja von den Richtigen!)

Sie haben beispielsweise eben gesagt, die 23 Millionen € für die Krankenhäuser würden am Ende eingebracht, richtig. Aber Sie finanzieren sie beispielsweise, indem Sie die Einnahmen der **Erb-schaftsteuer** hochsetzen - ausgerechnet Herr Kubicki, der sich in jeder Talkshow als Rächer der vermeintlich beraubten Erben positioniert. Das halte ich für Bigotterie. Das ist auch haushaltstechnisch nicht seriös. Wir halten uns lieber an die Steuerschätzung des Bundes.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch dass Sie einmal so eben mit den Haushaltsaufträgen - ohne Verhandlung, ohne Dialog - den **Kirchen** 2,6 Millionen € abnehmen wollen, zeigt ein eigenartiges Politikverständnis.

Außerdem kürzen Sie bei der **Eingliederungshilfe**. Dabei haben Sie immer selbst gesagt, wenn Einsparungen durch die Einführung des Prüfrechts des Landesrechnungshofes entstehen sollten, sollte dieses Geld für bessere Qualität eingesetzt und im System bleiben. Wenn Sie jetzt ein neues Moratorium fordern, dann heißt das doch nur, dass Sie die Belastung für die Kommunen höher ansetzen werden. Wie passt das dann aber wieder zu Ihren Vorschlägen der Krankenhausfinanzierung? Aus meiner Sicht ist das: linke Tasche, rechte Tasche.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir wollen die Infrastruktur modernisieren statt blindlinks die Investitionsquote zu erhöhen. Dafür haben wir das **IMPULS-Programm**. Wir stellen das Geld nach und nach für baureife Projekte ein. Das Sondervermögen bietet die nötige Flexibilität. Auch dieses Jahr können wir voraussichtlich aus Haushaltsüberschüssen Mittel zuführen.

(Eka von Kalben)

Wer durch Schleswig-Holstein fährt, sieht, dass schon jetzt an jeder Ecke gebaut wird. Rot-Grün-Blau ist die Infrastrukturkoalition.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Mit IMPULS wurden 2015/16 bereits 485 Millionen € investiert. 2017 werden wir die Sanierung aus IMPULS fortsetzen: 2,75 Millionen € für Schwimmbäder, damit mehr Kinder schwimmen lernen können, 13,6 Millionen € für Straßen, 18,1 Millionen € für Krankenhäuser, 11,5 Millionen € für Hochschulen, und so weiter, und so weiter.

Meine Damen und Herren, den Sanierungsstau arbeiten wir mit einem langfristigen Plan Stück für Stück ab. Aber auch durch unkalkulierbare Ereigniskarten haben wir uns nicht aus der Bahn werfen lassen. Auch als an den Hauptbahnhöfen Kiel, Flensburg und in allen anderen Teilen des Landes viele Geflüchtete ankamen, haben wir mit den Kommunen und vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern an einem Strang gezogen. Ich freue mich besonders darüber, dass wir die Mittel für **Integration** für die Kommunen ausgeweitet haben und sie jetzt auch für Familienmitglieder aus dem Familiennachzug eingesetzt werden können.

Ich bin sehr froh, dass die Erstaufnahme der Flüchtlinge in diesem Land so engagiert angegangen wurde und dass die Regierung - da schließe ich mich dem Dank von Herrn Stegner ausdrücklich an - sich nun genauso engagiert der Integration verschrieben hat - wohl wissend, dass es uns teuer zu stehen kommt, wenn wir bei der Integration Zugereister sparen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir haben in Wohnraum, in Sprachkurse und noch mehr Lehrerinnen und Lehrer investiert. Doch es lohnt sich, das immer wieder zu betonen: Die Schleswig-Holsteiner und Schleswig-Holsteinerinnen sind es, die, egal ob im Hauptamt oder Ehrenamt, hier großartige Integrationsarbeit leisten. Und denen gilt unser Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dass jetzt ausgerechnet die PIRATEN bei der Arbeitsmarktintegration kürzen wollen, wundert mich sehr. Wie auch die CDU und die FDP begründen sie ihre Kürzungen häufig mit Anpassungen an den Bedarf. Dabei haben die letzten Jahre gezeigt, dass wir Puffer im Haushalt brauchen. Ich finde, Sie

sollten ehrlichere Haushaltsanträge stellen und keine Rechenricks einreichen.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete von Kalben, gestatten Sie eine Bemerkung?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Torge Schmidt [PIRATEN]: Sehr geehrte Frau von Kalben, genau bei diesem Punkt kann ich aufklären. Die Finanzministerin hat selbst im Ausschuss bei den Haushaltsberatungen gesagt, dass dieses Programm aus Bundesmitteln nicht nachgefragt und ausgeschöpft wird. Deshalb haben wir das in unseren Haushaltsanträgen gekürzt. Es ist einfach kein Bedarf da, also haben wir das angepasst.

(Beifall PIRATEN)

- Gut. Ich darf darauf erwidern. Wer will wissen, wie sich 2017 die Bundesmittel und auch die Zuzüge von denjenigen, die aus diesen Bundesmitteln gefördert werden können, ändern? Es steht zu befürchten, die flüchtlingspolitischen Prognosen der Bundesregierung sehen so aus, dass leider nicht so viele Menschen kommen können, die davon Gebrauch machen könnten. Aber diese Mittel jetzt schon als Gegenfinanzierung zu nutzen, hier etwas abzusenken, finde ich falsch. Ich finde es richtig, dass wir hier diesen Puffer haben, damit wir jedem Flüchtling und jedem Menschen, der zu uns kommt und unter diese Maßnahme fallen kann, auch die Möglichkeit der Kofinanzierung anbieten können. Deshalb ist es aus meiner Sicht falsch, diese Mittel abzusenken.

(Uli König [PIRATEN]: Sprechen Sie einmal mit Frau Heinold!)

- Ich rede ständig mit Frau Heinold. Aber ich bin der Meinung, dass man diesen Titel nicht absenken sollte, denn wir wollen, dass jeder Flüchtling, der hierher kommt, die Möglichkeit hat, in den Arbeitsmarkt integriert zu werden. Dafür müssen wir die Mittel zur Verfügung stellen. Es ist besser, da einen Puffer zu viel zu haben, als einen zu wenig.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn die PIRATEN da anderer Meinung sind, finde ich das sehr bedauerlich.

(Eka von Kalben)

Aber das ist ein Punkt anderer politischer Schwerpunktsetzung, das ist auch okay. Darüber können wir im Parlament gern streiten, und das ist auch der Sinn dieser Haushaltsdebatte, nämlich deutlich zu machen: Wo liegen die Unterschiede?

Deshalb finde ich es auch gut, wenn die FDP klar macht, dass sie von **ÖPNV und Radwegen** nicht so viel hält, dort Mittel abziehen will, um davon Straßen zu bauen. Dann wird zumindest klar, was Sie wirklich wollen.

Nicht seriös ist dagegen Ihr Antrag, die Traumaberatung von Flüchtlingen auf der einen Seite zu erhöhen und an anderer Stelle genau dieses Geld bei der Betreuung traumatisierter Kinder zu kürzen. Das ist Augenwischerei. Sie kürzen sogar bei Sprachförderung und Migrationsberatung. - Schade, liebe FDP.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Frau von Kalben, jetzt wünscht der Abgeordnete Christopher Vogt, Ihnen eine Frage zu stellen.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das darf er gern.

Christopher Vogt [FDP]: Frau Kollegin von Kalben, wir wollen die Mittel aus dem Radwegebau zum Erhalt der kommunalen Straßen umlenken. Es geht nicht darum, neue Straßen zu bauen, sondern die kommunalen Straßen besser zu erhalten. Da haben Sie die Mittel immer weiter abgesenkt.

(Beate Raudies [SPD]: Wir haben die Mittel für die kommunalen Straßen abgesenkt?)

Deswegen werden viele Projekte, die von den Kommunen angemeldet werden, bei dieser Landesregierung nicht mehr bezuschusst, dafür werden neue Radwege neben kaputte kommunale Straßen gebaut. Wir sind der Meinung: Erhalt vor Neubau. Deshalb wollen wir nicht ständig neue Radwege bauen, wenn das Geld noch nicht einmal für den Straßenerhalt ausreicht. Das ist unsere Forderung und nicht, dass wir neue Straßen in dem Bereich bauen.

- Sie stecken das Geld in den Erhalt von Straßen, richtig, und nicht in Neubau, aber trotzdem nehmen Sie das Geld aus dem Radwegebau. Das ist eine politisch unterschiedliche Einschätzung darüber, ob

man eine moderne Verkehrspolitik will, eine Verkehrswende einleiten will, oder ob man weiterhin rein auf Autoverkehr setzt. Das kann man so machen. Wir würden das anders machen, weil wir finden, dass man nachhaltig die Verkehrswende nach vorn bringen muss. Insofern ist es legitim, dass Sie sozusagen dafür stehen, den Klimaschutz - dazu kommen wir noch an anderer Stelle - aufzugeben. Wir geben ihn nicht auf, wir wollen eine Verkehrswende durch Radwege und mehr ÖPNV. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in Zeiten, in denen Rechtspopulisten in Europa erstarken, in denen ein Mann, der rassistische und sexistische Positionen vertritt, im Weißen Haus sitzt, müssen wir eine klare Position beziehen. Das machen wir im Parlament, aber auch, indem wir **zivilgesellschaftliches Engagement** stärken. Wir stocken Mittel für Demokratieprojekte wie die Juniorwahl auf, wir unterstützen Verbände, die sich für Vielfalt und Toleranz einsetzen. Wir fördern die Zentrale Bildungs- und Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten sowie Antidiskriminierungsprojekte von der HAKI wie das „SchLau“-Projekt. Die Mittel für das Beratungsnetzwerk zur Prävention von Rechtsextremismus haben wir erneut angehoben, und das ist gut und richtig so.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, gleichzeitig verlieren wir unser anderes grünes Kernthema nicht aus den Augen: Wir schützen unsere **Natur und Umwelt**, wir ergreifen Maßnahmen gegen die Klimakrise. Wir wollen nicht, dass die See- und Hafenstraßen dieses Landes durch den Anstieg des Meeresspiegels bald unter Wasser stehen.

Mit dem Energiewende- und Klimaschutzgesetz untermauern wir unsere Prioritätensetzung. Wir werden auf den erfolgreichen PROFI-Programmen aufbauen und gemeinsam mit der GMSH die Landesliegenschaften einem Energiecheck unterziehen.

Wir wollen Seen, Moore, Knicks und Wälder erhalten. Mit der Integrierten Station in der Holsteinischen Schweiz stärken wir den Naturschutz weiter. Außerdem wollen wir noch mehr junge Menschen für die Natur begeistern und schaffen zehn Plätze für ein Freiwilliges Ökologisches Jahr für Geflüchtete. So verknüpfen wir Bildung, Integration und Umweltschutz.

(Eka von Kalben)

Sie hingegen, liebe FDP, kürzen Naturschutzmaßnahmen: das Wolfsmanagement, den Moorschutz, bei den Naturschutzverbänden, bei den Programmen Fließgewässer und Abfallvermeidung, im ökologischen Landbau, beim FÖJ, bei nachhaltiger Entwicklung und Klimaschutz, im Biotop- und Artenschutz.

(Zurufe FDP)

Die FDP hat sich vom Natur- und Klimaschutz komplett verabschiedet.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ganz böse Menschen, genau!)

- Das hat mit bösen Menschen nichts zu tun, das ist aus meiner Sicht eher dumm als böse.

(Heiterkeit und Beifall PIRATEN)

Da macht Ihr Programm für den Küstenschutz tatsächlich Sinn: Schutz vor dem Meer statt Meereschutz. Wobei man sich fragen muss: Glauben Sie wirklich, dass man rein durch Küstenschutz - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir wollen Menschen schützen!)

- Ja, natürlich können Sie versuchen, die Menschen zu schützen, indem Sie Mauern gegen den Klimawandel bauen.

(Christopher Vogt [FDP]: Mauern bauen? Deiche sind das! Langsam wird es wirklich peinlich, Frau Kollegin!)

Es werden Ihnen aber viele Menschen erklären, dass das ziemlich unsicher ist, ziemlich unsicher. - Peinlich ist zu meinen, dass, wenn man nur immer einfach weiter die Deiche erhöht, der Klimawandel irgendwie vergessen werden kann: Den lassen wir einfach mal beiseite. Das ist peinlich, das ist richtig peinlich.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: Ja, aber Ihre Fahrradwege retten das Weltklima, oder?)

Wann begreifen Sie, dass wir nur diese eine Erde haben? Das ist wirklich peinlich.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist wirklich irre!)

Meine Damen und Herren, der Wermutstropfen des Haushalts ist die **HSH Nordbank**. Wir müssen uns darauf einstellen, dass die Verluste, die aus früheren Fehlentscheidungen resultieren, nun erstmals sichtbar werden.

(Zurufe FDP)

- Ja, frühere Fehlentscheidungen aller.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein!)

- Aller außer Herrn Kubicki!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nennen Sie doch einmal eine Entscheidung, die wir mitgetragen haben!)

Aber das kann man ja nicht ernst nehmen. Nein, ich nehme das nicht ernst.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Weitere Zurufe FDP)

Vor und noch während der Finanzkrise wurden in der Bank Klumpenrisiken aus der Schifffahrtsbranche eingegangen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau!)

Der Markt hat sich nicht erholt, die Kredite werden nicht bedient. Die Verantwortlichen haben anscheinend eine „Du-kommst-aus-dem-Gefängnisfrei“-Karte, und die Allgemeinheit bleibt auf den Schulden sitzen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das lasse ich Ihnen nicht durchgehen, dass alle daran Schuld haben!)

- Ich habe das doch schon zurückgenommen, Herr Kubicki: Alle außer Ihnen.

Im Finanzministerium wird Tag für Tag daran gearbeitet, die Verluste für das Land so gering wie möglich zu halten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist falsch!)

Wir alle wollen, dass sich die Geschichte nicht wiederholt. Deshalb ist spätestens 2018 Schluss mit der Bank in Landeseigentum. Mit öffentlichen Mitteln darf nicht gezockt werden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das hätten Sie 2006 haben können!)

- Hätte, hätte, Fahrradkette.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ja, genau!)

Meine Damen und Herren, der Haushalt 2017 ist strukturell ausgeglichen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Nach 2013 und 2015 werden wir wohl auch 2016 **Haushaltsüberschüsse** erwirtschaften. Das sagen zu können, ist historisch.

Ich möchte mich bei allen bedanken, die daran mitgewirkt haben. Ein besonderer Dank geht heute an

(Eka von Kalben)

Lars Winter, der das letzte Mal als finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion an der Haushaltsaufstellung mitgewirkt hat, bevor er sein Amt als Bürgermeister antritt. - Du wirst uns fehlen, lieber Lars.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Für den Erfolg, ob beim Monopoly-Spielen oder bei der Haushaltskonsolidierung, braucht es auch etwas Glück. Nicht jede Ereigniskarte in den letzten vier Jahren hat zu mehr Kosten geführt. Als wir die Zensusmittel bekommen haben, standen wir für einen Moment auf dem Feld „Frei Parken“ und hatten unerwartet Geld zur Verfügung.

Doch den allergrößten Anteil daran, dass wir nach Jahrzehnten Haushaltsüberschüsse vorweisen können, jetzt einen strukturell ausgeglichenen Haushalt verabschieden, die Infrastruktur sanieren, in Bildung investieren und den Klimaschutz stärken, hat die kluge und umsichtige Finanzministerin Monika Heinold.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Sie hat es geschafft, trotz Mehreinnahmen die Risiken im Haushalt im Blick zu behalten,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Trotz Mehreinnahmen? - Lachen Anita Klahn [FDP] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Trotz Mehreinnahmen hat sie es geschafft!)

Schwerpunkte zu setzen, langfristig zu planen und gleichzeitig sofort auf akute Herausforderungen zu reagieren. Eine bessere Finanzministerin kann sich kein Land wünschen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das macht ja auch kein Land!)

Das Lob vom Stabilitätsrat und der Abschluss des Sanierungsverfahrens sind tolle Auszeichnungen dafür. Mit den Grünen in der Landesregierung ist Schleswig-Holstein ökologischer, gerechter und weltoffener geworden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Na ja! - Hans-Jörn Arp [CDU]: Ihr dürft ja noch nicht mal mit nach Oslo kommen! - Christopher Vogt [FDP]: Außer U-Boot-Tietze! - Heiterkeit)

Wir als Küstenkoalition haben dieses Land vorangebracht. Entgegen aller Unkenrufe haben wir es auch geschafft, wieder politische Stabilität in diesem Land zu schaffen, weil wir in der Koalition Kompromisse eingegangen sind, uns geeinigt haben auf

gute Wege und uns gegenseitig Respekt gezollt haben. Dafür auch von mir vielen Dank an Sie alle, die das geschafft haben, mit unserer Einstimmigkeit das Land nach vorne zu bringen. - Dir auch, Lars.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir legen auch in unserem fünften Jahr einen soliden Haushalt vor, und ich bin zuversichtlich, dass wir das auch in den nächsten fünf Jahren machen werden. - Danke.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Husum-Nord und der Schule am Burgfeld aus Bad Segeberg auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau von Kalben, ich habe ich gerade gefragt, ob ich mich jetzt bei meinem Fraktionsvorsitzenden auch dafür bedanken muss, dass bei uns die Wege gut sind. Sie sind vor allem kürzer, wir konnten uns auch über Haushaltsänderungsanträge gemeinsam verständigen.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Ich glaube in der Tat, lieber Kollege Lars Harms, darüber lohnt es sich, noch einmal nachzudenken: Insbesondere in den Reden von Frau von Kalben und dem leider im Moment nicht anwesenden großen Führer der sozialdemokratischen Fraktion

(Zurufe - Dr. Ralf Stegner [SPD] sitzt auf der Regierungsbank)

- ach, der hat schon mal Probe gegessen, gut, dann nehme ich selbstverständlich zurück, dass er im Moment nicht da sei - haben Sie ein Land beschrieben, in dem offensichtlich die Menschen bis vor Kurzem noch in Erdhöhlen gelebt haben und die Straßen und Wege Trampelpfade gewesen sind.

(Dr. Heiner Garg)

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schön wär's!)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Das wird der Regierungsbilanz von Björn Engholm und Heide Simonis schlicht und ergreifend nicht gerecht.

(Beifall FDP und Hans-Jörn Arp [CDU])

Seit 1988 regieren mit einer kurzen Unterbrechung Sozialdemokraten dieses Land. Was Herr Stegner und Frau von Kalben hier in einem Zustandsbericht von Schleswig-Holstein abliefern, das hätte noch nicht einmal die CDU-FDP-Opposition so scharf formuliert.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ich finde, die spannende Frage ist doch, wenn wir solche Haushaltsberatungen miteinander führen, wenn wir uns darüber streiten, was die besseren Alternativen für Schleswig-Holstein sind. Dann geht es in Wahrheit nicht darum, irgendwelche Excel-Tabellen auszufüllen und irgendwelche Zahlen hin und herzuschieben. Es ist mir auch relativ egal, ob da irgendwo mal ein Kommafehler drin ist. Es geht doch darum: Wer hat die besseren Ideen, wer hat die besseren Einfälle, die Zukunft dieses Landes so zu gestalten, dass junge Menschen eine Zukunft in Schleswig-Holstein haben und dass ältere Menschen gern und sicher in Schleswig-Holstein leben?

Da gibt es jetzt einen Ansatz, den ich sehr interessant fand: Da gibt es die Zukunftsstrategie, die maßgeblich in der Staatskanzlei unter der Federführung von Torsten Albig, dem derzeitigen Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins, erarbeitet wurde. Das Spannende an der Zukunftsstrategie, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist, dass sie einen Zustand beschreibt, die mit der derzeitigen Politik nie erreicht werden würde.

Aus diesem Grund - finde ich - sollten wir uns alle einmal mit der Frage auseinandersetzen: Wie schafft man Zukunft, wie schafft man Zukunft vor dem Hintergrund des demografischen Wandels? Wie schafft man es, Wachstum und Wohlstand vor dem Hintergrund zu sichern, dass die Bevölkerungszahl langfristig abnimmt, dass langfristig immer mehr Fachkräfte fehlen? - Unsere Antwort darauf ist: Das schafft man vor allem, indem man endlich die **Infrastruktur** ertüchtigt, und zwar die Bildungsinfrastruktur, die Gesundheitsinfrastruktur, die Verkehrsinfrastruktur und die digitale Infrastruktur. Denn nur wenn das stimmt, werden wir auch in Zukunft Wachstum und Wohlstand sichern, obwohl der demografische Wandel eine immense

Herausforderung für die Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit dieses Landes darstellt.

Wie titelt der Landesrechnungshof unter der Rubrik aktuelle Haushaltslage so schön? - Zu der Finanzministerin, die von der Fraktionsvorsitzenden der Grünen gerade so beschrieben wurde, dass sie trotz Einnahmeanstiege die Ausgaben im Blick habe, sagt der Landesrechnungshof:

„Höchster Ausgabenanstieg seit 20 Jahren. Im Jahr 2015 flossen dem Land Mehreinnahmen von 1 Milliarde € zu. Davon steckte es den größten Teil - mehr als 700 Millionen € - in zusätzliche Ausgaben. Mit über 7 % ist dies der höchste Ausgabenanstieg seit über 20 Jahren. Gleichzeitig verharren die Investitionen auf einem historisch niedrigen Niveau.“

Und Sie feiern sich dafür heute selbst? - Ernsthaft, Frau von Kalben? Sie finden, das ist Zukunftsfähigkeit,

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

das Geld kommender Generationen so zu verpulvern und nicht in die Infrastruktur zu stecken?

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ich sage Ihnen: Das ist ein falscher Politikansatz. Darüber können wir uns auch gern heftig streiten.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Garg, gestatten Sie eine Bemerkung der Frau Abgeordneten von Kalben?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Ja, selbstverständlich.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Dr. Garg, ist es richtig, dass wir in den letzten anderthalb Jahren einen überproportionalen Bevölkerungszuwachs gehabt haben? Natürlich fallen da andere Ausgaben, nämlich nicht investive, sondern sächliche Ausgaben an. Das müssen Sie berücksichtigen, wenn Sie diese Vergleiche heranziehen.

- Ich habe auf den Zwischenruf oder diese Frage fast gewartet. Sie ist deswegen unzulässig, weil das Gros der Mittel für die Bewältigung des Zustroms, den ich überhaupt nicht kritisiere - die Bewältigung kritisiere ich nicht -

- Nein, ich weiß.

(Dr. Heiner Garg)

2016 angefallen ist. Ich habe das Jahr 2015 zitiert. Bereits im Jahr 2015 wird Ihrer Landesregierung, die Sie mittragen, attestiert, dass sie zwar wirklich ausgeben kann, dass sie strukturell nichts, aber auch gar nichts zu Wege gebracht hat. Das kritisiere ich, und das werde ich auch weiterhin kritisieren, liebe Frau Kollegin.

Präsident Klaus Schlie:

Es gibt eine weitere Zwischenfrage. Gestatten Sie die, Herr Abgeordneter?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Ja, ich gestatte.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Erinnern Sie sich, dass wir schon im Haushalt 2015 erhebliche Mittel in Vorbereitung auf die größere Zuwanderung eingebracht haben, zum Beispiel in Form von DaZ-Stellen, zum Beispiel in der Ausweitung der Sozialberatung und ähnlichen Bereichen?

- Ich erinnere mich vor allem daran, dass wir im Jahr 2016 mit einem Nachtragshaushalt arbeiten mussten, liebe Frau von Kalben.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deswegen stimmt Ihr Vorwurf, ich hätte hier mit falschen Zahlen operiert, schlichtweg nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kommen wir einmal zu den Einzelplänen

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Rede doch mal zu Ende jetzt hier!)

- ich möchte dich nicht enttäuschen -, die aus meiner Sicht eine ganz besondere Würdigung verdienen.

Kommen wir zum Einzelplan 03, zur Staatskanzlei. Herr Ministerpräsident, Sie sind federführend - so sagen wir es einmal - dafür verantwortlich, dass die Landesregierung einen noch nie gekannten Betrag für externe Beratung ausgegeben hat. Insgesamt haben Sie sich rund 60 Millionen € Steuermittel für **externe Beratung** gegönnt, 12,5 Millionen € ohne die HSH Nordbank, und alleine für die HSH Nordbank haben Sie 47,8 Millionen € externe Beratungskosten aufgewendet. Nehmen wir also nur die 12,49 Millionen € Mittel für externe Beratung, in denen die für die HSH Nordbank nicht drinstecken. Dann sieht die Erfolgsbilanz der Staatskanzlei von Torsten Albig zusammengefasst wie folgt aus: Ko-

Pers - eine einzige Erfolgsgeschichte -, in Ihrer Legislaturperiode danebengegangen! E-Beihilfe - ein unglaubliches Erfolgsprojekt - funktioniert bis heute nicht! - So ließen sich die Projekte, lieber Torsten Albig, für Ihr Lieblingsland Schleswig-Holstein der Reihe nach weiter aufzählen. Ihre Staatskanzlei hat außer viel Geld für irgendwas auszugeben, was nicht für die Zukunft dieses Landes gedacht ist, was keine Zukunftsinvestition ist, leider herzlich wenig auf die Reihe gebracht.

(Beifall FDP und Jens-Christian Magnussen [CDU])

Kommen wir zum Einzelplan des Innenministers, der heute Morgen schon so gelobt wurde. Herr Kollege Dr. Stegner, bevor ich sage, was wir am Einzelplan 04 anders machen würden, möchte ich sagen, dass ich es interessant fand, dass Sie immer wieder - wie formulieren Sie das? - in dieselbe Falle laufen und erzählen, die vorangegangene Regierung sei von den **Kommunen** verklagt worden. Sie tun immer so, als ob Sie von den Kommunen nicht verklagt würden. Natürlich sind Sie für Ihren Entwurf einer FAG-Novelle, also für Ihren Finanzausgleich, verklagt worden, und zwar nicht nur im Rahmen des Normenkontrollverfahrens der Opposition, sondern auch von den Kommunen.

(Beifall FDP und CDU - Zurufe Dr. Kai Dolgner [SPD] und Beate Raudies [SPD])

- Ach, Sie Schlaumeier! Kreise sind keine Kommunen, ja? - Das ist ja interessant!

(Lachen FDP und CDU)

Das finde ich jetzt interessant, dass ausgerechnet von Ihnen dieser Zwischenruf kommt, Herr Dolgner.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Und zweitens sind die Kreise nicht die Kommunen, sondern sind Teil der Kommunen! - Zurufe)

- Damit auch der Kollege Dolgner seinen weihnachtlichen Frieden wiederherstellen kann: Drei Kreise haben die amtierende Landesregierung verklagt, weil sie die Novelle zum Finanzausgleichsgesetz verfassungswidrig finden. Wie wir seit dem 21. November 2016

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ahnen können!)

ahnen können, ist zumindest der vertikale Finanzausgleich vermutlich ab dem 27. Januar 2017 nachzubessern, und zwar deutlich.

(Dr. Heiner Garg)

(Vereinzelter Beifall CDU, Beifall Wolfgang Kubicki [FDP] und Torge Schmidt [PIRATEN])

Wir halten nach wie vor an unserer Forderung und der Feststellung der Notwendigkeit einer zusätzlichen Einsatzhundertschaft für die **Polizei** fest, für die wir 5 Millionen € bereitstellen. Wir halten auch nach wie vor die Erhöhung der Erschwerniszulage für dringend geboten. Wir wollen auch extra beim Verfassungsschutz nachlegen. Wir stellen ebenfalls 500.000 € für einen Innovationsfonds zur Erforschung neuer Ermittlungs- und Fahndungsmethoden bereit. Wir wollen beginnen - das wird zugegebenermaßen auf Dauer nicht ausreichen - mit einem Betrag, damit endlich mobile Endgeräte - also auf Neudeutsch: Tablets - angeschafft werden können. Ich glaube, dass dem im Bereich Stärkung der inneren Sicherheit ganz bestimmt möglicherweise selbst von den regierungstragenden Fraktionen nachher zugestimmt werden kann, weil ich ehrlich gesagt nicht sehe, dass es an der Stelle große Konflikte gibt, was die Stärkung der inneren Sicherheit angeht.

Mit Sicherheit nach wie vor die größten Auseinandersetzungen mit dem Innenminister gibt es im Bereich der Kommunal Finanzen. Darauf darf ich später zu sprechen kommen.

Kommen wir zur Erfolgsgeschichte der Finanzministerin.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP]: Sensationell! - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

- Frau von Kalben, Sie haben meinen Fraktionsvorsitzenden etwas süffisant von der Verantwortung für die Entscheidung zur HSH Nordbank ausgenommen. Sie haben so salopp gesagt: „Hätte, hätte, Fahrradkette“. Ich bin es langsam leid, dass Vorschläge aus der FDP-Fraktion immer vom Tisch gewischt werden - das sei alles nicht nötig und überflüssig -, und am Ende stellt sich raus, wie clever es gewesen wäre, 2006 dem Vorschlag der FDP zu folgen, die Anteile des Landes Schleswig-Holstein an der **HSH Nordbank** zu veräußern. Mit dem damaligen Veräußerungsgewinn von 1,6 Milliarden €

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

hätte man unglaublich viel in die Infrastruktur dieses Landes investieren können.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das geht doch weiter, das macht ihr doch ständig so! - Heute wissen wir, dass die 10 Milliarden € Garantie

(Wortmeldung Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- ich lasse jetzt keine weiteren Zwischenfragen zu - vollumfänglich in Anspruch genommen werden. Von vermögensschonend kann ja wohl beim Handling der HSH Nordbank durch dieses Finanzministerium wahrlich keine Rede sein. Die Spitze des Eisbergs oder der Gipfel ist wirklich aus meiner Sicht - da stellt sich der große Verfechter der sozialen Gerechtigkeit hin - der Schuldenerlass an einen Hamburger Reeder, an Herrn Kortüm, von über 500 Millionen € - ganz nach dem Motto: Die Kleinen lässt man laufen, und für die Großen ist der Steuerzahler da.

(Zurufe Beate Raudies [SPD] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Herr Kollege Dr. Stegner, hören Sie doch auf, uns soziale Gerechtigkeit zu predigen. Der Mittelstand Schleswig-Holsteins wird solche Drohungen von Ihrer Seite spätestens am 7. Mai entsprechend quittieren, da bin ich ganz sicher.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Kommen wir zum Einzelplan 06, kommen wir zum so gelobten Wirtschaftsminister. Ich finde, dass sich Herr Dr. Stegner heute wirklich den Scherz des Tages, wenn nicht sogar den Scherz des Jahres erlaubt, als er auf die Infrastrukturleistungen und auf die Investitionsleistungen hingewiesen hat. Sie haben erzählt, wie viel mehr **Autobahn** gebaut wurde. Gleichzeitig weisen Sie darauf hin, dass in der letzten Legislaturperiode null Kilometer Autobahn gebaut wurden. Sie haben gesagt, es seien dreimal mehr gebaut worden. Dreimal null ist immer noch null, Herr Dr. Stegner.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Christopher Vogt [FDP])

Deswegen ist Ihre Bilanz, die etwas länger ist als zwei Jahre und neun Monate, auch nicht so viel fabelhafter.

Wie langweilig wären politische Debatten, wenn wir die R-Twins nicht hätten, also die R-Zwillinge Robert und Reinhard. Pünktlich zu Weihnachten überraschen Sie uns immer wieder mit Ihrem Streit, letztes Jahr über einen Adlerhorst, dieses Jahr über Schweinswale. Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man wirklich darüber lachen.

(Dr. Heiner Garg)

Die Bilanz des so gelobten Wirtschaftsministers sieht doch in Wahrheit wie folgt aus: Er hat keinen einzigen Meter A 20 in dieser Legislaturperiode weiter gebaut, nicht einen einzigen Meter in fünf Jahren hinbekommen, Herr Meyer. Der Start der Fehmarnbelt-Querung wird sich auch wegen Ihrer Verantwortung weiter verzögern. Wo da ein Wirtschafts-, Verkehrs- und Infrastrukturminister sein soll, das können Sie dem Weihnachtsmann erzählen, der schleswig-holsteinischen Öffentlichkeit jedenfalls nicht.

(Beifall FDP und CDU)

Was wollen wir? - Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage das gern öfter. Wir wollen den Substanzverzehr, der unter dieser Landesregierung ein nie gekanntes Ausmaß angenommen hat, endlich stoppen. Ja, wir wollen mehr, und zwar 51 Millionen € mehr, in den Erhalt unserer **Landesstraßen** investieren. Wir wollen ein extra Sanierungsprogramm für Brücken in Höhe von noch einmal 10 Millionen € auflegen. Es ist richtig: Wir wollen auch GVFG-Mittel zugunsten des kommunalen Straßenbaus umschichten. Wir wollen mehr in die Tourismusagentur Schleswig-Holstein investieren, und wir wollen 2,5 Millionen € für Projekte zur Förderung von freiem WLAN im öffentlichen Raum in die Hand nehmen. Wenn man eine digitale Agenda hat, so wie die FDP-Fraktion, dann setzt man - -

(Lachen Uli König [PIRATEN] - Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Ein Sammelsurium ist das!)

- Wissen Sie, es würde mich jetzt schmerzen, wenn ich mich noch ernsthaft politisch mit Ihnen auseinandersetzen müsste, Herr Breyer. Da ich das dankenswerterweise nicht mehr tun muss, sage ich nur: Wir zeigen, dass wir unsere **digitale Agenda** umsetzen. Andere sollten vielleicht erst einmal an einer digitalen Agenda arbeiten.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir kommen zum Einzelplan des Sozial-, Gesundheits- und Wissenschaftsministeriums. Ich nehme als Erstes die Kritik an unserem Haushaltsantrag zur Eingliederungshilfe auf. Das Schöne daran ist, dass die Erfahrungen in der Vergangenheit gezeigt haben, dass man sich weitere Begründungen ersparen kann, weil dieser Titel stets überzeichnet war. Das hat die Staatssekretärin im Ausschuss auf Nachfrage eingeräumt.

Jetzt behaupten Sie, das gelte weder fürs nächste Jahr, noch habe das für 2016 gegolten. Unabhängig davon, wer in der nächsten Legislaturperiode Verantwortung tragen wird, kündige ich Ihnen an, dass die Eingliederungshilfe neben der Kinderbetreuung eine der größten Reformbaustellen bleiben wird, dass wir uns darüber auseinandersetzen müssen, wie die Eingliederungshilfe in Zukunft organisatorisch abgewickelt werden soll, wie die **Eingliederungshilfe** gemeinsam mit einem neu geschaffenen Bundesteilhabegesetz umgesetzt werden muss. Wer da von vornherein bestreitet und gar nicht den politischen Willen hat zu versuchen, ein neues Moratorium auszuhandeln, und nicht auf Einspareffekte durch ein Prüfungsrecht hofft, der vergibt sich politischen Gestaltungsspielraum für andere Bereiche in der Sozialpolitik, die viel mehr Aufmerksamkeit verdient hätten.

Herr Kollege Dolgner, den schwersten Vorwurf, den Sie uns nach einem Jahr machen könnten, ist, dass wir falsch gerechnet haben. Sozialpolitisch würde sich gar nichts ändern - das wissen Sie -, weil ein Rechtsanspruch auf die Leistungen besteht und eine Nachfinanzierungspflicht besteht. Der schlimmste Vorwurf wäre - was ich nicht glaube -, wir hätten falsch gerechnet. Sozialpolitisch läuft hier jeder Vorwurf ins Leere.

(Beifall FDP und Volker Dornquast [CDU] - Wolfgang Baasch [SPD]: Leute verunsichern!)

- Herr Kollege Baasch, weil Sie es möglicherweise nicht wissen, will ich Ihnen einen kleinen Einblick in die Arbeitsweise des Sozialministeriums gönnen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Vielen Dank auch!)

Am 15. Oktober 2014 gab das Sozialministerium eine Ablauf- und Aufbauorganisationsuntersuchung für über 310.000 € - die sind in den 12,5 Millionen € externe Beratung enthalten - in Auftrag. 2014, das ist über zwei Jahre her. Status heute: Die Empfehlungen werden auf ihre Realisierung hin überprüft. - Das ist toll. Bis zur Landtagswahl überprüfen wir die Empfehlungen, für die wir 310.000 € bezahlt haben, auf ihre Realisierung. Es wäre vielleicht besser gewesen, mit den 310.000 € frühzeitig ein Konzept zur flächendeckenden Sicherung der Geburtshilfe im Land zu erarbeiten, anstatt sie für externe Beratung zu verschleudern, Frau Alheit.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Herr Stegner hat gesagt, sozialpolitischer Kahlschlag sei das Markenzeichen der vergangenen Legislaturperiode gewesen. Ich will Ihnen sagen, was

(Dr. Heiner Garg)

das Markenzeichen der jetzigen Legislaturperiode ist: Das ist gesundheitspolitischer Totalausfall, Frau Alheit. Kein Krankenhausgesetz, kein Rettungsdienstgesetz, kein Wasserrettungsdienstgesetz, keine Krankenhausfinanzierung, wie sie sinnvoll gewesen wäre.

(Lachen Ministerin Kristin Alheit)

- Sie haben gestern einen ganz tollen Landeskrankenhausplan vorgelegt, bei dem die zentralen Versorgungsfragen schlicht unbeantwortet bleiben. Ich finde das aber gut, dann kann das in der nächsten Legislaturperiode besser gemacht werden.

Was wollen wir? - Herr Dr. Stegner, wir wollen 100.000 € für ein Konzept zur Sicherung der Geburtshilfe im ländlichen Raum. Wir wollen 1 Million € Projektmittel, damit die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum endlich wieder Thema wird, damit die Frage der **Gesundheitsversorgung** einer älter werdenden Bevölkerung in einem Flächenland endlich wieder politisch thematisiert werden kann und mit den Partnern der Selbstverwaltung, also denjenigen, die die Versorgung vor Ort durchführen, neue Versorgungskonzepte entwickelt werden können. Wir wollen noch einmal zusätzlich 15 Millionen € für den schnellen Abbau des Investitionsstaus im Krankenhausbereich in die Hand nehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, wir erneuern unsere Forderung, die Kofinanzierungspflicht bei IMPULS zu streichen. Frau Kollegin von Kalben, es ist falsch, dass es bei uns doppelt so lange dauern würde, weil wir das Investitionsförderungsprogramm des Bundes, das hier mitdiskutiert wird, explizit so, wie es der Bund vorsieht, für **Krankenhausfinanzierung** öffnen wollen und dafür 25 Millionen € zusätzlich einsetzen. Damit wird der Investitionsstau genauso schnell abgebaut wie mit der erzwungenen Kofinanzierung durch Ihre Landesregierung. Herr Dr. Stegner, es ist kein ordentlicher Umgang mit den Kommunen, sie dazu zu zwingen. Das haben Sie getan. Natürlich haben sie das am Ende unterschrieben, weil ihnen gar keine andere Wahl geblieben ist.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wir leben in einer Diktatur! - Volker Dornquast [CDU]: Bei Ihnen ja!)

Wir wollen 5 Millionen € für zusätzliche Sonderpädagogen einstellen. Das ist richtig, Frau von Kalben. Ich will daran erinnern: Es war die von Ihnen so gescholtene schwarz-gelbe Landesregierung, die zum ersten Mal nach über zwei Jahrzehnten Landesmittel für die Schulsozialarbeit in einen Landes-

haushalt eingestellt hat. Es ist doch schön, wenn Sie zusätzliche Mittel zur Verfügung haben und sie an der einen oder anderen Stelle sinnvoll ausgeben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Eine der zentralen Fragen in der kommenden Legislaturperiode werden die Investitionen in den frühkindlichen Bereich, in **frühkindliche Bildung** sein.

(Zurufe SPD)

Wir haben einen Einstieg gewählt, von dem wir überzeugt sind, dass er sinnvoll ist. Herr Dr. Stegner, das wüssten Sie, wenn Sie unsere Haushaltsanträge gelesen hätten.

(Zurufe)

- Ich bin mir bei Herrn Dr. Stegner nicht so sicher! Dann wäre Ihnen zumindest aufgefallen, dass wir anders als die beiden anderen Oppositionsfraktionen Ihr Modell, das wir für falsch halten, im Sinne einer bestimmten Verlässlichkeit von Politik für die Menschen im Land unangetastet lassen. Wir steigen mit unserem Modell zum Schuljahr 2017/2018 ein. So erklärt sich auch der anfangs geringere Bedarf. Es sollen nur fünf Monate abgedeckt werden. Wir steigen mit unserem Modell ab August 2017 ein und schlagen einen sogenannten doppelten Deckel eines absoluten Betrags vor. Das heißt, kein Elternanteil soll mehr als 200 € pro Monat und Kind für die Betreuung unter drei Jahren bezahlen, und niemand soll mehr als 150 € pro Monat und Kind für den sogenannten Ü-3-Bereich bezahlen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Besser als die CDU, aber nicht gut genug! - Zurufe Wolfgang Kubicki [FDP])

Das ist aus meiner Sicht ein fairer Einstieg in das, was viele mittelfristig wollen, nämlich die Beitragsfreiheit im frühkindlichen Bereich. Denn ich mag niemandem mehr erklären, warum beispielsweise ein Medizinstudienplatz aus allgemeinen Steuermitteln finanziert wird - was ich richtig und notwendig finde, weil wir Ärztinnen und Ärzte brauchen -, aber das im frühkindlichen Bereich nicht gelten soll.

(Beifall FDP und SPD - Zurufe)

- Liebe Frau Pauls, Ihr Beitrag war gerade 21 Jahre später. Das Problem ist:

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

Vor 21 Jahren war ein Sozialdemokrat Ministerpräsident. Wenn das so wichtig gewesen wäre, hätte er es schon damals tun sollen. Ich finde es richtig, dass es inzwischen eine breite gesellschaftliche

(Dr. Heiner Garg)

Mehrheit gibt, Eltern mittelfristig von Beiträgen freizuhalten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall Anita Klahn [FDP] - Zurufe Dr. Kai Dolgner [SPD])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Dr. Dolgner, wenn Sie das Wort wünschen, müssen Sie sich melden.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Das gilt für andere Kollegen auch!)

Präsident Klaus Schlie:

Das gilt auch für andere.

(Christopher Vogt [FDP]: Aber für dich ganz besonders!)

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Wenn Herr Dolgner dieses Problem geklärt hat, können wir weitermachen. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Bekenntnis zur mittelfristigen Beitragsfreiheit wird niemanden, der in Zukunft Verantwortung trägt, von der Pflicht entheben, die Kita-Finanzierung komplett vom Kopf auf die Füße zu stellen. Das wird anstrengend werden, das wird dauern, aber es wird sich lohnen, weil wir hier in Zukunft ohnehin einen aufwachsenden Titel haben. Wenn wir uns vor Augen halten, dass sich die meisten Eltern nicht wie derzeit fünf Stunden Betreuung pro Tag wünschen, sondern eine Ganztagsbetreuung nachfragen, dann muss es diese Ganztagsbetreuung auch geben, dann muss es die Kapazitäten dafür geben. Zusätzlich wird die Nachfrage nach U-3-Angeboten weiter steigen.

Meine sehr geehrten lieben Kolleginnen und Kollegen, wir haben in der vergangenen Plenartagung lange und heftig über die sogenannten **Anwohnerbeiträge** zum **Straßenausbau** diskutiert. Wir haben Ihnen damals gesagt, dass wir Ihnen ein Modell vorlegen wollen, das wir jetzt auch haushaltstechnisch bearbeitet haben. Ihre damaligen Reaktionen, am besten gar nicht darüber zu reden und schon gar nicht die Anwohnerinnen und Anwohner von Anwohnerbeiträgen freizustellen, finde ich deswegen so interessant, weil sich vor wenigen Tagen dankenswerterweise der Kieler Oberbürgermeister - der ist, glaube ich, Sozialdemokrat - dazu sehr pointiert und clever geäußert hat. Wir schlagen Ihnen vor, die Anwohnerbeiträge in Zukunft komplett abzuschaffen, die Anwohnerinnen und Anwohner nicht exklusiv zur Finanzierung des Straßenausbaus heranzuziehen, sondern das in Zukunft da, wo es hin-

gehört, nämlich über den kommunalen Finanzausgleich, zu regeln.

(Zurufe)

- Herr Kollege Koch, das ist unser Vorschlag.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Vollkasko!)

- Was hat das denn mit Vollkasko zu tun, Herr Stegner? Was steckt denn da für ein Weltbild hinter dem Erwerb von Eigentum? Was steckt da für eine Philosophie hinter? Die blitzte schon bei der Kollegin von Kalben durch: Wir wollen nicht, dass sich die Menschen an der Schlossallee ein Haus bauen. - Ich möchte, dass viele Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner Eigentum erwerben können, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall FDP und CDU - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich überhaupt nicht gesagt!)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Garg, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Garg, kein vernünftiger Mensch ist gegen Eigentumserwerb.

- Doch, Sie!

(Heiterkeit und Zurufe)

- Nein, kein vernünftiger Mensch ist gegen Eigentumserwerb, auch ich nicht. Aber wir sind dagegen, dass die Krankenschwester, die sich das Eigenheim nicht leisten kann, mitfinanzieren soll, dass die Ausbaubeiträge anders finanziert werden. Dagegen sind wir, das ist nämlich sozial ungerecht.

(Zurufe)

- Und ich möchte, dass die Krankenschwester und die Altenpflegerin ihr Eigenheim behalten können, weil überzogene Anwohnerbeiträge das Eigentum im Zweifel gefährden, Herr Dr. Stegner.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und PIRATEN - Zurufe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Finanzministerin, Sie haben mir fast die größte Freude bereitet. Ich wusste gar nicht, dass Sie so witzig sein kön-

(Dr. Heiner Garg)

nen. Sie haben gesagt, die **Investitionsquote** sei Ihnen „Banane“.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sensationell!)

Ich habe einen Moment überlegt - aber das wäre eher Piratenstil gewesen -, ob ich Ihnen eine Eintrittskarte für Hagenbecks Tierpark schenken soll, damit Sie die Bananen verfüttern können.

Ernsthaft, Sie sind doch Erzieherin von Beruf: Gehen Sie doch einmal in Kindergärten, gehen Sie in Schulen, gehen Sie in Krankenhäuser, und erzählen Sie denen, die Investitionsquote sei Banane! Erzählen Sie dem Verwaltungschef eines Krankenhauses, in dem die OP-Decke kurz davor ist, den Leuten auf den Kopf zu fallen, dass die Investitionsquote Banane sei!

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wissen, dass das vollkommener Unsinn ist, den Sie da erzählt haben. Es ist unsinnig, es ist falsch, und es ist gefährlich, Frau Finanzministerin.

(Beifall FDP)

Ihre Investitionsquote ist eine Bedrohung für Wachstum und Wohlstand in Schleswig-Holstein.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, stellen Sie weiter **zweisprachige Schilder** in Nordfriesland auf und glauben, dass das Land dadurch zukunftsfähig wird.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Liebe Frau Kollegin von Kalben, während Sie zweisprachige Schilder aufstellen, stoppen wir den Substanzverzehr. Wir investieren in die Zukunft Schleswig-Holsteins. Wir investieren in Bildung. Wir investieren in Gesundheit. Wir investieren in Verkehrswege. Wir investieren in digitale Infrastruktur. So schaffen wir die Grundlage für Wachstum und Wohlstand, während Sie sich mit zweisprachigen Schildern zufriedengeben. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion der PIRATEN hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Dr. Patrick Breyer, das Wort.

(Unruhe)

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine Sehr verehrten Damen und Herren! Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Dr. Stegner, der gerade den Raum verlässt, hat hier vorgelegt und uns mit einer Wahlkampfrede zu einer Generaldebatte herausgefordert. Ich glaube nicht, dass wir mit Parteienstreit oder Eigenlob das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen können.

(Zurufe)

Aber weil auf einen groben Klotz ein grober Keil gehört, möchte ich gern auf dem Niveau des Kollegen Dr. Stegner antworten und auf die Bilanz dieser Regierungskoalition und das zu sprechen kommen, was wir Vogel-Strauß-Politik nennen, nämlich dass man sich die eigenen Lieblingsthemen herauspickt, wie zum Beispiel Bildung, und bei anderen unbequemen Themen wegsieht, verschleiert oder verschleppt.

Um einige davon zu nennen: Das Thema digitale Revolution - verschlafen; Thema Durchsetzung des Bürgerwillens bei der Windenergieplanung - aufgegeben; Thema Mietbelastungsquote in Schleswig-Holstein so hoch wie in keinem anderen Flächenland - nichts erreicht; Sexismus, Rassismus an der Polizeischule - sollte vertuscht werden; kein Konzept zum Whistle-Blower-Schutz, obwohl im Koalitionsvertrag versprochen.

(Lars Winter [SPD]: So ein Quatsch!)

Herr Kollege Winter, Straßenzustand - weiter verschlechtert. Keine Karenzzeiten, wenn die Minister dieser Landesregierung in die Wirtschaft wechseln wollen; keine Offenlegung der Nebeneinkünfte dieser Abgeordneten in dieser Wahlperiode. Bei der Besetzung der obersten Kontrollinstanzen in unserem Land - Landesrechnungshof, Landesverfassungsgericht - keine öffentliche Ausschreibung vor der Personalauswahl. Keine Offenlegung, wenn Gesetzentwürfe von Lobbyisten übernommen werden. Keine Herausgabe von Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes; sie sollen geheim gehalten werden. Ministerpensionen ab einem Traualter von 63 Jahren. Das ist das, was Sie unter sozialer Gerechtigkeit verstehen.

Kein Verbot für Fracking in unserem Land. Verschleppte Anträge auf weitere Ölförderung in Schleswig-Holstein. Verschleppte Sanierung der Bohrschlammgruben in unserem Land. Keine Erhöhung der Eigenbedarfsmengen für Cannabis, wie Sie versprochen haben. Kein Abbau der einzelbetrieblichen Subventionen.

(Dr. Patrick Breyer)

Herr Ministerpräsident, Sie haben im Bundesrat keinen Einspruch gegen die Pkw-Maut eingelegt. Sie tragen die feste Fehmarnbelt-Querung, eines der verfehltesten Großprojekte in unserem Land, mit. Und diese Koalition hat kein Nein zu CETA zustande gebracht, Sie haben dazu bis heute überhaupt keine Position. Stattdessen trägt die SPD den Kurs von Herrn Gabriel mit, die großen Konzerne zu schützen und die Demokratie auszuhöhlen.

Keine Spielbank, die in unserem Land verkauft wurde - wie versprochen, Frau Heinold. Auch keine Bundesratsinitiative zur Steuerreform, um die Fehler zu korrigieren, die die rot-grüne Bundesregierung vor zehn Jahren gemacht hat.

Das ist die Vogel-Strauß-Politik in diesem Land, das ist die Bilanz Ihrer Regierungszeit.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie wieder einen Vogel mit?)

- Ihren Vogel habe ich nicht dabei.

Ich komme jetzt zum eigentlichen Thema der Haushaltsberatungen, zum Haushaltsplan. Da möchte ich den amerikanischen Vizepräsidenten Joe Biden zitieren, der sagt: Erzähl mir nichts von deinen Werten! Zeig mir deinen Haushalt, und ich zeige dir, was dir wichtig ist.

Was wir PIRATEN zum Haushalt beantragen, zeigt deutlich, was uns wichtig ist: Uns geht es um die digitale Zukunft unseres Landes, uns geht es um den Datenschutz, um den Verbraucherschutz, um den Tierschutz, um die Mobilität, um die Integration und um die Demokratieförderung.

(Beifall PIRATEN)

Ich will mich nicht lange mit den **chronischen Problemen** unserer **Landesfinanzen** aufhalten. Egal, unter welcher Regierung: in der Vergangenheit hat sich der Zustand unserer Straßen, unserer Gebäude verschlechtert, immer weiter verschlechtert, und gleichzeitig wird trotzdem neu gebaut, während die bestehende Infrastruktur verfällt. Ich will nicht viel dazu sagen, dass wir teure Zinsen wegen des unvergleichlich hohen Schuldenbergs unseres Landes zahlen und gleichzeitig trotzdem Guthaben in Sondervermögen bunkern und diese sogar noch weiter ausbauen wollen.

Dass das völlig unwirtschaftlich ist, muss doch jedem klar sein. Frau Finanzministerin, dass Sie die Kommunen bei der Freihaltung von Wohnraum für Flüchtlinge unterstützen wollen, ist natürlich gut, aber doch nicht durch Anhäufen von Geld, das da-

für aktuell gar nicht benötigt wird. Lassen Sie uns das aus dem Haushalt finanzieren statt über Sondervermögen!

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Ich will nicht viele Worte über die tickenden Zeitbomben in unserem Landeshaushalt verlieren, die wir seit Jahren und Jahrzehnten haben und gegen die nicht ausreichende Vorsorge getroffen wird. Dazu gehören die steigenden Pensionslasten unseres Landes. Dazu gehört die HSH Nordbank. Dazu gehört der Schuldenberg, dessentwegen uns der ganze Haushalt um die Ohren fliegen wird, sobald die Zinssätze wieder steigen.

Sie zitieren den Stabilitätsrat höchst unvollständig mit dem, was Sie hier gesagt haben, denn der Stabilitätsrat schreibt Ihnen auch die Warnung vor neuen strukturellen Ausgaben ins Stammbuch. Genau die sind in Ihrem Haushalt angelegt. Wir haben in den letzten Jahren überproportionale Ausgabesteigerungen in Schleswig-Holstein erlebt. Wenn Sie jetzt erstmals trotzdem einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können, liegt das an den historisch günstigen **Rahmenbedingungen**, an den historisch niedrigen Zinsen, aber auch daran, dass Sie die Berechnungsmethoden für den Haushalt selbst geändert und manipuliert haben. Sonst wäre nämlich Ihr Haushalt heute nicht ausgeglichen.

(Beate Raudies [SPD]: Ihre Wahrheit!)

Das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall PIRATEN)

Da es aber aussichtslos wäre, Herr Kollege Winter, Sie von strukturellen **Änderungen** an Ihrem Haushaltsentwurf zu überzeugen, haben wir **PIRATEN** stattdessen konkrete Verbesserungsvorschläge in vernachlässigten Bereichen unterbreitet, die sozusagen abwärtskompatibel sind, wie wir sagen, das heißt, kompatibel mit Ihrem Haushaltsentwurf, denen Sie zustimmen könnten, wenn Sie denn dieselben Schwerpunkte setzen wollten.

Warum ist es uns PIRATEN wichtig, in die Gestaltung der **digitalen Revolution** zu investieren? Warum haben wir das übrigens schon im letzten Jahr beantragt, als noch keiner außer uns das Wort „Digitalisierung“ im Mund hatte?

(Sandra Redmann [SPD]: Wir hatten alle noch keinen Strom und keinen PC! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir lebten alle in Höhlen!)

Stell dir vor, Herr Kollege Dr. Garg, es ist digitale Revolution, und das Land macht nicht mit! Nach diesem Motto ist bislang Politik gemacht worden.

(Dr. Patrick Breyer)

Dabei verändert die Digitalisierung unser Leben tiefgreifend in allen Bereichen, sei es bei der Gesundheit, sei es bei der Bildung, sei es bei der Mobilität, sei es bei der Demokratie. Dennoch nutzen wir nicht annähernd die Chancen der Digitalisierung, die unser Leben leichter machen könnten. Wir haben die Digitalisierung bisher schlichtweg verschlafen.

Die digitale Revolution ist eben nicht nur darin sichtbar, ob man einen Internetanschluss, eine Breitbandversorgung hat - worum Sie sich jahrelang als Einziges gekümmert haben. Es geht nicht nur um die WLAN-Versorgung, um die Sie sich als Einziges gesorgt haben, Herr Dr. Garg.

(Dr. Heiner Garg [FDP] hält ein iPhone hoch
- Dr. Heiner Garg [FDP]: Soll der digital sein oder analog?)

Digitalisierung sind nicht nur fehlgeschlagene Großprojekte wie KoPers oder E-Beihilfe. Wenn man die digitale Revolution gestalten will, braucht man einen Kompass, der in die Richtung zeigt, in die die Entwicklung bewegt werden soll. Wir PIRATEN haben einen solchen Kompass. Wir wollen, dass im Mittelpunkt der digitalen Revolution der Mensch steht und seine grundlegenden Rechte, Zugang Wissen zu haben, selbst über seine Daten bestimmen zu können und an den Projekten dieser Gesellschaft mitbestimmen zu können. Das ist unser digitaler Kompass.

(Beifall PIRATEN)

Deswegen legen wir nicht nur Pläne vor, Herr Ministerpräsident, sondern beantragen konkrete Projekte, um die Chancen der digitalen Revolution für unser Land zu nutzen. Ich will nur ein paar Beispiele nennen. Wir wollen nicht mehr, dass Gesetzentwürfe der Landesregierung nur an ausgewählte Verbände verschickt werden, Herr Ministerpräsident, sondern wir wollen das Vertrauen der Bürger wiederherstellen, dass Politik in ihrem Interesse gemacht wird, und wollen dazu ein **Beteiligungsportale** einrichten, auf dem sich jeder Bürger in der Anhörungsphase zu geplanten Gesetzentwürfen äußern kann. Ich verstehe nicht, warum Sie das ablehnen.

Sogar Ihre digitale Landesagenda wurde nicht online erarbeitet. Sie haben sie nie im Internet zur Diskussion gestellt, sodass sich jeder dazu äußern konnte. Was ist das für eine Digitale Agenda, die analog erarbeitet wurde?

(Uli König [PIRATEN]: Sehr gute Frage!)

Wir wollen, dass die Bürger defekte Straßenschilder, Straßenschäden, kaputte Spielplätze und ähnliche Mängel ganz einfach über ihr Smartphone melden können, ohne sich um Zuständigkeiten kümmern zu müssen. Wir wollen einen **Mängelmelder** für Schleswig-Holstein!

(Beifall PIRATEN)

Wir wollen, dass Beschäftigte im öffentlichen Dienst Straftaten an ihrem Arbeitsplatz anonym melden können und dass sie mit einem Rückkanal für Rückfragen erreichbar sind, eine **Whistle-Blowing-Plattform**. Dafür wollen wir im Haushalt Geld bereitstellen.

(Beifall PIRATEN)

Wir wollen, dass es in öffentlichen Gebäuden, wie zum Beispiel in Schulen oder Rathäusern, **freies WLAN** gibt. Wir wollen im nächsten Jahr mit einem 1.000-Hotspot-Programm in Schleswig-Holstein anfangen. Das ist ein konkretes Projekt, Herr Ministerpräsident. Wir müssen einen Einstieg finden, denn heutzutage geht es offline nicht mehr.

Wir möchten, dass die Bürgerbeauftragte nicht nur durch das Land reist, sondern auch eine Online-Sprechstunde anbietet. Warum werden die Möglichkeiten des Internet nicht genutzt, um für Menschen im ganzen Land auch für Beratung erreichbar zu sein? Wir wünschen uns eine Medienkompetenzstrategie an allen Schulen in unserem Land.

(Beifall PIRATEN)

Wenn Sie im Haushalt Geld für **digitale Bildung** bereitstellen, ist ein so pauschaler Ansatz kein Ersatz dafür, dass sich jede einzelne Schule Gedanken darüber machen muss: Wie integriere ich die neuen Medien in den Unterricht? Wie kann ich bei der Bildung den Menschen vermitteln, dass sie sich in einer digitalen Gesellschaft zurechtfinden, sich orientieren und die Medienkompetenz haben, um mit den ganzen Inhalten umzugehen, die im Internet zu finden sind? Das muss an jeder Schule vermittelt werden. Solch ein Projekt wollen wir hier anschieben.

(Beifall PIRATEN)

Wir wollen, dass schnelles Internet an allen Schulen früher kommt, als es die Landesregierung will. Deshalb wollen wir 4,5 Millionen € extra in diesen Bereich stecken. Wir wollen die digitale Revolution in die Klassenzimmer in Schleswig-Holstein bringen, sehr verehrte Damen und Herren.

An den Universitäten wollen wir, dass Vorlesungen auch im Internet abrufbar sind. Wenn wir den Prä-

(Dr. Patrick Breyer)

senszwang aufgeben, müssen wir den Menschen doch die Möglichkeit geben, sich die Vorlesungen nachträglich oder, wenn sie zum Beispiel gebunden sind, von zu Hause aus anzuschauen. Wir wollen einen Einstieg wagen und ein Projekt finanzieren, um Vorlesungen an unseren Universitäten digital abrufbar zu machen.

(Beifall PIRATEN)

Wir wollen **Transparenz**. Es geht uns darum, die Informationen, die bisher ganz verstreut auf allen möglichen Internetseiten stehen, auffindbar zu machen, indem wir sie in ein zentrales Veröffentlichungsportal des Landes einstellen, das man durchsuchen kann, wo man Informationen kommentieren und Hinweise geben kann, von dem man sich aber auch benachrichtigen lassen kann,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wann haben Sie Geburtstag?)

wenn es zu bestimmten Stichworten oder Orten neue Informationen gibt. Das wäre ein zukunftsweisendes E-Government im Land Schleswig-Holstein.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wo wohnen Sie?)

Wir wollen, dass digitale Rathäuser gefördert werden in dem Sinn, dass den Kommunen ein fertiges Angebot gemacht wird: Wenn ihr Behördengänge digitalisiert anbieten wollt, könnt ihr auf ein standardisiertes Angebot zurückgreifen, das das Land in Zusammenarbeit mit den Kommunen entwickeln soll. Das heißt, wir wollen ein Pilotprojekt für digitale Rathäuser, das den Kommunen schlüsselfertig zur Verfügung steht, um Behördengänge in Schleswig-Holstein endlich zu vereinfachen. Das nutzt dem E-Government in unserem Land. Wir PIRATEN stehen dafür, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen.

Die Digitalisierung hat aber auch eine Schattenseite. Sie bringt ungekannte Möglichkeiten mit sich, um uns auszuspionieren und zu manipulieren. Das, der Schutz vor Massenüberwachung und Manipulation, ist für uns PIRATEN auch **innere Sicherheit**.

(Beifall PIRATEN)

In unserem Land wird zum Beispiel die Position von Handy-Nutzern immer häufiger abgefragt, ohne die Benutzer darüber zu benachrichtigen, Stichwort Funkzellenabfrage. Das Landesdatenschutzzentrum mahnt, dass die Vorkehrungen bei der Polizei gegen missbräuchliche Datenabfragen nicht ausreichen. Deswegen gibt es immer wieder Verfahren gegen Einzelne, die solche Datenabfragen zu privaten Zwecken nutzen.

Was der Verfassungsschutz an Überwachungsmaßnahmen betreibt, wird komplett geheim gehalten. Es gibt in Schleswig-Holstein keinerlei Statistik über die Überwachungsmaßnahmen des Verfassungsschutzes. Damit haben wir wahrscheinlich die intransparenteste Verfassungsschutzbehörde Deutschlands. Herzlichen Glückwunsch!

(Lars Harms [SSW]: Das ist auch geheim!)

Dieses Land hat im Bundesrat im Zuge des neuen Gesetzes zur Digitalisierung der Energiewende dem Zwangseinbau von Smart Metern zugestimmt. Das bedeutet, dass in Zukunft aus den Verbrauchsdaten jedes Haushaltes ablesbar sein wird, wann wir Zuhause gewesen sind, wie viele Menschen Zuhause gewesen sind, unsere Lebensgewohnheiten, vielleicht sogar, welche Geräte wir wann benutzt haben. Das ist eine unglaubliche Gefahr für die Privatsphäre und die Vertraulichkeit unseres Verhaltens in den eigenen vier Wänden.

Wir PIRATEN wollen diesen Gefahren der Digitalisierung endlich etwas entgegensetzen. Statt den Verfassungsschutz aufzurüsten, wollen wir die Kontrolle der Sicherheitsbehörden und den technischen Schutz vor Spionage stärken. Acht zusätzliche Stellen beim Unabhängigen Landeszentrum für **Datenschutz**, das ist unser Ansatz und unser Antrag für Schleswig-Holstein.

(Beifall PIRATEN)

Der Datenschutz hat bei uns ein Durchsetzungsproblem. Im Zeitalter globaler Player, im Zeitalter ausländischer Geheimdienste müssen Datenschützer es mit einem Konzern wie Facebook oder Google aufnehmen können. Sie brauchen das erforderliche Personal, um das leisten zu können. Wir dürfen vor den Risiken der Digitalisierung nicht kapitulieren, sondern wir müssen sie angehen, und wir müssen die digitale Revolution gestalten.

Was aber macht diese Landesregierung? Unter dieser Landesregierung nimmt die **Videoüberwachung** des täglichen Lebens überhand. Da werden Bahnreisende immer häufiger überwacht. Ich bin gespannt, wie das bei der Neuausschreibung des Bahnverkehrs zwischen Lübeck und Hamburg läuft. Da ist vom Verkehrsminister schon wieder geplant, Videoüberwachung durchzuführen. Herr Kollege Tietze, wir nehmen Sie beim Wort, das zu verhindern.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Rüstungs-Tietze kann man überhaupt nicht beim Wort nehmen!)

(Dr. Patrick Breyer)

- Herr Tietze hat getönt, dass er das bisher verhindert hat! Ich bin gespannt, ob es dabei bleiben wird.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Der tönt unglaublich viel!)

Da sind Überwachungskameras an Streifenwagen der Polizei eingeführt worden. Da sollen Polizeibeamte mit Körperüberwachungskameras ausgestattet werden, obwohl uns Sachverständige im Innen- und Rechtsausschuss berichtet haben, dass das eben nicht vor Gewalt gegen Beamte schützt.

Da sollen Kameras in Justizvollzugsanstalten selbst bei psychisch kranken Straftätern angebracht werden. Es sollen ganze Demonstrationszüge videoüberwacht werden mit dem neuen Versammlungsgesetz - Stichwort Überblicksaufnahme.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Wenigste, was wir in Anbetracht dieses Kamerawuchers tun können, ist doch, Transparenz zu schaffen. Deswegen beantragen wir Mittel für ein Kameraregister, damit sich jeder Bürger informieren kann, wo er überwacht wird und wie er der Überwachung ausweichen kann.

(Beifall PIRATEN - Heiterkeit Beate Raudies [SPD])

Wer nicht mehr weiß, wer alles seine Daten kennt, wer jederzeit und überall mit Überwachung und Beobachtung rechnen muss, ist nicht mehr frei in seinen Handlungen und seinen Entscheidungen. Eine Überwachungsgesellschaft, in der alles, was wir tun, aufgezeichnet wird, schadet uns allen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie wollen doch die vollständige Transparenz!)

Deswegen stehen wir PIRATEN dafür, den Risiken der Digitalisierung in Schleswig-Holstein konkret zu begegnen. Unser digitaler Kompass steht für Vertrauen statt Misstrauen.

Wir PIRATEN stehen aber auch für Gerechtigkeit bei der Kita-Finanzierung. Deswegen lehnen wir das Kita-Geld als Wahlgeschenk dieser Regierung ab. Es ist übrigens sozial ungerecht, allen, unabhängig vom Bedarf, das gleiche zu geben.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Was verstehen Sie von sozialer Gerechtigkeit? Gar nichts!)

Das ist unsolide Haushaltspolitik und dient offensichtlich dazu, bestimmte Wählergruppen beeinflussen zu wollen. Wir wollen stattdessen den Betriebskostenzuschuss an Kommunen für Kitas um 20 Millionen € erhöhen und die Nachmittagsbetreuung mit 3,5 Millionen € zusätzlich ausbauen, denn

wo die Nachfrage steigt, muss nachgesteuert werden.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Breyer, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Ja, gern.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Mein Gott, werte ihn doch nicht auf! - Heiterkeit)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Garg, Sie brauchen sich nicht irritieren zu lassen. Sie dürfen Ihre Frage stellen.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Präsident, ich bin überhaupt nicht irritiert, sondern hoch erfreut.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es ist Weihnachten!)

Herr Kollege, ich teile zwar Ihre Kritik am 100-Millionen-€-Krippengeld der Landesregierung. Sie sagen, es sei sozial ungerecht, weil alle das gleiche bekämen. Ich muss Ihnen sagen: Wer **beitragsfreie Bildung** für alle will, macht sie hoffentlich auch für alle beitragsfrei.

(Beifall SPD)

Wir jedenfalls wollen sie für alle beitragsfrei machen. Bisher bin ich davon ausgegangen, dass Sie das auch möchten.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Natürlich wollen wir das, Herr Kollege Dr. Garg. Aber das steht im Haushaltsentwurf auch nicht.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist dann auch sozial ungerecht! - Christopher Vogt [FDP]: Die Reichen werden dann auch befreit!)

Präsident Klaus Schlie:

Die Möglichkeit zur Antwort hat jetzt der Herr Abgeordnete Dr. Breyer, sonst niemand.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Fakt ist, dass weder die Koalition noch die FDP den Besuch der Kindertagesstätten beitragsfrei machen

(Dr. Patrick Breyer)

wollen. In einer Situation, in der wir nur einen Teil der Mittel in die Hand nehmen können, die dafür erforderlich sind, ist doch die Frage: Wem gebe ich die Mittel zuerst? In der Situation, in der ich eine Auswahl treffe, in der ich es nicht für alle beitragsfrei machen kann, müssen die Mittel zuerst dort ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden, und dürfen nicht an alle mit der Gießkanne verteilt werden.

(Beifall PIRATEN)

Ich gratuliere Ihnen übrigens, Herr Dr. Garg, dass Sie sich von Ihrem Fraktionsvorsitzenden losmachen konnten!

Ich möchte noch ein paar Worte zu Ihrem Kommunalinvestitionsgesetz verlieren. Ihr Kommunalinvestitionsgesetz beinhaltet zwei Punkte. Erstens wollen Sie quasi die Unterstützung ausweiten, sodass mehr Kommunen in den Genuss dieser Mittel kommen. Das sehen wir kritisch, weil dadurch weniger Mittel für die Kommunen bleiben, die es am dringendsten nötig haben, die den höchsten Bedarf haben. Zweitens ist in dem Gesetzentwurf vorgesehen, dass der Gegenstand der Förderung, also die geförderten Maßnahmen, über energetische Sanierung hinaus ausgeweitet werden sollen. Das halten wir für sinnvoll.

Wir PIRATEN stehen auch für **Mobilität in der Fläche** unseres Landes. Seit Jahren wird die Anbindung der ländlichen Orte mit dem Busverkehr immer schlechter. Immer mehr Verbindungen fallen weg. Wir glauben, dass man da gegensteuern muss. Wie kann man das besser tun als mit Bürgerbussen, die versuchen, diese Lücken mit ehrenamtlichem Engagement zu füllen? Bürgerbusse bedeuten Zusammenhalt vor Ort. Da finden sich Menschen zusammen, um ganz konkret etwas für die Mobilität auf dem Land zu tun. Gerade ältere Menschen sind abgeschnitten, wenn sie nicht mehr zum Arzt oder zum Einkaufen kommen. Deswegen sehen wir PIRATEN in unserem Haushaltsentwurf eine echte Landesförderung für Bürgerbusprojekte in unserem Land mit 150.000 € als Starthilfe vor.

(Beifall PIRATEN)

Das ist nötig, weil wir einen riesigen Nachholbedarf haben. Gemessen an der Einwohnerzahl Schleswig-Holsteins gibt es hier viel zu wenige Bürgerbusprojekte. Ich finde es traurig, dass wir da nicht weitergekommen sind. Wir hatten eine sehr gute Anhörung. Alle haben sich eine stärkere Unterstützung gewünscht. Wir möchten auch ein Kompetenzteam, das die Idee der Bürgerbusse vor

Ort in die Kommunen hineinträgt, sie vorstellt und unterstützt, neue Bürgerbusinitiativen zu bilden.

Mobilität auf dem Land ist uns ein ganz wichtiges Thema. Da müssen wir vorankommen.

(Beifall PIRATEN)

Deswegen wollen wir auch die Mittel für den Beitritt des Kreises Steinburg zum Hamburger Verkehrsverbund bereitstellen. Ich bin sehr gespannt, wie die lokalen Abgeordneten von Grünen und SPD dazu abstimmen werden. Deswegen beantragen wir zu diesem Punkt eine namentliche Abstimmung.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Da sind wir erschrocken!)

Der HVV-Beitritt des Kreises Steinburg ist die beste Wirtschaftsförderungsmaßnahme, die es in unserem Land für diese Region geben kann, die wirtschaftlich nicht gerade besonders gut dasteht und in der Großbetriebe zugemacht haben. Lassen Sie dem Kreis doch diesen Beitritt, eröffnen Sie ihm diese Entwicklungsmöglichkeit, indem Sie den HVV-Beitritt annehmen und ihm zustimmen.

(Beifall PIRATEN)

Statt einem Hirngespinnst von einem norddeutschen Verkehrsverbund nachzujagen, von dem Sie selbst sagen: „Das wird frühestens in vier Jahren etwas“, lassen Sie uns lieber Maßnahmen ergreifen, die den Menschen sofort helfen.

Im Bereich der **Infrastruktur** unterstützen wir die Fortschreibung des Infrastrukturberichts, denn nur wer die Aufgaben kennt, kann sie auch umsetzen.

Wir PIRATEN stehen aber auch für **Verbraucherschutz**. Beim Verbraucherschutz haben wir seit Jahren in diesem Land die Situation, dass die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein strukturell unterfinanziert und deswegen ständig von Kürzungen bedroht ist. Sie ist abhängig von Projektmitteln, die von vornherein nur befristet sind. Deswegen reden wir jedes Jahr, seitdem wir hier im Landtag sind, darüber, dass wieder Kürzungen anstehen.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Übrigens war das auch und gerade unter der schwarz-gelben Vorgängerregierung der Fall. Sie haben den Zuschuss zur Verbraucherzentrale sogar noch gekürzt. Die Koalition, die in ihrem Koalitionsvertrag eine Stärkung der Verbraucherberatung verspricht, hat das so unzureichend getan, dass im Jahr 2014 die Öffnungszeiten der Beratungsstellen in unserem Land eingeschränkt werden mussten. 2017 droht sogar ein Abbau der Verbraucherbera-

(Dr. Patrick Breyer)

tung um 93 Wochenstunden. Das steht heute in der Zeitung, Herr Kollege Harms. Lesen Sie es nach. Fakt ist, dass wir damit in Schleswig-Holstein so wenig Verbraucherberatung haben wie noch nie in der Vergangenheit.

Wir haben im Vergleich mit anderen Bundesländern wenige Beratungsstellen. Sie haben wenig geöffnet. Auf die Einwohner umgerechnet ist der Landeszuschuss zur Verbraucherberatung im Verhältnis zu anderen Bundesländern wenig. Gemessen an dem, was Sie im Koalitionsvertrag versprochen haben, kann ich deswegen nur sagen: versprochen - gebrochen.

Für uns gehört zur Informationsgesellschaft, die Menschen in einem unübersichtlichen Informationsdschungel, in einem unübersichtlichen Markt, aufzuklären und ihnen eine Hilfestellung zu geben, wenn sie betrügerische E-Mails erhalten oder in Verträgen feststecken. Deswegen lautet unser Antrag für die Haushaltsberatung heute, die Landesfinanzierung wenigstens in einem ersten Schritt als Notmaßnahme auf 1 Million € aufzustocken. Das ist nicht viel. Das tut Ihnen auch nicht weh, Herr Kollege Voß. Sie verhindern damit aber, dass uns im nächsten Jahr 93 Wochenstunden Verbraucherberatung fehlen. Wollen Sie das? Wenn nicht: Was tun Sie dagegen? Das ist meine Frage an Sie.

Wir PIRATEN fordern eine Verbraucherschutzoffensive. Wir wollen die Beratung vor Ort ausbauen. Wir wollen eine Erstberatung über das Internet einführen. Wir wollen, dass sozial Schwache nicht so hohe Kosten für die Verbraucherberatung aufbringen müssen, weil sie es eben nicht können.

(Beifall PIRATEN)

Wir PIRATEN stehen für **Tierschutz**. Wir wollen die Einrichtung eines hauptamtlichen Tierschutzbeauftragten als Ansprechpartner für Menschen, die Fragen haben, und als Stimme des Tierschutzes hier in Schleswig-Holstein. Andere Bundesländer haben das schon. Es ist ja schön, dass wir Sie überzeugen konnten, wenigstens einen ehrenamtlichen Tierschutzbeauftragten einzurichten. PIRATEN wirken.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Aber echter Tierschutz kostet eben auch Geld. Deswegen sagen wir: Wir brauchen einen Unterbau, um die Aufgaben bewältigen und die Arbeit leisten zu können. Daher beantragen wir in unserem Haushaltsantrag 300.000 € für einen hauptamtlichen Tierschutzbeauftragten.

(Beifall PIRATEN)

Wir PIRATEN stehen für **Integration** - eine wichtige Herausforderung unserer Zeit. Wir setzen lieber auf mehr und bessere Integrationsmaßnahmen, als im Ansatz der Landesregierung vorgesehen sind. Wir wollen Best-Practice-Beispiele, wie zum Beispiel den Integrationskurs für Akademiker am Nordkolleg Rendsburg oder Projekte der Volkshochschulen, fördern. Wir wollen in diesem Bereich die Digitalisierung nutzen und Online-Sprachkurse entwickeln.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Menschen, die zu uns kommen, wollen Deutsch lernen. Lassen Sie uns ihnen doch dabei helfen, indem wir die Möglichkeiten der digitalen Revolution nutzen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wissen Sie, wie viele Online-Angebote es gibt?)

Wir PIRATEN stehen für Demokratie und Grundrechte und gegen Ausgrenzung und Fremdenhass. Deswegen wollen wir die Mittel für die **Demokratieförderung** in unserem Land um weitere 400.000 € aufstocken. Das Vertrauen in die Demokratie ist eine zentrale Herausforderung unserer Zeit, deswegen wollen wir da mehr tun.

Alle unsere Haushaltsanträge sind gegenfinanziert. Jahrelang hat die Politik in Schleswig-Holstein leider Geld verteilt, das sie nicht hatte. Es gehört in der heutigen Lage zu einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik, schrittweise einen Schuldenabbau einzuleiten, Frau Finanzministerin. Wir wünschen uns, die Schuldenbremse in der Verfassung fortzuentwickeln, um einen schrittweisen verpflichtenden Schuldenabbau zu ergänzen und dies entsprechend in der Verfassung zu verankern - vor allem im Hinblick auf die Risiken, die mit der HSH Nordbank auf uns zukommen. Das ist noch immer das größte und unkalkulierbarste Risiko für unser Land und der größte finanzpolitische Fehlgriff in der Geschichte Schleswig-Holsteins.

Gestalten und Vorsorgen: Das ist das Gebot der Stunde. Gerechtigkeit im Bereich der Finanzen bedeutet zuallererst Generationengerechtigkeit. Ein nicht generationengerechter Haushalt kann nicht gerecht für die Menschen in unserem Land sein. Deswegen schließe ich mit einem Zitat des Theologen James Freeman Clarke, der 1870 sagte:

„Ein Politiker denkt an die nächste Wahl, wohingegen ein Staatsmann an die nächste Generation denkt.“

(Dr. Patrick Breyer)

- Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN - Peter Eichstädt [SPD]:
Das hat der 1870 gesagt! Nun denken Sie
einmal nach, Herr Kollege!)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kollege Dr. Breyer hat - überspitzt formuliert - gesagt, dass ein Staatsmann weiter denkt als ein Politiker. Da Herr Dr. Breyer nicht in der Regierung sitzt, also nur Politiker ist, war das anscheinend eine Wahlkampfrede.

(Beate Raudies [SPD]: Ja, genau!)

So eine Rede möchte ich natürlich nicht halten. Ich möchte versuchen, kurz zusammenzufassen, was eigentlich in den letzten fünf Jahren geschehen ist.

Will man das Resultat der Küstenkoalition in einem Satz zusammenfassen, so kann man sagen: Wir haben von Schwarz-Gelb ein Land übernommen, das am Rande des Haushaltsnotstands stand, und jetzt machen wir Überschüsse und schreiben schwarze Zahlen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie bitte?)

Das ist gar keine so schlechte Bilanz.

(Beifall SPD und SSW)

Für uns als Küstenkoalition hat das fast schon Tradition, und darauf können wir zu Recht stolz sein. Das hat in den letzten Jahrzehnten vor uns noch kein politisches Bündnis in Schleswig-Holstein geschafft.

Trotz der zugegebenermaßen guten Steuereinnahmen ist es aber keineswegs so, dass die Voraussetzungen einfacher geworden sind.

(Tobias Koch [CDU]: Nein!)

- Lieber Herr Kollege Koch, weil Sie ja gerade „Nein!“ riefen: Die Flüchtlingskrise allein hat in den letzten Jahren zeitweise zu 800 Millionen € an jährlichen Kosten geführt. Das Geld haben wir gern ausgegeben, diese Kosten haben aber diese tollen Steuermehreinnahmen wieder aufgefressen.

(Tobias Koch [CDU]: Nicht in einem einzigen Jahr! Stimmt doch gar nicht!)

Auch die Schuldenbremse ist natürlich eine komplexe Herausforderung, an der kein Weg vorbeiführt. Die stetig sinkende Neuverschuldung ist eine Aufgabe. Das frisst natürlich auch zusätzliche Steuereinnahmen auf. Da kann man sich nicht vertun.

Die stetig steigenden Personalkosten auf Landesebene in Bezug auf Verwaltung und Administration sind nicht zu verkennen. Auch die Pensionsausgaben, die wir haben, können wir uns nicht einfach wegdenken.

Ich kann mich nicht hier hinstellen und sagen: Super Einnahmen, Ihr habt Geld bekommen, bis der Arzt kommt, und gebt das für die falschen Leute aus. - Nein, das tun wir nicht. Wir geben es für Flüchtlinge aus, für unsere Bediensteten und natürlich auch für Pensionszahlungen. Wenn man das nicht will, kann man hier gern Anträge stellen. Ich glaube aber, dass es in Wirklichkeit eine Nebelkerze ist, die Sie hier angezündet haben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neben diesen Fixkosten, die wir nicht wegrechnen können und die all diese schönen Steuermehreinnahmen auffressen, haben wir es uns als Küstenkoalition trotzdem nicht nehmen lassen, Schwerpunkte zu setzen, nämlich bei Bildung, Kultur, Integration und Entlastung für die Benachteiligten in unserer Gesellschaft. Das sind in den letzten fünf Jahren unsere Kernelemente gewesen, und das bleiben sie auch in der Zukunft.

Bildung fängt schon bei den Jüngsten an. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass es auch 2017 wieder mehr Geld für die Kindertagesstätten gibt. In Zahlen ist das bei der Betriebskostenförderung eine Erhöhung von 70 Millionen € auf 80 Millionen €. Darüber hinaus wird die Nachmittagsbetreuung aufgestockt und zum ersten Mal in der Geschichte des Landes die Förderung von Regional- und Minderheitensprachen in den Kitas gefördert.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

500.000 € sind zu diesem Zweck reserviert. Damit werden nicht nur für die Einrichtungen Anreize geschaffen, in denen Mehrsprachigkeit bereits zum Alltag gehört, sondern auch andere könnten dazu motiviert werden, entsprechende Konzepte für ihre Einrichtungen zu erarbeiten. Kulturelle Vielfalt ist uns etwas wert. Das sagen wir nicht nur, sondern wir tun auch etwas dafür.

In dieser Wahlperiode haben wir die Schulen der dänischen Minderheit gleichgestellt. Wir haben die

(Lars Harms)

kulturellen **Einrichtungen der Minderheiten** verstärkt mit Zuschüssen gefördert. Die Förderung der dänischen Zentralbibliothek haben wir vertraglich abgesichert. Auch das Nordfriisk Instituut wurde erstmalig mit einer vertraglichen Absicherung auf eine absolut sichere und nachhaltige Basis gestellt. Dazu gehört eine zweisprachige Beschilderung in Nordfriesland. Das alles können Sie im heutigen Haushalt nachlesen. Das hat sich minderheitenpolitisch wirklich gelohnt für unser Land, da hat sich unheimlich viel getan. Das geht eben nur mit der Küstenkoalition.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehört die Etablierung eines Hauses der Minderheiten in Flensburg, welches aus Bundes- und aus Landesmitteln mitfinanziert wird. In einem der ältesten Gebäude in der Stadt an der Flensburger Förde soll ein ehrliches und vitales Schaufenster der Minderheiten entstehen und für jedermann zugänglich gemacht werden. Im vorliegenden Haushaltplan für 2017 sind hierfür 50.000 € veranschlagt sowie Verpflichtungsermächtigungen in den Jahren 2018 bis 2020 in Höhe von insgesamt 446.000 € ausgebracht worden. Insgesamt ist das eine Förderung von fast einer halben Million Euro.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört, hört!)

Gemeinsam mit dem Bund tragen wir nun die Kosten für dieses Haus der Minderheiten hälftig und hoffen, dass auch die dänische Seite dieses gemeinsame Haus der Minderheiten mit einer solchen Förderung bedenkt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Haus der Minderheiten kann hier einen Betrag für die Minderheiten im Grenzland, aber eben auch für die vielen Minderheiten in ganz Europa leisten. Es geht nicht nur um ein Haus, sondern auch um die Arbeit, die da mit drinsteckt. Die FUEV soll hier eine neue Heimstatt finden, und viele Minderheitenfragen, auch die ganz problematischen - davon gibt es nicht wenige -, sollen in diesem Haus angesprochen werden. Das ist ein hoher Anspruch. Unser Anspruch ist es auch, Flensburg zu einem Zentrum der Minderheitenpolitik in Europa zu machen. Wir als Küstenkoalition haben minderheitenpolitische Visionen, und die werden wir auch stetig weiterverfolgen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiteres wichtiges kulturelles Merkmal unseres Landes mit seiner deutsch-dänischen Geschichte ist zweifelsfrei das **Schloss Gottorf**. Der Bund hat 15 Millionen € für die Erweiterung und die Modernisierung des Schlosses beschlossen. Dies haben wir auch und gerade unserer Kulturministerin Anke Spoorendonk zu verdanken. Sie hat schleswig-holsteinische Bundestagsabgeordnete von CDU und SPD für dieses Projekt wirklich begeistern können, die diese Idee dann auch in die Beratungen auf Bundesebene erfolgreich einbringen konnten. Das sind nicht nur gute Nachrichten für die Kultur in unserem Land, meine Damen und Herren, sondern - das sage ich auch ganz deutlich - auch für den in Schleswig-Holstein so wichtigen Tourismus. Das ist echte Wirtschaftsförderung.

(Beifall SSW und SPD)

Das gilt im Übrigen auch für den gesamten Bereich des Denkmalschutzes. Ja, Denkmalschutz kann echt super kompliziert sein. Aber Denkmalschutz ist vor allem ein Segen für die Kultur und für unser aller Heimatgefühl. Wir müssen Gebäude und Landschaften erhalten, damit wir unsere Vergangenheit nicht vergessen, an unsere Traditionen in der Moderne anknüpfen können und weil sich Einheimische und Touristen in unserem Land wohlfühlen sollen. Wir verdienen auch mit Denkmalschutz Geld, meine Damen und Herren. Das stärkt den Tourismus. Deshalb ist Denkmalschutz in unserem Land unverzichtbar.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer gegen den Denkmalschutz wettet, der wettet auch gegen unsere heimatliche Kultur. Der SSW wird sich aber - genauso wie die gesamte Küstenkoalition - immer für unsere Kultur einsetzen. Auch das kann man im Haushalt deutlich wahrnehmen.

Wohlfühlen hat aber letztendlich auch etwas mit der persönlichen finanziellen Situation zu tun. Wir dürfen nicht die Menschen vergessen, die weniger haben. Deshalb stehen wir für einen Mindestlohn und für Tariftreue. Da lassen wir uns auch nicht beirren.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Menschen sollen einen auskömmlichen Lohn haben. Das ist für uns quasi ein Menschenrecht und definitiv nicht verhandelbar.

Trotzdem gibt es auch immer Menschen und Familien, die es nicht so gut haben. Diesen muss geholfen werden. Dieser Grundgedanke steckt hinter ei-

(Lars Harms)

ner kleinen Maßnahme, nämlich die **Familienferien** in Schleswig-Holstein mit 200.000 € jährlich zu fördern. Dabei soll es besonders um Erholungszeiten für Alleinerziehende und kinderreiche Familien gehen. Familien mit geringen Einkommen sollen einen Zuschuss erhalten, um gemeinsam Neues erleben zu können. Wir meinen, dass es gerade für Kinder wichtig ist, einmal aus dem Alltag herauszukommen und etwas Neues kennenzulernen. Das ist etwas, was für viele Familien völlig normal ist, für einige aber ist es eben nicht normal. Auch diese Familien sollen die Chance bekommen, rauszukommen und den Horizont zu erweitern. Das ist der tiefere Sinn, den wir mit der Bezuschussung von Familienferien verfolgen. Dies war uns als SSW ein besonderes Anliegen. Wir hoffen, dass viele Familien in den kommenden Jahren die Möglichkeit auf einen Zuschuss zum Erholungsurlaub auch in Anspruch nehmen werden.

Wenn es um die Unterstützung von Menschen mit besonderen Nöten geht, sei auch gesagt, dass wir als Küstenkoalition die **Frauenhäuser** deutlich in ihrer Arbeit unterstützen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern haben wir uns darauf verständigt, für das kommende Jahr ergänzende Mittel in Höhe von mehr als 2 Millionen € zur Verfügung zu stellen. Damit stärken wir nicht nur die Frauen und Mädchen in unserem Land, sondern unsere Gesellschaft insgesamt. Wir wollen Chancengleichheit und Sicherheit für alle Menschen erreichen. Die Frauenhäuser leisten dazu einen absolut wichtigen Beitrag.

Einen unverkennbar bedeutsamen gesellschaftlichen Beitrag leistet aber auch der **Sport**. Die aktuelle Förderung des Sports in Schleswig-Holstein ist unter der Küstenkoalition die großzügigste seit mehr als einem Jahrzehnt. Allein in diesem Haushalt bewilligen wir 800.000 € zusätzlich für den Landessportverband und seine angeschlossenen Verbände. Dabei haben wir als Küstenkoalition auch den Aspekt von Sport und Integration im Blick sowie die Renovierungen der Sportstätten in unserem Land. In Zahlen heißt dies: 750.000 € jährlich zusätzlich zu den IMPULS-Mitteln für den Aus- und Umbau von Sportstätten. Damit setzen wir unsere Zielrichtung der letzten Jahre fort, bei der bereits die Schwimmstätten besonders berücksichtigt wurden.

Auch die interkulturellen Sportvereine, die oft nicht im LSV Mitglied sind, erhalten jetzt eine Förder-

summe von einer halben Million Euro. Diese Summe ermöglicht sicherlich nicht die Erfüllung aller Wünsche, aber es soll ein Anfang sein, um marode Liegenschaften zu renovieren und zu modernisieren.

Insgesamt, glaube ich, ist die Sportförderung der letzten Jahre eine runde Sache, um den Sport und eben auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Die Verbände des Sports haben die meisten Mitglieder im Land, Menschen, die da mitmachen. Wir reden da von fast einer Million Menschen. Die haben es verdient, dass wir sie politisch und finanziell unterstützen. Wir als Küstenkoalition tun das gern.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken wir auch durch eine humane Flüchtlingspolitik. Die Erstorientierung in Form von Integrationskursen der örtlichen Volkshochschulen leistet Unglaubliches. Sie unterrichten, übersetzen, organisieren, vermitteln, trösten und vieles mehr. Vor diesem Hintergrund ist es vernünftig, dass wir nun im Haushaltsplan die Mittel für die STAFF-Kurse nochmals um 300.000 € erhöhen. Auch für die Arbeit des Diakonischen Werks für geflüchtete jesidische Frauen und Kinder aus dem Irak gibt es mehr Geld. Das ist echt wichtig, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zudem soll das Ministerium für Schule und Berufsbildung erstmals eine eigene Maßnahme zur Ausbildungs- und Sprachförderung von jungen Flüchtlingen unter 26 Jahren auflegen. Die Flüchtlingspolitik ist also nicht ohne Grund das meist diskutierte Politikfeld. Es ist eben auch das sensibelste. Vor diesem Hintergrund sind weitere Anpassungen in den nächsten Jahren mit Sicherheit unumgänglich. Der Kern unserer Politik ist und bleibt dabei, dass wir denjenigen, die zu uns gekommen sind, so gut wie möglich helfen wollen, egal ob sie später bleiben dürfen oder in ihre Heimat zurückkehren. Jede Investition in die Flüchtlinge dient entweder der Integration dieser Menschen hier bei uns oder hilft ihnen später in ihrer Heimat. Beides ist absolut wichtig.

Für uns als SSW ist es außerdem ein wichtiges Anliegen, die Arbeit der jungen Menschen zu unterstützen, die ein freiwilliges Jahr absolvieren. Die freiwillige Arbeit - auch stark in Verbindung mit ehrenamtlichen Tätigkeiten - hat bei uns als Angehörige der Minderheiten aus unterschiedlichen

(Lars Harms)

Gründen Tradition. Vor diesem Hintergrund stellt es eine beachtenswerte Entlastung dar, dass man mit diesem Haushalt die **freiwillige Arbeit** deutlich stärkt. So sind Plätze im Bereich des Freiwilligen Sozialen Jahres erstmals im Schulbereich reserviert, ebenso gibt es mehr für das Freiwillige Ökologische Jahr, und auch Geflüchtete sollen jetzt explizit Plätze zur Verfügung gestellt bekommen. So ist es im Haushalt festgeschrieben. Das begrüßen wir als SSW ausdrücklich.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Überhaupt ist dieser Haushalt auch ein Haushalt, der insbesondere Perspektiven für die Jugendlichen schafft. Wir unterstützen junge Menschen bezüglich ihrer **Medienkompetenz**. Dabei geht es nicht nur um den Zugang zu Medien, sondern vielmehr auch um den Umgang mit Medien: Wie nutze ich die neuen Medien richtig, welche Rechte habe ich? Diese Fragen werden in Zukunft an Bedeutung und Komplexität noch gewinnen. Auch diese Maßnahme, die in Zusammenarbeit mit den Offenen Kanälen dezentral geplant ist, ist ein weiterer Schritt auf unserer Digitalen Agenda, die wir ja noch beraten werden.

Medienkompetenz muss in der kommenden Zeit auch außerhalb dieser Maßnahme ihren Platz finden. Es ist unbestritten, dass Medien und Demokratie stark voneinander abhängig sind. Vor diesem Hintergrund ist es auch folgerichtig, auch Demokratieförderung für Jugendliche und junge Erwachsene zu unterstützen. Wir als Küstenkoalition tun das auch. Auch das findet sich im Haushalt.

Dabei denke ich vor allem an die Juniorwahl und die erhöhte Förderung für den Verband politischer Jugend. Das Verständnis für Demokratie ist ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und sollte nicht als gegeben hingenommen werden. Daher ist es richtig, hier auch Geld in die Hand zu nehmen, um Medienkompetenz und demokratische Teilhabe bei Jugendlichen zu stärken. Wir tun das, und das ist auch richtig.

Auch einzelne Anträge aus der Opposition, zumindest die der Union, unterstützen zumindest teilweise die von mir zuvor genannten Maßnahmen.

(Tobias Koch [CDU]: Gut, nicht?)

Das ist zunächst einmal erfreulich. Von der Technik her, Lieber Kollege Koch - das sage ich auch gleich -, sind die Oppositionsanträge nicht falsch. Also die Technik ist sauber, das kann man nicht anders sagen. Jedoch muss man auch so ehrlich sein

und dazu sagen, dass Sie - freundlich formuliert - doch finanzpolitisch erheblich risikofreudiger sind, als wir es sind. Sämtliche finanziellen Polster für mögliche unvorhersehbare Kosten sind passé. Wir haben solche eingeplant. Bei Ihnen werden diese schlichtweg von Ihren Anträgen aufgebraucht. Was passieren würde, wenn die Zinsen im kommenden Jahr über das zu erwartende Maß hinaus stiegen, wissen wir nicht. Der Landeshaushalt würde möglicherweise in ernste Schwierigkeiten geraten.

(Torge Schmidt [PIRATEN]: Ja, dann muss ein Nachtragshaushalt her!)

Meine Damen und Herren, unsere oberste Haushälterin, unsere Finanzministerin, ist somit die eigentlich konservative Kraft, wenn es um haushälterische Fragen geht, weil sie in konservativer Manier diese Puffer eingebaut hat. Diese Puffer haben uns in den letzten Jahren sehr genützt und sehr geholfen. Wir sind nie in Schwierigkeiten gekommen. Auch dafür, liebe Monika, vielen, vielen Dank, dass du immer wieder so sauber, ordentlich und vorausschauend geplant hast.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Land ist nur so gut aufgestellt, weil wir in den vergangenen Jahren vorsichtig und vorausschauend geplant haben und eben nicht das Geld zum Fenster hinausgeschmissen haben. Nur durch das sparsame Haushalten kann es nun den dritten positiven Haushaltsabschluss in Serie geben. Die Arbeit der vergangenen viereinhalb Jahre hat sich bewährt und wird sich nun erst richtig abzeichnen, nämlich in den schwarzen Zahlen, die unsere Finanzministerin und unsere Koalition hier zu verantworten haben.

Um nochmal zurück zu den Haushaltsvorschlägen der Union, aber auch der FDP zu kommen: Hier kann man doch einige fatale Rückschritte erkennen, die den inhaltlichen Unterschied zu uns mehr als deutlich werden lassen, zum Beispiel durch die Streichung des Landesmindestlohngesetzes, der Abschaffung von Tariftreue sowie der Streichung des Antikorruptionsgesetzes. In was für einem Land wollen die Kolleginnen und Kollegen leben, in dem keine fairen Löhne gezahlt werden, in dem korruptes Verhalten nirgends zentral vermerkt wird? Für uns als SSW ist dies im Jahr 2017 für unser Land nicht vorstellbar. Dies gehört nicht zu unserer Auffassung, wie man mit den Menschen umzugehen hat.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Lars Harms)

Die Menschen haben einen Anspruch auf einen fairen Lohn, und sie haben einen Anspruch darauf, dass der Staat gesetzliche Regelungen schafft, die sie schützen. Das wollen CDU und FDP in diesem Bereich nicht, und das werden die Bürgerinnen und Bürger auch erfahren.

Ebenso passt es nicht in unser Weltbild, Menschen, die nichts verbochen haben, einfach wegzusperren. Abschiebehaft hat in einer modernen Flüchtlingspolitik nichts zu suchen.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Für die CDU ist das aber offensichtlich kein Widerspruch. Wir als SSW teilen dies nicht, und deswegen lehnen wir es ab, eine solche Einrichtung im Land überhaupt vorzuhalten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber dann schicken wir sie nach Hamburg!)

Im Übrigen, meine Damen und Herren, ist es schon drollig, in die Haushaltsvorschläge der Union 30 Stellen für den Justizvollzug mehr hineinzuschreiben, um diese dann quasi gleich wieder mit der Zusatzaufgabe Abschiebehaft zu „verbraten“. Die Justiz hat damit nichts gewonnen, aber die Menschen haben damit viel verloren.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist es!)

Das ist keine Politik, die man ernsthaft verfolgen kann, das ist Politik der Abschottung und der Resentiments. Das hat nichts mit Menschen in der Flüchtlingspolitik zu tun und ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wir zudem ablehnen, ist, die **Bibliotheken** im Land völlig der Ungewissheit zu überlassen. Bibliotheken brauchen Planungssicherheit und gesetzliche Grundlagen. Daher ist es folgerichtig, dass Schleswig-Holstein ein entsprechendes Bibliotheksgesetz vorhält - das erste Mal in der Geschichte des Landes, dank der Küstenkoalition und dank unserer Ministerin Anke Spoorendonk.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abgesehen vom Gesetz, dass die Union ja rückgängig machen möchte, will sie zudem 430.000 € für innovative Projekte im Bereich Bibliothekswesen wegstreichen. Das zeigt ganz deutlich, was die CDU von Bildung hält; nämlich herzlich wenig.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Aus ihrer Sicht bedürfte es auch keiner erhöhten Förderung für die Gedenkstätten im Land. Ein Freiwilliges Soziales Jahr an den Schulen zwischen Flensburg und Wedel ist bei der CDU auch nicht einer Förderung würdig, ebenso die Vorhaltung eines Vertretungsfonds zur Verringerung von Unterrichtsausfall. Auch Volkshochschulen benötigen keine erhöhte Fördersumme, so die Ansicht der Union.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Bildung wird in der Union also eher klein gehalten. Aber das ist eben der Unterschied zu uns als Küstenkoalition. Wir investieren in Bildung, das machen wir gern, weil wir das als eine Investition in die Zukunft unseres Landes sehen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu passt aus Sicht der Christdemokraten dann auch, dass das Kita-Geld durch sie gestrichen werden soll, was angeblich verschenktes Geld sein soll. Da frage ich mich, wie eine Entlastung für Familien und für die Jüngsten unserer Gesellschaft verschenktes Geld sein kann.

(Tobias Koch [CDU]: Weil wir 35 Millionen € zusätzlich ins System geben!)

Für uns ist das kein verschenktes Geld, wenn wir Familien unterstützen. Wir sind die Familienkoalition. Das unterscheidet uns in der Tat.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man mag auch daran rummäkeln und diesen Schritt kritisieren, aber es ist und bleibt eine ganz konkrete Entlastung der Familien. Die Familien in Schleswig-Holstein sind in den letzten Jahrzehnten noch nie so stark entlastet worden wie durch diese Küstenkoalition.

Das Kita-Geld ist für uns als SSW ein erster wichtiger Schritt in Richtung Beitragsfreiheit. Trotz der enormen Entlastung durch diese Maßnahme sind wir aber noch lange nicht am Ziel. Wir wollen den Weg weitergehen. Es liegt noch ein großes Stück Arbeit vor uns, aber wir werden es mit dieser Küstenkoalition schaffen, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir als Rot-Grün-Blau haben einen klaren Anspruch, nämlich dass das Bildungssystem von der Krippe bis zur Uni modernisiert und auf tragfähige

(Lars Harms)

Beine gestellt werden muss. Auch das werden wir mit Sicherheit tun. Der Dreh- und Angelpunkt ist dabei ohne Zweifel das Personal. Wir haben den Personalkörper in Bezug auf Lehrerstellen nicht abgebaut und lassen dabei circa 2.000 Stellen mehr im System, als es unsere Vorgänger wollten.

Während heute CDU und FDP den Abbau von Unterrichtsauffall propagieren, waren sie sich noch vor einigen Jahren nicht zu schade, bei den entsprechenden Stellen kürzen zu wollen. Das eine ist, was man fordert, das andere ist, was man wirklich tut.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist es!)

Wir sagen, was wir tun, nämlich dass wir mehr für Bildung tun wollen. Wir geben dann auch die Stellen ins System, wir bezahlen das auch. Ich weiß, dass das „böse“ war, weil wir Geld ausgeben. Wir tun das aber für die Kinder in unserem Land gern, damit die eine Zukunft haben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur zur Erinnerung: Wir sind es, die die Zahl der **Lehrerstellen** stabilisiert haben. Wir sind es, die die Lehrer an den weiterbildenden Schulen finanziell gleich behandeln, und wir sind es, die die Lehrerausbildung an den Hochschulen endlich so strukturiert haben, dass diese auch der Lebensrealität entspricht. Wir machen also nicht nur finanziell etwas, sondern wir ändern auch inhaltlich etwas zum Guten für unser Land. Investitionen in die Bildung, in die soziale Infrastruktur und in die Kultur sind Investitionen in die Identität und Vielfalt unseres Landes. Das sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes, in die Wirtschaft unseres Landes, das sind unverzichtbare Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Es ist gut, dass die Küstenkoalition diese Grundpfeiler auch wirklich setzt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abschließend können wir also feststellen, dass wir heute haushaltstechnisch wesentlich besser dastehen als auch wir im Jahr 2012 zu hoffen gewagt hätten. Wir haben schon einmal einen positiven Jahresabschluss hingelegt. Auch dieses Jahr bin ich mir sicher, dass wir für 2016 einen positiven Jahresabschluss haben werden. In der Vergangenheit haben wir immer schon mit unseren Überschüssen Schulden tilgen können. Das hat in den letzten Jahrzehnten niemand geschafft. Wir haben in dieser Wahlperiode jetzt zum ersten Mal seit Jahrzehnten einen Haushalt ohne Neuverschuldung und mit einem eingeplanten Schuldenabbau vorgelegt. Vor-

aussichtlich ab 2018 können strukturell ausgeglichene Haushalte vorgelegt werden.

Das alles haben wir geschafft, meine Damen und Herren, obwohl uns hohe Personalkosten gedrückt haben, obwohl enorme Pensionsausgaben zu meistern waren, obwohl wir FAG-Mittel in Rekordhöhe an die Kommunen weiterleiten, obwohl wir riesige Zahlen von Flüchtlingen aufnehmen und integrieren mussten und obwohl wir das strukturelle Defizit Stück für Stück abgebaut haben. Wir machen wirklich nachhaltige Finanzpolitik. Trotzdem haben es die Leute bei uns im Land gut. Das unterscheidet uns von unseren Vorgängern. Das unterscheidet uns auch gut von unseren Vorgängern.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben hohe Steuereinnahmen und eine günstige Zinssituation gehabt - geschenkt -, aber das hatten auch andere Regierungen, lieber Kollege.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Gerade eben wurde schon einmal gesagt: 5 % Steigerung gab es auch in den Vorjahrzehnten schon. Das ist nicht neu. Allerdings hat man damals ohne eine zuverlässige Haushaltsplanung weitergearbeitet. Man hat weiter Schulden gemacht. Wir haben uns das Ziel gesetzt, sozial verantwortliche Politik zu machen, die Bildungspolitik vernünftig zu machen, aber eben auch den Schuldenabbau hinzubekommen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir machen das. Das kann man auch nachlesen. Das steht im Haushalt drin. Das ist der eigentliche Erfolg unserer Haushaltspolitik: Aus einem Land mit drohendem Haushaltsnotstand hat die Küstenkoalition ein Land gemacht, das anderen Ländern inzwischen zum Vorbild dient und durch den Stabilitätsrat als Vorbild empfohlen wird. Ich glaube, darauf können wir mit Recht stolz sein.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das!)

Wir als Küstenkoalition wollen die Konsolidierung des Haushalts weiterführen, damit Schleswig-Holstein zum Ende dieses Jahrzehnts keine neuen Schulden mehr aufnehmen muss. Diese Küstenkoalition wird das auch schaffen.

Wir wollen die Zukunft unseres Landes gestalten, und wir wollen für eine Struktur sorgen, die Altlasten abbaut und Zukunftschancen möglich macht.

(Lars Harms)

Darauf können sich die Bürgerinnen und Bürger verlassen. Warum können sie sich darauf verlassen? - Weil wir wirklich - das muss ich an meine Kolleginnen und Kollegen auch einmal zurückgeben - eine Klasse Zusammenarbeit haben. Sie ist nicht nur vertrauensvoll und gut, sie ist freundschaftlich geprägt. Vielen Dank, lieber Ralf Stegner, an dich und deine Fraktion für die richtig Klasse Zusammenarbeit.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Umarmt euch doch!)

Du bist durchaus auch ein kämpferischer Typ, insofern passen wir gut zueinander. Ich weiß auch, dass Eka von Kalben mit ihrer Fraktion - du giltst ja als ausgleichender Typ; das sind wir irgendwie am Ende alle - gut dazu passt. Dass wir das hinbekommen, dass wir immer wieder in der Lage sind, manchmal auch in schwierigen Fragen, gute Lösungen hinzubekommen und eine einvernehmliche Lösung zu finden, wird von den Bürgerinnen und Bürgern honoriert. Hau-drauf-Politik ist nicht das, was die Leute immer sehen wollen. Sie wollen auch sehen, dass ihre Probleme gelöst werden. Durch unsere Koalition, durch unsere vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit, im Übrigen auch mit der Landesregierung von Torsten Albig, passiert das. Die Arbeit der Landesregierung ist wirklich Klasse. Dieser Haushalt spiegelt die gesamte Arbeit der Landesregierung wider.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Dass es so gut klappt, lieber Kollege Kubicki, das ist wirklich etwas, worauf das Land Schleswig-Holstein auch stolz sein kann. Jetzt werden endlich einmal in aller Ruhe vernünftige Dinge abgearbeitet. Die Leute haben wirklich etwas davon - und das Ganze im nächsten Jahr ohne neue Schulden. - Vielen Dank.

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung und wünsche Ihnen eine erholsame Mittagspause.

(Unterbrechung: 13:01 bis 15:03 Uhr)

Präsident Klaus Schlie:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne unsere Tagung wieder. Wir begrüßen auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages Mitglieder des CDU-Kreisverbandes Steinburg. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Zur Geschäftslage! Ich bin gebeten worden, die Restredezeit mitzuteilen. Die CDU hat noch 8 Minuten, bei der SPD sind es 2 Minuten, bei den Grünen sind es 6 Minuten 30 Sekunden, bei der FDP 1 Minute, bei den PIRATEN 1 Minute 30 Sekunden und beim SSW 3 Minuten 30 Sekunden. Das sind die Restredezeiten aus dem vereinbarten Budget.

Nun hat für die Landesregierung Herr Ministerpräsident Torsten Albig das Wort.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zentrale Aufgabe eines guten Haushaltes ist, in Zahlen verdichtet Antworten auf die **Herausforderungen** zu geben, vor denen unser Land steht. Ein guter **Haushalt** wie der heute Ihnen vorliegende ist damit immer auch konsistentes Spiegelbild zu einer die langen Entwicklungslinien des Landes beschreibenden Landesentwicklungsstrategie. Diese gibt strategisch vor, was wir im Haushalt für die jeweiligen Politikfelder gemeinsam nachzuzeichnen haben.

Deswegen war es für uns als Regierung von entscheidender Bedeutung für die Sicherstellung der nachhaltigen Qualität unserer Haushaltspolitik, dass wir in den letzten Jahren in einem intensiven **Dialog mit der Zivilgesellschaft** als erstes Land in Deutschland eine in sich stimmige **Landesentwicklungsstrategie** für die Entwicklung des nächsten Jahrzehnts erarbeitet haben, deren Entwurf wir gestern im Kabinett beschlossen haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mit dieser Landesentwicklungsstrategie gehen wir in die entscheidenden Entwicklungslinien, von denen wir glauben, dass sie für die Zukunft unseres Landes von Bedeutung sind wie Digitalisierung, wie Entwicklung von Lebensqualität, wie der Umgang mit Regionen im Wandel in der Unterschiedlichkeit unseres Landes, wie mit dem großen Thema Bildung über alle Facetten, die die Bildung in unserem Land ausmacht, wie Mobilität der Zukunft aussieht und wie wir mit dem die Debatte der letzten beiden Jahre zentral bestimmenden Thema von Zuwanderung in Schleswig-Holstein umgehen. Zu all diesen Themen verhält sich die Landesentwicklungsstrategie und eben auch - deswegen ist es ein guter Haushalt - der Ihnen vorliegende Haushalt für das nächste Jahr.

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Meine Damen und Herren, so muss es auch sein: Haushalt richtig verstanden ist eben nicht bürokratisches Stellengeschiebe oder finanzpolitisches Klein-Klein. Haushalt richtig verstanden ist politische Gestaltung, Haushalt ist das zentrale Steuerungsinstrument unseres Landes. Er verlangt Mut zu steuern, Prioritäten zu setzen. Es ist ein Missverständnis, Mut darin zu sehen, den Schwachen wehzutun. Nein, ein richtiger Haushalt setzt Leitlinien für eine Entwicklung des Landes und nimmt nicht einfach den Schwachen etwas weg.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir legen Ihnen zum fünften Mal einen solchen guten Haushalt vor: solide Grundlage fortschrittlicher und solidarischer Politik in unserem Land für die Menschen in unserem Land. Wir sind dabei die Ersten, was uns durchaus mit Stolz erfüllt, die seit der großen Finanzverfassungsreform von 1969 im Haushaltsplan **keine neuen Schulden** veranschlagen. Wir bauen Schulden mit dieser Regierung ab, statt wie alle vor uns neue aufzutürmen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir liefern einen strukturell ausgeglichenen Haushalt ab, einen, der in die Zukunft unseres Landes investiert. Ja, wir wissen, dass wir das unter sehr guten Rahmenbedingungen tun. Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie seit der Wiedervereinigung nicht. Die Steuereinnahmen sind hoch, und die Energie-wende bringt uns große Wertschöpfung ins Land. Aber auch diese **Rahmenbedingungen** gilt es zu nutzen und umzusetzen. Dieser Haushalt und diese Regierung tun das, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie uns exemplarisch die eben beschriebenen großen Leitlinien anschauen, wie sie im Haushalt hinterlegt sind.

Erstens, die **Digitalisierung!** Der Ausbau digitaler Infrastrukturen und der Ausbau dazugehöriger Kompetenzen sind für diese Regierung von großer Bedeutung. Es ist heute an vielen Stellen angesprochen worden, dass das eine der zentralen Herausforderungen der Zukunft ist.

Wir haben die Bedeutung digitaler Infrastruktur früh erkannt und deshalb eine Breitbandstrategie 2030 vorgestellt, ebenso wie eine E-Government-Strategie. Wir fassen das in eine Digitale Agenda

ein. Wir werden uns dazu morgen Vormittag gemeinsam hier austauschen.

Deshalb an dieser Stelle nur kurz die Haushaltseckwerte für diesen zentralen Bereich: Im Einzelplan 14 sind für 2017 Ausgaben in einer Gesamthöhe von 161,1 Millionen € vorgesehen, 25,7 Millionen € mehr als in diesem Jahr. Hinzu kommen Mittel aus dem Einzelplan 16 - IMPULS 2030 - von 2,3 Millionen €, insgesamt also 163,4 Millionen € allein für dieses Politikfeld. Für das Lernen mit digitalen Medien, an Schulen und für Medienkompetenz sind mit den letzten Änderungen der Fraktionen noch einmal 850.000 € eingeplant.

Da Sie sich an vielen Stellen auch zu der Frage verhalten haben, wie wir in der Staatskanzlei mit wichtigen internen Projekten umgehen, eine Richtigstellung, die mir auch vor dem Hintergrund der großen Leistung meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wichtig ist: Das von uns vorgefundene, vollkommen am Boden liegende Projekt **KoPers** haben wir vom Kopf auf die Füße gestellt. Inzwischen werden 80 % aller Personalfälle über das System abgerechnet. 2017 werden auch die restlichen 20 % folgen. Das sind dann die Tarifbeschäftigten. Dieses ist vor allem dem extrem engagierten Team in der Staatskanzlei und dem Dienstleistungszentrum zu verdanken. Das, was Sie hier gesagt haben, entspricht weder den Tatsachen, noch wird es den Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerecht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW - Zuruf Tobias Koch [CDU] - Dr. Heiner Garg [FDP]: Kommen Sie doch einfach mal in den Finanzausschuss und hören Sie Ihre eigenen Beamten an!)

- Kommen Sie doch vielleicht mal und schauen Sie sich an, was KoPers wirklich leistet, und lesen Sie nicht irgendwas vom Blatt ab!

(Lachen CDU und FDP - Beifall Wolfgang Kubicki [FDP] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Was für eine Rede!)

Lesen wir miteinander die Wirklichkeit, lieber Herr Garg, und dann werden Sie sehen, dass das Wiederholen von Irrtümern es nicht besser macht. Ja, KoPers war vollkommen misslungen, aber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dem Projekt ist es gelungen, es zu einem richtig funktionierenden Projekt zu machen. Ich freue mich darüber.

(Zurufe Tobias Koch [CDU] und Torge Schmidt [PIRATEN])

- Dass Sie es nicht fertigbekommen haben, wundert mich nicht! Deswegen sind auch wir jetzt da.

(Ministerpräsident Torsten Albig)

(Tobias Koch [CDU]: Sie waren fünf Jahre an der Regierung! - Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

Die zweite große Leitlinie, über die wir reden, ist **Lebensqualität**. Sie ist für Schleswig-Holstein entscheidender, wahrscheinlich wichtigster Standortfaktor der Zukunft. Deswegen müssen alle Haushalte in Kultur und Natur, in Sport und Gesundheit, in öffentliche Sicherheit genauso wie in den Erhalt von Traditionen investieren.

Wir beginnen damit, dass wir den **Sanierungsstau** bei den **Krankenhäusern** endlich auflösen. Mit der ersten Tranche des IMPULS-Programms haben wir dafür bis 2019 knapp 54 Millionen € zur Verfügung gestellt - ein wichtiger Ansatz dafür, dass Gesundheit in unserem Land auch im nächsten Jahrzehnt funktioniert. Wir als Regierung werden diesen Weg weitergehen.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, wir fördern **regionale und Minderheitensprachen**, nicht nur durch Straßenschilder - auch das ist ein wichtiges Symbol für die Art und Weise, wie wir mit Minderheiten umgehen -, sondern auch, indem wir in den Kindertagesstätten eine halbe Million Euro investieren, um die jungen Menschen an diese Sprachen heranzuführen.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Förderung des Sports geben wir 1 Million € zusätzlich sowie 500.000 € für Investitionen zur Förderung interkultureller Sportvereine und damit 10,5 Millionen € im kommenden Jahr. Darin ist auch die Aufstockung des Programms Integrationsarbeit durch Sport enthalten.

(Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sanierung und Ausbau kommunaler **Sportstätten** finanzieren wir über **IMPULS** mit 2,75 Millionen €, die das Land den Kommunen dazugibt - all das eingedenk der großen Bedeutung unserer Sportvereine gerade für Integration, gerade für sozialen Zusammenhalt. Wir wissen, was dort von den Frauen und Männern geleistet wird, und deswegen unterstützen wir sie durch unsere Politik.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sind auch an der Seite derjenigen, die **Erinnerung** wachhalten müssen. Deswegen geben wir zum Beispiel zur Sanierung der Carlebach-Synago-

ge in Lübeck 1,2 Millionen €, um auch dort ein Unterstützungssignal zu geben, was - so glaube ich - ein deutliches ist und wahrgenommen wird.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sanieren die Kunsthalle zu Kiel mit 2,9 Millionen €, und in Gottorf gehen wir im nächsten Jahr den Masterplan an. Land und Bund investieren in den kommenden Jahren je 15,6 Millionen € zum Erhalt dieses **kulturellen Schatzes** unseres Landes.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich habe gesagt, dass für mich zur Lebensqualität auch die **öffentliche Sicherheit** gehört. Das ist ein wichtiger Punkt, weil die Menschen in einem sicheren Land leben wollen. Sie haben endlich wieder eine Regierung, die an der Seite ihrer Polizistinnen und Polizisten steht, die sie nicht alleine lässt und nicht nur mit bürokratischer Drangsaliererei überzieht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe CDU und FDP)

Bei der **Landespolizei** werden 2017 netto 160 Anwärterstellen neu geschaffen - 160 Anwärterstellen neu! - und in einem ersten Schritt 400 Planstellen gehoben - für mehr Beförderungen in unteren und mittleren Besoldungsgruppen. Auch für die folgenden Jahre ist es mein Ziel, die innere Sicherheit im Land zu stärken

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau!)

und zusätzliche Stellen bei der Polizei zu schaffen. Wir reden nicht nur darüber, wie unsere Vorgänger, sondern wir machen das Jahr für Jahr:

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja, klar!)

endlich eine Regierung, die an der Seite der Polizistinnen und Polizisten steht!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ist Ihnen das nicht peinlich?)

Es wurde auch höchste Zeit für Schleswig-Holstein.

Deswegen haben wir 9,1 Millionen € für ein Sicherheitspaket beschlossen und 2,1 Millionen € zur personellen Aufstockung und 20 neue Stellen zur Verfügung gestellt. So sieht eine Politik für öffentliche Sicherheit und für Polizistinnen und Polizisten in Schleswig-Holstein aus.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Aber zur Lebensqualität gehört eben auch die Luft, die wir atmen und das Wasser, an dem wir leben. Deswegen kümmern wir uns auch mit diesem Haushalt um Ökologie, um das Zusammendenken von Wirtschaft und Gesellschaft. Um den **ländlichen Raum** zu fördern, sind gut 70 Millionen € an EU-Mitteln eingestellt. Die sind auch deswegen möglich, weil Bund und Land sie mit je 12 Millionen € kofinanzieren - Geld, das in Küsten- und Hochwasserschutz geht, Vertragsnaturschutz, Ökolandbau, AktivRegionen, Bildung und Beratung und europäische Innovationspartnerschaften. Das sind alles Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen, die Lebensqualität in Schleswig-Holstein stärken helfen, wichtig für unser Land.

Meine Damen und Herren, unser Land - das ist die nächste Leitlinie, die nächste wichtige Achse, die wir zu beachten haben - ist ein Land, das sich unterschiedlich entwickelt. Die Regionen sind im Wandel, und wir haben wachsende und schrumpfende Bereiche in Schleswig-Holstein. Deshalb brauchen wir eine **Landesentwicklungsstrategie**, die differenziert plant. Man kann die Metropolregion Hamburg und den ländlichen Raum in Schleswig-Holstein eben nicht über einen Kamm scheren.

Das große Thema der Zukunft ist deswegen das der **Wohnraumversorgung** für Schleswig-Holstein. Wir setzen dabei auf bewährte Kooperationen, die Offensive für bezahlbares Wohnen, den Klimapakt und den Flüchtlingspakt, den wir gemeinsam mit Partnern weiterentwickeln werden. Unseren Worten folgen auch Taten. In diesem Jahr waren 3.000 neue, bezahlbare Wohneinheiten in der Förderberatung. Insgesamt stehen 2015 bis 2018 750 Millionen € für die klassische Wohnraumförderung und das Sonderwohnungsbauprogramm zur Verfügung. - 750 Millionen €, und jetzt nicht mehr nur Darlehen, sondern auch die Unterstützung durch Zuschüsse, weil wir wissen, dass in der Zinssituation Darlehen allein nicht mehr reichen. Deswegen wandeln wir und helfen unseren Partnern auch über Zuschüsse.

Städtebauförderungen werden wir in den Folgejahren dank erhöhter Finanzmittel des Bundes ausbauen. Wir haben ein neues Programm aufgelegt: soziale Integration im Quartier mit einem Gesamtvolumen von über 10 Millionen €, bei dem die Kommunen nur 10 % mitfinanzieren müssen. Für studentisches Wohnen, gemeinsames Wohnen mit Migrantinnen und Migranten und Studierenden werden wir 2017 bis 2020 insgesamt 3 Millionen € bereitstellen. Auch an dieser Stelle helfen wir, dass sich dieses Land zielgerichtet an den Orten, an de-

nen man Wohnungen braucht, weiterentwickelt. Wir werden uns im Laufe des Nachmittags noch weiter dazu austauschen.

Beim letzten Punkt haben wir über studentisches Wohnen gesprochen. Kommen wir zur Leitlinie **Bildung**. Wir geben eine halbe Milliarde Euro mehr für Bildung aus als noch 2012 - eine halbe Milliarde Euro mehr als 2012!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir geben sie von der Kita bis zur Hochschule aus, und wenn wir sehen, dass unsere Schülerinnen und Schüler jetzt dabei sind, in die Bildungsspitzengruppen in Deutschland vorzurücken - in Deutsch und Englisch sind wir den Bayern auf den Fersen -, dann ist das auch Erfolg einer solchen konsistenten Bildungspolitik über all die Jahre.

Schauen wir in die **Kitas**! Ja, wir streiten uns darüber. Das ist ein guter und wichtiger Streit, weil er den Unterschied zwischen den einzelnen politischen Richtungen deutlich macht. Wir entlasten die Krippenfamilien um 100 € monatlich. Wir beginnen damit, und wir werden nicht damit aufhören, bis wir bei der vollständigen Befreiung angekommen sein werden. Das ist ein langer Weg über ein Jahrzehnt, aber wir gehen ihn gemeinsam, und wir gehen ihn konsequent.

(Beifall SPD, SSW und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich freue mich berichten zu können, dass wir bereits über 16.000 Anträge von Familien vorliegen haben, die sich darauf freuen, dass sie endlich einmal eine Regierung haben, die nicht nur daran denkt, dass beim Solidaritätszuschlag entlastet wird, sondern auch da, wo die Familien wirklich belastet sind. Beim Soli sind sie es nämlich nicht, bei den Krippengeldern sind sie es sehr wohl.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Land stellt im kommenden Jahr für die Kinderbetreuung im Kita-Bereich insgesamt 231 Millionen € zur Verfügung. Das ist mehr als die doppelte Summe von 2012 - 10.000 Kita-Plätze mehr als 2012!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Toll!)

- Ja, das ist toll!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist toll, und das darf auch so stehenbleiben!

(Ministerpräsident Torsten Albig)

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Damit ist Schleswig-Holstein bei den U-3-Kita-Plätzen auf Platz eins der westdeutschen Flächenländer angekommen.

(Zuruf Rainer Wiegard [CDU])

Das ist ein großer Erfolg der Sozialministerin, ein großer Erfolg der Sozialpolitik in unserem Land, und ein großer Erfolg unserer Bildungspolitik. Für zusätzliches Fachpersonal in Kitas geben wir 25 Millionen € zusätzlich aus. Wir unterstützen die Maßnahmen zur Qualitätssicherung mit 12 Millionen €, weil es jetzt eben auch um **Qualität** geht, nachdem wir bei der Quantität so gut vorangekommen sind.

Aber auch bei der **Quantität** lassen wir nicht nach und geben für Bau und Betrieb von Kitas bis 2018 zusätzlich knapp 32 Millionen €. Der Bund kündigt für das kommende Jahr weitere 37 Millionen € für Investitionen an, und die Zuschüsse für Betriebskosten erhöhen wir im Elementarbereich von 70 auf 80 Millionen €. Auch diesen Weg werden wir an der Seite der Kommunen weitergehen, weil wir wissen, was sie leisten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

An jeder Stelle im Kita-Bereich Unterstützung durch diesen Haushalt.

Kommen wir zum Bereich **Schule!** Ein leistungsfähiges, inklusives Bildungssystem, von dem ich eben gehört habe, dass es Ausdruck von Ideologie wäre, wenn man inklusive Bildung wollte: Ja, wir sind da ideologisch total verhärtet. Wir wollen inklusive Bildung. Wir glauben daran, dass die Gesellschaft dort geformt wird, und wir wollen sie so formen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das!)

Wir wollen ein **inklusives Bildungssystem**, das individuelle Förderung und die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen vorsieht. Deswegen werden 2017 240 Stellen entfristet, die ursprünglich nur bis zum 1. Februar vorgesehen waren; zum 1. Februar kommen 200 neue Stellen aus den BAföG-Mitteln dazu, 50 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer im Vorbereitungsdienst und ab August noch einmal 48 Lehrerinnen und Lehrer für Flüchtlingskinder in den Schulen. Für Klassenfahrten und Schulpartnerschaften erhöhen wir die Reisekostenzuschüsse für

Lehrkräfte und Begleiter - endlich - um 1,2 Millionen €.

Für unser A-12-nach-A-13-Projekt für Grund- und Hauptschullehrkräfte an Gemeinschaftsschulen haben wir eine weitere Tranche von 3,9 Millionen € im Personalbudget eingestellt. Last, but not least ein kleiner, aber wichtiger Betrag: 275.000 € für 120 Plätze im **Freiwilligen Pädagogischen Jahr**. Da sieht man, dass auch kleine Beträge große Wirkung haben können. Das wird hier so sein, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber auch bei den Hochschulen folgt dieser Haushalt der Erkenntnis, dass sie eine zentrale Leitlinie für die Entwicklung unseres Landes sind. Nach der Anhebung des Hochschulbudgets 2016 um 10 Millionen € folgen die nächsten Schritte: 2017, 2018 und 2019 werden jeweils 5 Millionen € zusätzlich bereitgestellt. Mit dem Haushalt 2019 wird eine strukturelle Stärkung von insgesamt 25 Millionen € für unsere Hochschulen umgesetzt sein. Diese Landesregierung steht fest an der Seite seiner Hochschulen, und die Hochschulen honorieren die Unterstützung, die wir ihnen zuteilwerden lassen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist heute viel über die **Mobilität der Zukunft** geredet worden. Wir bekennen uns mit der Landesentwicklungsstrategie genauso wie mit diesem Haushalt zu einer modernen Mobilitätspolitik. Mobilität der Zukunft ist nachhaltig, sie ist barrierefrei. Deswegen fördern wir Anruf-Sammeltaxen genauso wie Bürgerbusse, deswegen sorgen wir dafür, dass unsere Bahnhöfe barrierefrei ausgebaut werden, deswegen kämpft der Verkehrsminister intensiv - er hat erfolgreich gestritten - um gute Lösungen bei den Regionalisierungsmitteln. Nicht ohne Grund heißt die Lösung „Kieler Schlüssel“. Er wurde in Kiel erarbeitet, berücksichtigt aber auch die Interessen eines Landes wie Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist nicht der Königsteiner Schlüssel, sondern ein klügerer Schlüssel, der sicherstellt, dass wir Planungssicherheit für 15 Jahre und eine Kostendeckelung bei den Stations- und Trassenpreisen haben.

2017 stehen dem **öffentlichen Verkehr** in Schleswig-Holstein damit 30 Millionen € mehr zur Verfügung als 2015. Dieser Betrag wird bis 2031 jedes Jahr um rund 8 Millionen € weiter aufwachsen.

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Die Planungsmittel für den Bereich **Straßenbau und Verkehr** werden um 5,1 Millionen € für Personal- und Werkvertragsmittel aufgestockt. Wir freuen uns, dass wir schon in den Jahren 2012 bis 2016 den Anteil sanierter Landesstraßen stetig erhöhen konnten. Insgesamt waren es über 340 km sanierte Landesstraßen.

Bei uns gilt der Grundsatz - den nehmen wir sehr ernst -: Erhalt und Sanierung vor Neubau. Das ist unsere Priorität, und die setzen wir auch um.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für den **Erhalt** und die **Sanierung** von Landesstraßen werden wir die Investitionen einschließlich des Sondervermögens IMPULS auf fast 49 Millionen € aufstocken. 49 Millionen €, das ist dreimal so viel für diese Infrastrukturaufgabe wie noch zu Beginn der Legislaturperiode - dreimal so viel!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Da es ja nicht auszurotten ist, dass wir dabei nicht neu bauen würden: Von 2006 bis 2011 sind in Schleswig-Holstein im Schnitt pro Jahr 6,7 km Autobahnneubau erfolgt, von 2012 bis 2017 im Jahresdurchschnitt 5,7 km Autobahnneubau. Obwohl wir eine andere Priorität setzen, obwohl wir viel mehr erneuern, als Sie es jemals getan haben, ist der Autobahnneubau fast auf demselben Niveau geblieben wie in der Zeit 2006 bis 2011.

(Zurufe CDU und FDP)

- Das ist kein Quatsch, das können Sie einfach nachrechnen, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Keinen einzigen Kilometer haben Sie neu gebaut!)

Kommen wir nach den genannten sechs Leitlinien zu der, die die Debatte im letzten Jahr am intensivsten bestimmt hat, die **Zuwanderung**. Wir bekennen uns in der Landesentwicklungsstrategie genauso wie im Haushalt dazu, dass Schleswig-Holstein ein Zuwanderungsland ist. Natürlich bräuchte ein solches Zuwanderungsland ein modernes Einwanderungsrecht, das wir noch nicht haben, das geschaffen werden muss, auch von neuen Regierungen. Wir wollen unser Land zu einem attraktiven Zuwanderungsland machen.

Wir wissen mit der Wirtschaft, dass gut ausgebildete Fachkräfte nicht allein bei uns auf die Welt kommen, sondern dass wir um sie werben müssen, in Deutschland, aber auch über die Grenzen hinweg.

Wir suchen überall nach klugen Köpfen und geschickten Händen, übrigens auch mit der von dem Wirtschaftsminister, unserer Wirtschaft und den Gewerkschaften erarbeiteten Fachkräfteinitiative.

Gleichzeitig - das ist kein Beitrag zur Fachkräftedeckung, aber ein Bereich, den ich damit verschränken kann - wollen und werden wir weiter **humaner Anker** in einer rechtspopulistisch werdenden europäischen Debatte sein. Wir werden weiter Menschen aufnehmen, die vor Krieg, Verfolgung und Hunger fliehen - Menschen, die uns nicht überfallen, sondern Menschen, die in Not sind. Wir werden an ihrer Seite stehen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir werden die Kommunen nicht alleinlassen. Deswegen haben wir in einem dritten **Kommunalpaket** allein für 2017 über 47 Millionen € Unterstützung zugesagt. Der Ansatz für Humanität im Haushalt beläuft sich auf 534 Millionen € - 534 Millionen € als Zeichen einer humanitären Grundausrichtung dieses Haushalts.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gemessen an all dem, was wir sonst an Einzelpositionen haben, ist das eine riesige Summe - das weiß ich wohl -, aber es ist dennoch eine Summe, die wir zu leisten in der Lage sind, die wir nirgendwo anders wegnehmen, die wir nicht aus Gesellschaftsbereichen herausziehen und dadurch Menschen schwächen, sondern die wir in dieser Zeit leisten können, weil wir stark genug sind, weil wir Vorsorge getroffen und in den letzten Jahre solide gewirtschaftet haben.

Dieser Haushalt ist ein Haushalt, der Brücken baut, und kein Haushalt der Mauern, an denen die Menschen abprallen.

Ich sage das in einer Zeit, in der wir beginnen, wieder darüber zu reden, ob **Integration** oder das Einführen von Burka-Verboten wichtiger ist. Es mag sein, dass Sie meine Meinung dazu vielleicht für nicht so relevant halten, vielleicht aber die des „Economist“ dieser Woche. Im „Economist“ dieser Woche können Sie - sehr klug beschrieben - nachlesen, warum eine Welt, die glaubt, sie würde rechtspopulistische Stimmen damit besänftigen, indem sie ein Burka-Verbot in die Gesellschaft trägt, das Gegenteil dessen bewirken wird, was angeblich von den Politikern erreicht werden soll, die das vorbringen. Es wird das Gegenteil bewirken, es wird

(Ministerpräsident Torsten Albig)

die rechten Kräfte stärken, es wird die Populisten und Rassisten stärken, und es wird all das schwächen, was wir an integrativen Maßnahmen betreiben.

(Unruhe)

Ich sage Ihnen das auch vor dem Hintergrund, dass es für Politiker wie mich und Sie - das werde ja nicht nur ich erleben - -

(Unruhe)

Vielleicht mögen Sie eine Sekunde zuhören. Nicht nur ich bekomme Mails wie diese, jeden Tag.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich kriege die auch!)

- Ja, Herr Kollege, wir müssen darüber reden! Denn die, die diese Mails schreiben, beginnen zu glauben, dass sie in diesem Land bedeutend sind. Haushalte haben auch die Verpflichtung, sich diesen über Bildung, Integration und Mut entgegenzustellen.

Mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitiere ich, was Menschen einem schreiben. Das ist nicht nur eine Nachricht, das sind viele. Hier schreibt einer, der sich nicht traut, seinen Namen zu nennen, nur seine Handynummer, eine 0190: Hey, Landesvater, wenn ich dich erwische, du Drecksau, reiße ich dir etwas ab und stopfe es dir in dein großes Judenmaul, du verkommenes Schwein. - Wir müssen uns damit beschäftigen, dass Menschen meinen, das sagen zu dürfen, und es werden immer mehr.

Lassen Sie uns im Umgang mit den Flüchtlingen, die zu uns kommen, gemeinsam eine Sprache wählen, die nicht den Eindruck vermittelt, dass da welche wären, die uns überfallen, sondern eine, die deutlich macht, dass das Menschen sind, die Schutz suchen, die Hilfe brauchen, die in Not sind. Dann können wir vielleicht alle gegen die Rechten mobilisieren. Den einen werden wir nie belehren, aber alle anderen müssen wir zusammenschließen und sagen: Wir sind stärker als der, und vor dem haben wir niemals Angst.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Ja, natürlich.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Ministerpräsident, ich bin in dieser Frage, wie Sie wissen, voll bei Ihnen - -

(Das Saalmikrofon funktioniert nicht - Zurufe)

- Reden Sie laut; ich höre Sie doch!

- Aber die deutsche Öffentlichkeit hört mich nicht, das ist das Problem.

(Heiterkeit und Zurufe)

- Ich übersetze das dann für die Öffentlichkeit.

- Ich gehe mal kurz da rüber.

(Zurufe - Die Mikrofonanlage funktioniert immer noch nicht)

Ich mache es jetzt einfach so! - Herr Ministerpräsident, ich bin, wie Sie wissen, in dieser Frage voll bei Ihnen. Solche Mails bekommen wir auch. Ich bekam übrigens auch schon Mails, als ich noch als Neoliberaler galt, als Menschenfeind von Leuten, die nicht dem rechten Spektrum angehören.

Sind Sie mit mir der Auffassung, dass wir auch auftreten müssen, dass Menschen, die sich bei einer AfD-Veranstaltung nur erkundigen wollen, dieser Partei aber nicht angehören und auch nichts damit zu tun haben, nicht von Antifa-Kräften verprügelt werden dürfen?

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

- Herr Kubicki, wie könnte ich anderer Meinung sein! Ich gestehe aber, dass mir die Fantasie gefehlt hat, dass bei einem solchen Satz, bei dem ich Sie bitte zu zeigen, dass wir uns dem gemeinsam entgegenstellen, die Hälfte des Hauses nicht applaudiert. Dazu hatte ich keine Vorstellungskraft. Das war kein Satz eines Sozialdemokraten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn wir als Demokraten da nicht gemeinsam klatschen können, dann haben wir ein Problem miteinander - aber jeder, wie er mag!

(Birte Pauls [SPD]: Sehr, sehr arm! - Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, wir verabschieden heute einen Haushalt, der die Linien der Landesentwicklungsstrategie nachzieht, einen Haushalt, der die Chancen unseres Landes im Blick hat und verstärkt, einen Haushalt, der auf Wohlstand setzt und hilft,

(Ministerpräsident Torsten Albig)

das Steueraufkommen zu verbessern, einen Haushalt, der unser gemeinsames Ziel, nachhaltig strukturell ausgeglichene Haushalte vorzulegen, untermauert. Wie wir es mit diesem Haushalt bereits erreicht haben, werden wir es auch mit künftigen Haushalten hinbekommen.

Ich freue mich - das ist eine große Anerkennung der Arbeit von Monika Heinold und ihrem Finanzministerium, ihrem Team -, dass uns der **Stabilitätsrat** in dieser Woche ein gutes Zeugnis ausgestellt hat und das **Sanierungsverfahren** im Jahr 2016 voraussichtlich erfolgreich abgeschlossen wird. Dank an Monika Heinold, Dank an das Finanzministerium für diese Leistung!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, nach den ersten fünf Jahren Rot-Grün-Blau kann ich feststellen: Wir haben gehalten, was wir den Menschen 2012 versprochen haben, das Land wetterfest zu machen, es auf die großen Entwicklungslinien unserer Zeit vorzubereiten, Haushalte vorzulegen, die künftige Generationen nicht belasten, dabei aber in erster Linie immer human und solidarisch zu bleiben.

Ich halte fest: Nach den ersten fünf Jahren Rot-Grün-Blau steht Schleswig-Holstein besser da, als wir es 2012 übernommen haben. Diesen Weg der Konsolidierung, diesen Weg der Modernisierung und diesen Weg der Stärkung der Gerechtigkeit werden wir weiter gehen. Ich freue mich auf die nächsten fünf Jahre. - Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, das Wort gemäß § 52 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung hat der Oppositionsführer, der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Abgeordneter Daniel Günther.

Daniel Günther [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, wir wissen ja, dass Sie sich, wenn Sie sich so appellierend und moralisierend an das Haus wenden, dabei besonders gut fühlen. Aber wann und wo wir frei gewählten Parlamentarier bei Ihren Reden klatschen, entscheiden wir und nicht Sie, Herr Ministerpräsident!

(Beifall CDU, FDP und Wolfgang Dudda [PIRATEN] - Zurufe SPD)

Genauso schreibe auch ich Ihnen nicht vor, an welcher Stelle Sie klatschen müssen! - Herr Ministerpräsident, als Sie zu Beginn Ihrer Rede die großen **Leitplanken** angekündigt haben, über die Sie sprechen wollten, habe ich mich am Ende gefragt, wann die denn kommen. Ich empfand die Rede, die Sie heute gehalten haben, eher als Bewerbungsrede als finanzpolitischer Sprecher in der nächsten SPD-Landtagsfraktion nach der Wahl. Über die großen Linien haben Sie nicht gesprochen.

(Beifall CDU und FDP)

Ohnehin habe ich mich am heutigen Vormittag ein bisschen über die Reden der regierungstragenden Fraktionen amüsiert. Das wirkte alles ein bisschen nach Abschied voneinander, was Sie hier heute Vormittag gemacht machen, in jeder Rede, die Sie gehalten haben.

(Beifall CDU und FDP - Heiterkeit und Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen will ich Ihnen durchaus ein bisschen mehr Mut machen, damit es im Parlament spannend bleibt. Es wurde eine ganz normale Meinungsumfrage durchgeführt. Sie haben hier auf der Tribüne Herrn Schippels gesehen - mit dem zusammen hätten Sie noch eine gemeinsame Mehrheit. Also ein bisschen kämpfen, ein bisschen Mut, dann macht es weiter Spaß im Parlament.

(Beifall CDU und FDP)

Die Reden, die Sie heute gehalten haben - vielleicht lag es auch daran, dass Sie sich alle gegenseitig für die Zusammenarbeit in den letzten fünf Jahren bedankt haben -, waren im Prinzip rückwärtsgerichtet. Sie haben nur darüber geredet, was Sie in den letzten Jahren gemacht haben, und wie jedes Mal Vergleiche mit der Vorgängerregierung gezogen, wo Sie sich am Ende natürlich in ein gutes Licht stellen wollen.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genauso haben Sie angefangen! - Weitere Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß, dass Sie diese Situation jedes Mal nutzen und sagen: Für die Opposition ist es in einer so **guten Haushaltslage** unheimlich schwierig, im Parlament zu reden. Genau in diesen Zeiten beweist sich, ob man kluge Haushaltspolitik macht.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau! - Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Daniel Günther)

Ich frage Sie, ob Sie irgendwie das Gefühl haben, dass Sie unser Land auf schwierige Zeiten vorbereitet haben.

(Zurufe SPD: Ja!)

Dann hätten Sie nämlich ein bisschen über die **Zukunft** geredet, darüber, was Sie vorhaben. Darüber haben wir von Ihnen heute nichts gehört.

(Beifall CDU und FDP - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Als Sie draußen waren! Deshalb haben Sie das nicht gehört! - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie können es nachlesen!)

Sie hinterlassen uns ein Land, das in bester Haushaltslage mit den höchsten Steuereinnahmen trotzdem alle Haushaltsansätze bis ins Letzte ausgereizt hat.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Unruhe)

Am Ende Ihrer Amtszeit hinterlassen Sie uns ein Land - ich weiß, dass Sie das schmerzt -, das die höchsten **Elternbeiträge** bei den **Kitas** hat. Das ist Ihre Abschlussbilanz. Das hinterlassen Sie der nächsten Regierung.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie hinterlassen uns ein Land, das die Hochschulen in den letzten Jahren - -

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, ich bin heute wirklich sehr großzügig gewesen, wie man mit Zwischenrufen umgeht. Zwischenrufe, vor allem wenn sie geistreich sind, sind erlaubt und gewünscht. Ein ständiges Gebrabbel finde ich nicht in Ordnung. Ich sage Ihnen das ganz ehrlich. Das gilt für alle. Ich finde, wir sollten das alle miteinander berücksichtigen.

Daniel Günther [CDU]:

Trotz einer hervorragenden Finanzlage hinterlassen Sie uns ein Land, in dem die **Hochschulen** finanziell weiter von allen anderen Bundesländern abgehängt worden sind. Durch BAföG-Millionen, durch andere Millionen, die Sie bekommen haben, hätten Sie die Hochschulen zumindest im norddeutschen Vergleich wieder auf Augenhöhe führen können. Auch diese Chance hat die Regierung Albig verpasst.

(Beifall CDU und FDP)

Sie hinterlassen uns in der Bildungspolitik mit dem **Unterrichtsausfall** weiter ein Riesenproblem, das Sie trotz Lehrerplanstellen - der Kollege Koch hat das heute Vormittag zutreffend beschrieben - -

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war falsch!)

- Er hat das genau richtig beschrieben! Wenn Sie zugehört hätten, hätten Sie gehört, er hat es finanziell sauber aufgegliedert! Sie haben es trotz der zusätzlichen Stellen nicht hinbekommen, den Unterrichtsausfall in den Griff zu bekommen.

Sie hinterlassen uns ein Land, in dem es noch nie so wenig **Polizeistationen** im ländlichen Raum gegeben hat wie heute. Auch das ist Ihre Abschlussbilanz.

(Beifall CDU)

Wenn der Ministerpräsident allen Ernstes behauptet, dass Sie, die Regierung und die regierungstragenden Fraktionen, an der Seite der Polizei stehen, ist das schon nicht mehr zum Lachen. Es hat noch nie eine Koalition gegeben, die den Polizisten so in den Rücken gefallen ist, die die Polizisten mit einem solchen Misstrauen überhäuft hat, wie die regierungstragenden Fraktionen es in den letzten vier Jahren gemacht haben.

(Beifall CDU - Widerspruch SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da ist der Mann, der die Pläne hatte!)

- Der Mann, der die Kürzungen bei den Polizisten durchgesetzt hat, sitzt dort! Das ist der SPD-Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner, der das in seiner Regierungszeit gemacht hat. Sie wissen, dass das so ist.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe)

Auf dieser Seite lassen wir uns von Ihnen bestimmt nichts von Haushaltspolitik erzählen.

Die einzige Chance, die Sie einmal hatten, als wir eine **schwierige Haushaltslage** hatten, war im Jahr 2004. Wissen Sie, was Sie mit den Menschen damals gemacht haben? Denen haben Sie einen Haushalt mit angeblich 500 Millionen € Schulden vorgelegt. Am Ende des Jahres waren es 1,6 Milliarden € Schulden. Sie haben den Bürgern vor der Wahl 1,1 Milliarden € verheimlicht. Das ist Ihre Abschlussbilanz gewesen. Da war Herr Stegner Finanzminister.

(Beifall CDU und FDP)

(Daniel Günther)

Am Ende Ihrer Regierungszeit haben wir eine so schlechte **Zusammenarbeit** in den **norddeutschen Ländern**, übrigens auch mit Dänemark - trotz SSW -, wie wir sie im Hochschulbereich, im Gesundheitsbereich noch nie hatten. Immer, wenn es in der Zusammenarbeit konkret wird, funktioniert bei Ihnen überhaupt nichts.

(Beifall CDU)

Der Kollege Stegner hat sich heute Morgen in der Zeitung zum Thema **Investitionen** zitieren lassen. Herr Stegner hat auf die Frage nach den geringen Investitionen lapidar gesagt: Es gibt Schlimmeres. - Ich frage Sie: Was gibt es eigentlich Schlimmeres,

(Thomas Hölck [SPD]: Sie! - Heiterkeit SPD)

als zu vergessen, in die Zukunft unseres Landes zu investieren?

(Beifall CDU)

Was für ein klägliches Versagen kann es eigentlich geben als das, das Sie angerichtet haben?

Sie haben 2,5 Milliarden € mehr zum Ausgeben, 1.000 € für jeden Bürger, und Sie bringen es allen Ernstes fertig, am Ende Ihrer Amtszeit vor die Wählerinnen und Wähler zu treten und von dem zusätzlichen Geld nichts zu investieren,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nichts!)

nichts in Straßen, nichts in Krankenhäuser, nichts in Hochschulen. Sie haben nichts zusätzlich investiert. Das ist Ihre Abschlussbilanz.

(Beifall CDU und FDP)

Daran zeigt sich im Übrigen das wahre Versäumnis. Diese Regierung kann es nicht. Selbst in den Bereichen, in denen Geld zur Verfügung steht, bekommen Sie nichts investiert. Wir bekommen ohne Ende Bundesgeld nach Schleswig-Holstein. Wir mussten 300 Millionen € in andere Bundesländer abgeben, weil diese Regierung es nicht geschafft hat, auch nur einen Kilometer Bundesautobahn oder Bundesstraße zu bauen.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, denken Sie an die Uhr!

Daniel Günther [CDU]:

Wenn schon einmal Geld des Bundes für die Kommunen gegeben wurde, haben Sie das Geld auch noch so zweckentfremdet, dass die **Kommunen** es

im Bereich **Sondervermögen** auch nicht investieren können, sei es Hochschule, sei es Breitband. Schauen Sie sich die Sondervermögen an! Dort fließt

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nichts ab!)

nichts ab, weil diese Regierung es nicht hinbekommt, das vorhandene Geld zu investieren. Was ist das für ein Armutzeugnis, meine Damen und Herren?

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Schluss kommen!

Daniel Günther [CDU]:

Sie haben gezeigt, dass Sie es in guten Zeiten nicht können. Wir wollen gar nicht erst wissen, was passiert, wenn schlechte Zeiten kommen. Deswegen treten wir an und wollen Ihnen nach der nächsten Landtagswahl zeigen, wie man solide Haushaltspolitik

(Lachen SPD)

damit verbindet, dass man wieder in die Zukunft investiert. Dafür werden wir sorgen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Lang anhaltender Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Vorsitzende, Herr Abgeordneter Dr. Stegner.

Meine Damen und Herren, ich denke, es ist angemessen, dass wir ein wenig großzügig mit der verbliebenen Restredezeit umgehen.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dieser grandiosen Rede des Herrn Oppositionsführers

(Beifall CDU)

fünf Feststellungen!

Erstens. Sie sind selbstbewusst und klatschen, wann Sie wollen. Heute Morgen bei der Rede von Herrn Koch war das ziemlich wenig, was Sie an eigenen Vorstellungen beklatscht haben. Da, wo man aus Anstand hätte klatschen können, nämlich da, wo es darum geht, sich gegen den Ungeist zu wehren, ha-

(Dr. Ralf Stegner)

ben Sie nicht geklatscht. So viel Souveränität hatten wir auf unserer Seite immer. Das diskreditiert Sie und sagt nichts über Ihr **Selbstbewusstsein**.

Zweitens. Ihnen ist es unangenehm, wenn man die **Bilanz** der letzten fünf Jahren beschreibt und auf das hinweist, dass wir das tun, was wir gesagt haben, wohingegen Sie den Leuten heute sagen, Sie würden das Gegenteil dessen tun, was Sie immer gemacht haben. Ich kann nur sagen: Das wird auf Sie zurückschlagen. Ich verstehe gar nicht, wie Sie sich trauen, Dinge zu Protokoll zu geben, die jeder nachrechnen kann, der die Grundrechenarten beherrscht: mehr Polizisten, mehr Lehrer, mehr Geld für Kinderförderung, mehr Straßenbau, immer mehr! Das begreifen Sie gar nicht. Schauen Sie ins Protokoll. Sie behaupten stattdessen das Gegenteil. Das ist echt postfaktische Gesellschaft. Ich glaube, dieser Ausdruck ist für Sie erfunden worden, Herr Kollege Günther.

(Beifall SPD)

Drittens. Vormittags sagen Sie: „**Sparen**, sparen, sparen!“, nachmittags sagt der gleiche Mann: „Mehr ausgeben, mehr ausgeben, mehr ausgeben!“, ohne das vernünftig zu unterlegen. So etwas kann man sich nur leisten, wenn man sicher sein kann, dass man nicht in die Regierung kommt. Ich will Sie in dieser Sicherheit bestärken, Herr Kollege Günther. Seriös ist das nicht.

(Tobias Koch [CDU]: Wo waren Sie heute? - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wo waren Sie heute Vormittag? - Beifall SPD)

Viertens. Herr Kollege Günther, Sie erdreisten sich, hier hinzugehen und zu beklagen, dass es die höchsten **Kita-Beiträge** für Eltern gibt. Wir wollen ihn reduzieren. Sie wollen ihn mit dem, was Sie machen, noch erhöhen. Es ist doch geradezu grotesk, was Sie den Wählerinnen und Wählern vortragen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie machen das Gegenteil.

Fünftens. Herr Kollege Günther, es mag sein, dass ein so schneidiger Redner wie Sie zum Oppositionsführer taugt, wenn die Leute glauben, dass Sie Oppositionsführer sein müssen. Das Format eines Ministerpräsidenten war das noch lange nicht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Rasmus Andresen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In der **CDU** scheint die **Haushaltswelt** ziemlich einfach und schlicht zu sein. Herr Kollege Günther, Ihre Rede hatte null eigene Idee. Sie würde keinen Faktencheck überstehen. Von den 35 Mandaten, die Sie brauchen, um irgendwann einmal als Ministerpräsidentin infrage zu kommen, haben Sie sich meilenweit entfernt. Nicht, dass Sie vorher dichter dran gewesen wären!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wie wenig klare Linie Sie eigentlich haben, beweisen Sie hier schon seit Jahren. Ich erinnere daran, was Sie uns am Anfang der Wahlperiode - es war damals noch Ihr Vorgänger oder Vorvorgänger im Amt des Fraktionsvorsitzenden; wer immer geblieben ist, ist Tobias Koch im Finanzausschuss - uns vorgeworfen haben. 2013 ist von einer gescheiterten Finanzpolitik, 2014 von einer Bankrotterklärung gesprochen worden. Mehrfach wurde die Prognose aufgestellt, dass der Verfassungsbruch kurz bevorstehe. Alles ist nicht eingetreten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die Fakten sprechen eine andere Sprache. Wir haben **positive Haushaltsabschlüsse**. In der Haushaltsaufstellung schon die schwarze Null zu schaffen, ist das eine. Das andere ist, dass wir bereits in den letzten Jahren positive Haushaltsabschlüsse gehabt haben.

Wir haben über 400 Millionen € **Abstand zur Verfassungsgrenze**. Sie wird gegenwärtig gar nicht mehr erwähnt, weil wir Gott sei Dank nicht mehr im Minus sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Auch das kann man hier einmal erwähnen. Über 400 Millionen € Abstand zur Verfassungsgrenze! Ihre Prognose war, wir reißen die Verfassung. - Deutlich verfehlt!

Wichtig ist Folgendes: Wir reden hier immer abstrakt über irgendwelche Investitionsquoten. Wir sind die erste Landesregierung, diese Koalition mit

(Rasmus Andresen)

dieser Landesregierung ist die erste, die überhaupt einen Status quo aufgeschrieben hat, die sich angesehen hat: Wie groß ist denn der **Sanierungsbedarf**

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

in den unterschiedlichen Bereichen, in Hochschulen, im Bildungsbereich, bei den Krankenhäusern und im Verkehrsbereich? Das alles haben Sie jahrelang nicht gemacht. Sie haben sich nicht einmal getraut aufzuschreiben, wie groß der Sanierungsbedarf ist. Jetzt kritisieren Sie uns dafür, dass wir zu wenig täten. Das ist doch lächerlich.

Sie kritisieren uns gleichermaßen dafür, dass wir zu viele Stellen schaffen, und dafür, dass wir zu wenig **Stellen** schaffen. Sie haben vorhin in der Debatte Peter Harry Carstensens Großmutter erwähnt. Ich weiß nicht, ob es fair ist, weil die Frau wahrscheinlich nicht mehr lebt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das weißt du doch gar nicht!)

- Ich vermute das! - Ich sage Ihnen, dass die Großmutter von Peter Harry Carstensen Ihnen nicht einmal einen Sparstrumpf anvertrauen würde.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Was mich besonders stört, ist der Vorwurf von heute Morgen, dass wir diese Zahlen ohne **Eigenleistung** erbracht hätten.

(Zuruf CDU: Genau!)

Die Verfassung einzuhalten, ist keine Eigenleistung, sondern hat etwas damit zu tun, wie viel Geld wir im Vergleich dazu ausgeben, wie viel Geld zur Verfügung steht.

(Tobias Koch [CDU]: Zufall!)

Das ist eine Leistung, die wir gemeinsam erbracht haben, Monika Heinold allen voran als Gemeinschaftsleistung mit der Koalition. Das ist das eine.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Das andere ist, dass Sie uns 2013 - Herr Koch, lesen Sie es nach! - vorgeworfen haben, wir hielten die Schuldenbremse nur ein, weil wir die Tarifsteigerungen nicht komplett übernehmen. Man kann unterschiedlich bewerten, ob das gut und richtig war, ob wir unsere Position geändert haben. Aber das ist eine Eigenleistung, die wir erbracht haben. Wir haben bei einem Punkt Prioritäten gesetzt, bei einem anderen nicht.

Was Sie unterschlagen, ist die **Grunderwerbsteuer**. Sie haben vor Jahren immer posaunt, es sei alles unmöglich, dass der Wohnungsmarkt zusammenbreche, die Eigentümer geschröpft würden. Jetzt traut sich keiner mehr von Ihnen - egal, ob CDU oder FDP; die FDP hat ein bisschen etwas in ihr Programm geschrieben,

(Christopher Vogt [FDP]: Ein bisschen?)

aber auch nicht mehr das, was Sie einmal wollte -, die Grunderwerbsteuer abzuschaffen. Ich kann Ihnen sagen, warum das so ist. Sie können es nämlich auch nicht gegenfinanzieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

2016 werden wir bei einem Steuersatz von 6,5 % wahrscheinlich 613 Millionen € Einnahmen durch die Grunderwerbsteuer haben. Bei 5 % wären es nur 471 Millionen €, bei 3,5 % - Sie haben die Grundsteuer ja auch schon einmal auf 5 % angehoben, und zwar prozentual deutlich höher als wir;

(Widerspruch CDU und FDP)

das müsste der Wunsch, der Traum von Wolfgang Kubicki sein -, hätten wir nur 330 Millionen € Einnahmen, also 300 Millionen € weniger. Viel Spaß bei der Gegenfinanzierung, sage ich dazu!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Kurz zum Schluss noch etwas zum Thema Spielwiese. Ich finde es despektierlich, wenn man sich bei unterschiedlichen **Prioritätensetzungen** vorwirft, das seien Spielwiesen. Ich will einmal sagen, was wir machen. Wir investieren beispielsweise in **Umwelt und Naturschutz**. Es mag sein, dass Sie das als Spielwiese empfinden. Wir sagen: Das ist die Grundlage für unser Land. Das muss geschützt werden. Wir müssen in diesem Bereich wesentlich mehr tun.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir investieren mehr in **Frauenhäuser**. Auch das ist heute Morgen von meiner Kollegin genannt worden. Das sind Frauen, die von Gewalt bedroht sind. Auch das ist für uns keine Spielwiese, sondern eine wichtige sozialpolitische Aufgabe, der wir gern gerecht werden wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

(Rasmus Andresen)

Sie können das gern kontern! Dann müssen Sie uns aber sagen, was Sie als Spielwiese betrachten, und das nicht einfach nur herausposaunen,

(Katja Rathje-Hoffmann [CDU]: Das haben wir gesagt!)

ohne das jemals zu konkretisieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Einen letzten Punkt! Der passt zu den **Hass-Mails**, die der Ministerpräsident und viele von uns regelmäßig bekommen. Das Umfeld für Gewalttaten und für Hasskommentare steigt in unserem Land. Der Ministerpräsident hat das gerade eben veranschaulicht. Das sind alles Vorstufen davon, dass Gewalt- und Straftaten von rechter Seite, aber auch insgesamt, steigen. Wir haben eine Steigerung von 45 % von Straftaten von rechts im letzten Jahr. Gleichzeitig nehmen antisemitische, islamophobe und rassistische Einstellungen zu. Wir beantragen, Demokratieprojekte zu stärken, Beratungszentren, die sich mit Präventionsarbeit beschäftigen.

Wir werden darüber gleich eine zum Teil Einzelabstimmungen haben. Ich fände es ein starkes Signal, wenn Sie diesen Anträgen zustimmen könnten, damit wir in diesem Punkt zumindest bei der Haushaltsabstimmung zeigen, dass wir gemeinsam dastehen. Dann ist mir Ihr Klatschverhalten nicht mehr so wichtig. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für die FDP-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, der Abgeordnete Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich mich in dieser Debatte gar nicht zu Wort melden

(Zuruf SPD: Wie immer!)

weil die Weltbilder, die hier vorherrschen, so fest zementiert sind, dass wir gar nicht mehr miteinander argumentieren, sondern uns nur noch wechselseitig erklären, was für gute oder möglicherweise schlechte Menschen wir sind. Das interessiert die deutsche Öffentlichkeit in Schleswig-Holstein auch nur am Rande.

Man kann an den Beiträgen des Kollegen Dr. Stegner und des Ministerpräsidenten merken, wie sehr

die letzte Meinungsumfrage den Sozialdemokraten ein Schlag ins Kontor gewesen sein muss, dass sie mit solchen Attitüden gegen den Oppositionsführer und Vorschläge, die wir vorbringen, ins Felde ziehen.

Herr Ministerpräsident, ich will daran erinnern: Von den letzten 28 Jahren in diesem Lande haben **26 Jahre** Sozialdemokraten **Regierungsverantwortung** getragen. Noch einmal: Alles, was Sie heute an schlechtem Zustand beschreiben, haben überwiegend **Sozialdemokraten** zu verantworten und nicht andere!

(Beifall FDP und CDU)

Das gilt für die Bildung, das gilt für die Infrastruktur, das gilt für alles. Wir wissen, dass Sie ein besserer Mensch als andere sind.

Ich kriege aufgrund meiner beruflichen Tätigkeit seit einigen Jahren **Mails**, weil Sozialdemokraten öffentlich erklären, dass es eigentlich unmoralisch sei, dass ich meinem Beruf als **Strafverteidiger** nachgehe. Ich habe das nie thematisiert, aber kann das einmal zeigen. Herr Kollege Dr. Stegner tut sehr viel dafür, zu erklären, dass es eigentlich unmoralisch sei, dass ich Steuerstraftäter verteidige. Eine sensationelle Geschichte!

Wenn Sie so weitermachen, werden Sie feststellen, dass die Menschen in diesem Land kein Interesse mehr an diesem Parlament und Ihrer Tätigkeit haben, weil sie es definitiv leid sind, auf diese Art und Weise mit Aussagen konfrontiert zu werden. Ich bin es mittlerweile auch leid. Ich lasse mir diese moralische Attitüde, Sie seien der gute Mensch, die anderen seien die Bösen, wir müssten klatschen, wenn Sie solche Mails bekommen, aber wenn wir solche Mails oder Androhungen von Gewalttaten bekämen, sei das in Ordnung.

(Ministerpräsident Torsten Albig: Wer sagt denn das?)

- Habe ich von Ihnen jemals gehört, dass es eine Sauerei ist, dass Menschen, die sich bei einer Veranstaltung informieren, von Linken zusammengeslagen werden? Hatten wir nicht einmal thematisiert, dass Linke, dass Sozialdemokraten und vor allen Dingen Grüne - der Kollege Andresen hat sich dafür einmal gerühmt - das Brechen von Gesetzen zum Lebensinhalt gemacht haben?

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das stimmt doch gar nicht!)

- Ich kann das dokumentieren. Das Schottern - -

(Wolfgang Kubicki)

(Serpil Midyatli [SPD]: Sie können Gewalttaten nicht mit einer Sitzblockade in Verbindung stellen!)

- Liebe Frau Midyatli, das **Schottern** ist eine Straftat. Wenn Sie das nicht begreifen, tut es mir leid. Es gibt keine guten und schlechten Rechtsverletzungen, es gibt nur Rechtsverletzungen. Wenn wir das nicht begreifen, wenn wir sagen, es gibt hohe moralische Gründe, Gesetze zu brechen, brauchen wir uns nicht zu wundern, dass andere das für sich auch in Anspruch nehmen.

(Beifall FDP und CDU)

Die Menschen in Schleswig-Holstein werden am 7. Mai entscheiden. Wir werden dem Rechtspopulismus mit dem Auftreten, wie Sie es tun, nicht begegnen können. Man kann seine eigenen Reihen schließen, moralisch sein. Dem werden wir so nicht begegnen. Vielmehr müssen wir uns mit ihm auseinandersetzen, und zwar nicht, indem wir denunzieren, sondern indem wir argumentieren und Menschen überzeugen und von den **Rechtspopulisten** zurückholen und nicht in deren Arme treiben, was gegenwärtig passiert.

(Beifall FDP und CDU - Ministerpräsident Torsten Albig. Wir wollen Rechtspopulisten nicht zurückholen!)

- Sie wollen Rechtspopulisten nicht zurückholen?

(Ministerpräsident Torsten Albig: Ich will keine Rassisten zurückholen!)

- Ich will auch keine Rassisten zurückholen, zur Sozialdemokratie schon gar nicht! Aber 40 % der Wähler der AfD kommen von den Sozialdemokraten! Das muss Ihnen doch zu denken geben. Das Ruhrgebiet wird von der AfD aufgerollt werden. Diese Hetzkampagne - das muss Ihnen doch zu denken geben!

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist doch gar nicht wahr!)

Wir wollen jeden zurückholen, den wir davor bewahren können, in die rassistische Ecke zu gehen.

(Beifall FDP und CDU)

Ein letzter Punkt! Da lasse ich Sie jetzt auch nicht raus. Der Kollege Stegner denunziert unseren Vorschlag, die **Straßenausbaubeiträge** nicht mehr zu erheben, mit dem Argument, dann solle die Krankenschwester sozusagen die reichen Eigentumsbesitzer finanzieren.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Unmöglich!)

Herr Kollege Dr. Stegner, die Krankenschwester finanziert die 500 Millionen €, die Sie Herrn Kortüm geschenkt haben. Die finanziert sie.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: So ist das! - Beifall FDP)

Es sind Steuermittel, die dort versenkt werden. Sie persönlich sind mit verantwortlich dafür, dass die HSH Nordbank das Land Schleswig-Holstein 15 Milliarden € kosten wird. Da lassen wir Sie auch nicht aus der Verantwortung. Sie saßen im Aufsichtsrat. Sie haben erklärt, Sie haben keine Ahnung gehabt.

(Volker Dornquast [CDU]: Er war nicht da! - Beate Raudies [SPD]: Es saßen auch andere darin!)

- Egal, er hat keine Ahnung gehabt! Im Untersuchungsausschuss hat er gesagt, er versteht davon zu wenig. Es ist auch richtig, dass man Leute in einen Aufsichtsrat schickt, die davon nichts verstehen.

Auch jetzt bei der Abwicklung passieren Fehler über Fehler, die das Land Schleswig-Holstein richtig viel Geld kosten. Ich verstehe, dass die Bank ein Eigeninteresse hat. Aber für die Finanzkasse des Landes sind wir dem Steuerzahler verantwortlich und nicht den Vorständen einer Bank, die in Hamburg sitzt. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem ersten Dreiminutenbeitrag hat nunmehr der Abgeordnete Torge Schmidt. - Moment! Noch im Rahmen dieser Debatte?

(Torge Schmidt [PIRATEN]: Im Rahmen meiner Restredezeit!)

- Das soll die Restredezeit sein. Dann hat jetzt erst Torge Schmidt im Rahmen der Restredezeit das Wort. Ich habe es also richtig gesehen. Ich musste mich orientieren.

Frau Kollegin Kalben, Sie haben sich zu einem Dreiminutenbeitrag gemeldet?

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

- Alles klar! - Torge Schmidt, Sie haben das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe nur ungefähr 1 Minute 30 Sekunden Restredezeit. Es bleibt also wenig Zeit

(Torge Schmidt)

für eine Replik auf den Ministerpräsidenten. Ich möchte zwei Punkte aufgreifen.

Ich möchte den Vorschlag der FDP zur **Kita-Finanzierung** aufgreifen. Er unterscheidet sich von unserem Vorschlag. Wir haben in unserer Fraktion über den FDP-Vorschlag gesprochen und halten ihn für einen gangbaren Kompromiss. Deshalb werden wir in der Abstimmung dem FDP-Vorschlag zustimmen.

(Beifall PIRATEN)

Ich sage das, damit Sie nicht verwirrt darüber sind, dass wir hier zwei Vorschlägen zustimmen. Wir halten beides für einen gangbaren Weg.

Herr Stegner, die Krankenschwester wird allein durch die Tatsache, dass sie Miete zahlt, den Straßenausbaubeitrag finanzieren, weil der Eigentümer, der den Straßenausbaubeitrag bezahlt, ihn sich über seine Miete natürlich wieder holt.

(Zurufe SPD: Nein! - Nein, das darf er nicht!)

- Natürlich!

(Beate Raudies [SPD]: Darf er nicht!)

Natürlich wird er es nicht eins zu eins machen, aber er wird seine Miete erhöhen! Klar!

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat nun der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird jetzt ja auf Bundesebene darüber diskutiert, ob **Fake News** unter Strafe gestellt werden sollen. Ich kann Ihnen zumindest für meine Person sagen, dass ich inzwischen nicht mehr dafür bin, weil ich sonst in Sorge wäre, dass der Kollege Günther hier für die Rede, die er gerade gehalten hat, in Ketten abgeführt werden müsste.

(Zuruf Rainer Wiegand [CDU])

Da war wirklich nichts Wahres dran. Da war gar nichts, was in irgendeiner Art und Weise einen Inhalt hatte.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Hans-Jörn Arp [CDU]: Das sagt der Richtige!)

- Nein, nein. Ich bin wirklich ziemlich schockiert.

Mein erster Punkt: Wenn der Ministerpräsident hier mit Fakten kommt und Zahlen zu Investitionen vorlegt, dann habe ich kein Problem damit, wenn Sie auch mit Zahlen kommen und dagegenreden. Das ist völlig in Ordnung. Sich aber hier einfach nur hinzustellen und, ohne Nachweise zu bringen, irgendwelche Plattitüden herauszuhauen, ist auch für einen Oppositionsführer viel zu wenig.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mein zweiter Punkt, Herr Günther: Sie haben gerade eben gesagt, Sie hätten gern - am liebsten über das ganze Land verstreut - mehr kleine **Polizeistationen**. Den Wunsch kann man durchaus haben. Wir sind aber der Auffassung, dass wir mehr **Polizisten** brauchen. Deswegen haben wir mehr Anwärter eingestellt.

Wir sind der Auffassung, dass wir den Leuten nur dadurch mehr innere Sicherheit geben können, indem wir mehr Menschen einstellen. Es nützt mir nichts, wenn wir viele Polizeistationen haben, in denen aber keiner mehr sitzt.

(Serpil Midyatli [SPD]: Genau!)

Das ist der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Politik. Sie sagen immer nur populistisch: Den Einwohnern in irgendeinem kleinen Dorf möchte ich etwas Gutes tun, denen rede ich einmal nach dem Mund. - Sie kümmern sich aber nicht darum, was wirklich für die Leute wichtig ist.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wichtig ist, dass wir genügend Polizei haben. Das genau erfüllen wir als Küstenkoalition.

Dritter Punkt. Es bringt mich wirklich fast schon auf die Palme, wenn Sie sagen, die **Zusammenarbeit mit Dänemark** habe gelitten. Lieber Kollege Günther: In Ihrer Regierungszeit haben Sie die dänischen Schulen bis an die absolute Schmerzgrenze zusammengekürzt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe SPD: Unerhört!)

Wissen Sie, was dort passiert ist? Der Bund musste einspringen, damit es nicht zu diplomatischen Verwicklungen kommt. Das Verhältnis zu Dänemark zum Wahltag 2012 war das mieseste, das wir jemals hatten. Das war seinerzeit die Schuld Ihrer Regierung.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Daniel Günther [CDU]: Wo läuft

(Lars Harms)

es denn in der Zusammenarbeit besser? -
Weitere Zurufe CDU)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU: Wir lassen uns gern an unseren Taten messen: Wir haben mehr Polizisten, wir haben mehr Lehrer. Wir haben mehr für Straßen, für Kultur und für sozialen Zusammenhalt ausgegeben. Alles das sind Investitionen in die Zukunft des Landes Schleswig-Holstein. Wir erreichen das bei positiven Haushaltsabschlüssen.

Das lassen wir uns von Ihnen nicht schlechtreden.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Tobias Koch [CDU]: 2,5 Milliarden €!)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat die Fraktionsvorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir hatten heute Morgen eine sehr aufgeregte Landtagsdebatte und an der einen oder anderen Stelle eine Reihe von gegenseitigen Unterstellungen, bei denen durchaus ein Faktencheck angebracht gewesen wäre. Bei dem, was heute Nachmittag vorgelegt wurde, müsste der Faktencheck praktisch noch einmal eine Viertelstunde dauern, um all das klarzustellen, was uns hier - auch von Ihnen, Herr Günther - unterstellt worden ist.

Insofern bin ich sehr enttäuscht, weil es mir sehr viel lieber gewesen wäre, wenn gesagt worden wäre: Diese Priorität setzt die Koalition, diese Prioritäten setzen PIRATEN, CDU und FDP. - Aus meiner Sicht ist das bisher in dieser Haushaltsdebatte nur in ganz wenigen Teilen gelungen.

(Tobias Koch [CDU]: Hallo? - Christopher Vogt [FDP]: Ihre Rede heute Morgen war wohl der Tiefpunkt!)

Teilweise wurde zum Beispiel von den PIRATEN gesagt: „Wir wollen mehr für Digitalisierung!“, oder von der FDP: „Wir wollen mehr für Straßenbau!“ Das sind dann klare Alternativen. Wenn aber hier die ganze Zeit mit Unterstellungen und Falschaussagen gearbeitet wird, ist das einfach nur noch nervig.

Zur **Investitionsquote**: Herr Garg, das wollte ich gern noch einmal aufgreifen. Sie haben unsere Ministerin mit der „Banane“ zitiert und das ins Lächerliche gezogen. Die Bemerkung fand ich auch nicht so super klasse.

cherliche gezogen. Die Bemerkung fand ich auch nicht so super klasse.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und Tobias Koch [CDU] - Zurufe CDU und FDP: Nein!)

Aber inhaltlich hat Frau Heinold natürlich vollkommen recht: Unser Land wird durch eine Quote nicht besser - außer durch die Frauenquote.

(Heiterkeit CDU und FDP - Wortmeldung Wolfgang Kubicki [FDP])

Unser Land wird durch mehr Investitionen besser. Wenn die Ausgaben steigen und die Investitionen auch steigen,

(Tobias Koch [CDU]: Tun sie aber nicht!)

dann steigt die Quote nicht. Deswegen nützt es Ihnen nichts, Quoten zu messen.

(Zurufe CDU)

Wenn Sie sagen, dieser Haushalt habe keine Zukunftsorientierung, dann antworte ich: Bildung, Bildung, Bildung. Das ist die Zukunftsorientierung. Dafür steht diese Koalition.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, ich lasse keine Zwischenbemerkung zu, möchte mich aber trotzdem an Herrn Kubicki wenden. Das war nämlich der eigentliche Grund, aus dem ich mich noch einmal gemeldet hatte.

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass Sie sich mittlerweile direkt beim Kollegen Andresen entschuldigt haben. Das finde ich gut. Ich möchte aber auch der Öffentlichkeit noch einmal deutlich machen, dass es inakzeptabel ist, hier in dieser Art und Weise über einen Kollegen des Hauses zu reden - gerade, wenn Sie hier einen Beitrag machen, in dem Sie sich darüber erheben, dass andere vermeintlich moralisch seien und denunziatorische Äußerungen machten. Ich weise das für meine Fraktion deutlich zurück.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Solche Haushaltsdebatten sind eigentlich die Gelegenheit, eine Generaldebatte darüber zu führen, welche politischen Vorstellungen man für die Zukunft des Landes hat, welche Bilanz man ziehen kann.

Erstens. Ich kann nur sagen: Wir sind froh, dass alles protokolliert worden ist. Die Fakten sprechen für sich. Über die Fakten haben die Oppositionsredner so gut wie nicht gesprochen. Die Öffentlichkeit wird das zur Kenntnis nehmen.

Zweitens. Ich habe Anlass festzustellen, dass jedenfalls meine Fraktion - ich glaube, dass ich das für die Küstenkoalition insgesamt sagen darf - jedwede Form von Gewalt ablehnt. Man muss uns nicht irgendwelche Unterstellungen machen, die daneben sind. Man darf vor allem nicht bestreiten: Wenn es in Deutschland zurzeit eine Gefahr gibt, dann kommt diese von rechts. Sie kommt durch Hetzreden, die am Ende dazu anstiften, Gewalttaten zu begehen. Das ist es, was wir derzeit in Deutschland erleben. Dagegen sollten wir uns gemeinschaftlich zur Wehr setzen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sollten dies übrigens auch tun, indem wir den Populisten widerstehen und nicht auch noch deren Methoden übernehmen - wie es in Teilen geschieht.

Die Zukunft dieses Landes liegt in Bildung, in guter Arbeit und in Gerechtigkeit und nicht in den Symbolthemen, die hier angesprochen worden sind. Diese Symbolthemen schüren Ressentiments, über die sich nur die Feinde der Demokratie freuen.

Eines aber beruhigt mich heute doch sehr, wenn man auch über manches Niveau streiten kann: Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes werden heute, wenn sie die Debatte verfolgt haben, ganz klar festgestellt haben, wo die Unterschiede liegen. Das ist gut. Wenn die Unterschiede festgestellt sind - ich wiederhole das noch einmal -, brauchen andere nicht zu sagen: „Die da sind doch alle gleich, und wir müssen in dieses Parlament hinein.“ - Wir wollen die Demokratiefeinde in diesem Parlament nicht haben. Die Unterschiede sind groß genug. Hier ist gezeigt worden, wer lieber in der Opposition sein

sollte, und wer Vorstellungen für die Zukunft dieses Landes hat - das ist die Küstenkoalition.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Insofern war es für uns am Ende eine gute Debatte. Ich sage Ihnen: Wir werden heute mit unserer Mehrheit einen gerechten und zukunftsgerichteten Haushalt beschließen, der zeigt, dass Schleswig-Holstein bei uns in guten Händen ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Da ich ahne, worum es geht, schlage ich vor, dass wir das nach der Abstimmung über den Haushalt miteinander besprechen, Herr Abgeordneter. Ich glaube, dass das angemessen wäre.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aus gegebenem Anlass ist es mir wichtig, an dieser Stelle zu betonen, dass ich absolut sicher bin, dass jede Abgeordnete und jeder Abgeordnete dieses Hauses jegliche Denunziation und jegliche Hasstirade verbaler oder anderer Art von Extremisten - gleich aus welcher Richtung - ablehnt und dass wir Demokraten in diesem Fall in diesem Hause nach wie vor zusammenstehen. Das ist gute Tradition in diesem Haus. Ich denke, dass dies die Auffassung des gesamten Hauses ist. Es wäre mir wichtig, dass wir das an dieser Stelle miteinander noch einmal bekräftigen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Bevor wir in die Abstimmung eintreten, hat jetzt aus einem besonderen Grund der Abgeordnete Lars Winter das Wort.

Lars Winter [SPD]:

Vielen Dank, Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Heute finden meine fünften Haushaltsberatungen statt. Ich muss sagen, dass der Haushalt in den letzten Jahren immer ein Stück besser geworden ist. Aus meiner Sicht - wir haben heute hier gesehen, dass es dazu unterschiedliche Auffassungen gibt - ist der Haushalt 2017, den wir nachher gleich beschließen, vorerst die Krönung. Ich freue mich und bin stolz darauf, dass ich ein Teil des Systems bin, das dazu beigetragen hat, so einen Haushalt aufzustellen.

(Lars Winter)

Ich habe mir heute die Debatte von jedem Redner und von jeder Rednerin angehört und pflichte meinem Fraktionsvorsitzenden bei: Heute wurde ganz deutlich, wer welche politischen Ansichten hat und welche Politik vertritt. Deshalb kann ich nur jedem empfehlen, die Aufzeichnungen des Offenen Kanals noch einmal anzusehen, um das zu unterscheiden. Gerade vor einer Wahl ist das eine gute Geschichte.

Ich jedenfalls bin froh und dankbar, dass ich zu dem Teil dieses Hauses gehöre.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir sind auch froh, dass das so ist! - Heiterkeit)

Meine werten Kolleginnen und Kollegen, in den letzten knapp fünf Jahren habe ich die Ehre erfahren dürfen, hier in diesem Hohen Haus meinen Wahlkreis zu vertreten. Ich durfte knapp fünf Jahre mit Ihnen allen debattieren, ja, auch streiten, aber immer in einem doch würdigen Rahmen. Ich durfte in diesen fünf Jahren viel lernen, was ich für meine nächste Aufgabe auch mitnehmen werde.

Ich danke Ihnen allen - wirklich allen! - für die tolle, erfüllende Zeit, die ich hier verbringen durfte. Ich wünsche dem Land und Ihnen eine gute Zukunft und sage hiermit für heute: Tschüs!

(Beifall)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor wir in die Abstimmung zum Haushalt 2017 eintreten, lasse ich über die weiteren Tagesordnungspunkte aus der gemeinsamen Beratung abstimmen.

Wir kommen zur Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 15, erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „Restrukturierungsfonds für von den Kommunen vorgehaltenen Wohnraum (REFUGIUM)“ und zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2016, Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/4935. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf, Drucksache 18/4935, dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 22, Antrag der Fraktion der FDP, „Bei der Umsetzung des Kommunalinvestitionsgesetzes nachsteuern“, Drucksache 18/4849. Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustim-

men. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 49, Infrastrukturbericht fortschreiben, Bericht der Landesregierung, Drucksache 18/4903. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 18/4903, dem Finanzausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, der hebe bitte die Hand. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 50, Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2015, Bericht des Finanzministeriums, Drucksache 18/4912. Es ist beantragt worden, den Bericht dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist so beschlossen.

Bevor wir die Abstimmungen zum Haushaltsentwurf 2017 beginnen, weise ich zum Ablauf darauf hin, dass zunächst - wie bereits in den vergangenen Jahren - die Änderungsanträge nach Stärke der Oppositionsfraktionen und dann die der Koalitionsfraktionen zur Abstimmung aufgerufen werden.

Weiter weise ich zur Klarstellung darauf hin, dass sich die Änderungsanträge der Fraktion der FDP auf die Gesetzentwürfe selbst, einschließlich der Nachschiebeliste, beziehen. Die Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und PIRATEN hingegen beziehen sich auf die Gesetzentwürfe in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung.

Die Fraktionen haben bereits im Vorfeld erklärt, ihre Anträge auf namentliche Abstimmung gegenseitig zu unterstützen. Das erforderliche Quorum nach § 63 Absatz 2 Satz 1 unserer Geschäftsordnung ist damit jeweils erfüllt, sodass ich das im Einzelnen an den Stellen nicht mehr aufzurufen brauche.

Wir treten jetzt in die Abstimmungen zum Haushalt ein, zunächst zum Gesetzentwurf der Landesregierung eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2017, Drucksache 18/4355, und zum Gesetzentwurf der Landesregierung eines Haushaltsbegleitgesetzes 2017, Drucksache 18/4356. Dazu gehören die Bericht- und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 18/4918, der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/4965, der Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Druck-

(Präsident Klaus Schlie)

sache 18/4966, und der Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/4967.

Ich rufe zunächst den Gesetzentwurf der Landesregierung, das Haushaltsbegleitgesetz, Drucksache 18/4356, auf. Es liegen Änderungsanträge der Fraktion der FDP aus der Drucksache 18/4966 auf den Seiten 36 bis 38 vor. Zunächst lasse ich auf Antrag der Fraktion der FDP einzeln über die Nummer 3 des Änderungsantrages zum Haushaltsbegleitgesetz, Einfügen eines neuen Artikel 14 „Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes“, abstimmen. Wer dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Dafür haben die Fraktionen von PIRATEN und FDP gestimmt. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der CDU. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann lasse ich auf Antrag der Fraktion der FDP einzeln über die Nummer 4 des Änderungsantrages zum Haushaltsbegleitgesetz, Einfügen eines neuen Artikel 15, „Änderung des Kindertagesstättengesetzes“, abstimmen. Wer dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von FDP und PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der CDU. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Nun lasse ich auf Antrag der Fraktion der FDP einzeln abstimmen über die Nummer 5 des Änderungsantrages zum Haushaltsbegleitgesetz, Einfügen eines neuen Artikel 16, „Änderung des Kommunalabgabengesetzes“. Wer dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der FDP und der Abgeordnete Torge Schmidt. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktion der CDU und die restlichen Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummern 1, 2, 6 und 7 zum Haushaltsbegleitgesetz, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist für Stimmenthaltung? - Das sind die Fraktionen von

CDU und PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW haben Einzelabstimmung über Artikel 5 Nummer 1 des Haushaltsbegleitgesetzes zur Finanzierung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen beantragt. Wer Artikel 5 Nummer 1 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen. Damit ist der Artikel 5 Nummer 1 angenommen.

Weiter wurde beantragt, gemeinsam über Artikel 13 bis 15, Änderungen des Landeswahlgesetzes, des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes sowie des Straßen- und Wegegesetzes, abzustimmen. Wer Artikel 13 bis 15 des Haushaltsbegleitgesetzes zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist ebenfalls einstimmig. Damit sind die Artikel 13 bis 15 angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2017. Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 18/4356, in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung, Drucksache 18/4918, im Übrigen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. Damit ist das Haushaltsbegleitgesetz 2017 angenommen.

Wir treten nunmehr in die Abstimmungen zum Haushaltsgesetz und zu den Einzelplänen ein.

Ich rufe den Einzelplan 01 - Landtag - auf und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU aus der Drucksache 18/4965, die laufenden Nummern 1 und 2. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/4967, auf. Wir kommen zur Einzelabstimmung über die Nummer 3 des Änderungsantrages, „Online-Sprechstunde der Bürgerbeauftragten“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? -

(Präsident Klaus Schlie)

Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN aus der Drucksache 18/4967, die laufenden Nummern 1 und 2, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW, die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu den Änderungsanträgen der Fraktion der PIRATEN zum Stellenplan des Einzelplan 01, laufende Nummern 1 bis 3, Titel 0103-422 01 bis 0103-428 01. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen. Damit sind die Änderungsanträge zum Stellenplan abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 01 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen. Damit ist der Einzelplan 01 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 02 - Landesrechnungshof - auf. Wer dem Einzelplan 02 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen. Ich danke Ihnen.

Ich rufe den Einzelplan 03 - Ministerpräsident, Staatskanzlei - auf. Zunächst rufe ich die Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 18/4965, die laufenden Nummern 3 bis 9, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP aus der Drucksache 18/4966, die laufenden Nummern 1 bis 8, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von CDU und PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN auf. Beantragt ist Einzelabstimmung über die Nummer 4 des Änderungsantrages „Repräsentationsmittel“.

Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu den Änderungsanträgen der CDU-Fraktion zum Stellenplan des Einzelplan 03, laufende Nummern 1 bis 9, Titel 0301-422 01 bis 0312-428 01. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge zum Stellenplan abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 03 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Damit ist der Einzelplan 03 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 04 - Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten - auf. Wir kommen zu den Änderungsanträgen der CDU-Fraktion, zunächst zur Einzelabstimmung über die Nummer 13 des Änderungsantrages „Institutionelle Förderung des Landessportverbandes und seiner Einrichtungen“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP sowie der Abgeordnete Torge Schmidt. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das ist die restliche Fraktion der PIRATEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der CDU, die laufenden Nummern 10 bis 12 und 14, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist die Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von FDP und PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wir kommen zu den Änderungsanträgen der Fraktion der FDP, zunächst zur Einzelabstimmung über die Nummer 18 des Änderungsantrages „Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist nur die Fraktion der

(Präsident Klaus Schlie)

FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von PIRATEN und CDU. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der FDP, die laufenden Nummern 9 bis 17 und 19 bis 22, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von PIRATEN und CDU. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wir kommen zu den Änderungsanträgen der Fraktion der PIRATEN, zunächst zur Einzelabstimmung über die Nummer 7 des Änderungsantrages „Förderung von Sprache und Erstorientierung“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen dann zur Einzelabstimmung über die Nummer 8 des Änderungsantrages „Vergabe von Mitteln zur Rechtsextremismusbekämpfung und Vorbeugung und Bekämpfung von religiösmotivtem Extremismus“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von PIRATEN und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der CDU. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN, die laufenden Nummern 5 und 6, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Auf Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW kommen wir zunächst zur Einzelabstimmung über Titel 0402-684 02, „Institutionelle Förderung des Landessportverbandes und seiner Einrichtungen“. Wer dem Titel zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD,

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW, der Abgeordnete Torge Schmidt von der Fraktion der PIRATEN und die Abgeordneten der Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimme. Wer enthält sich? - Das sind die übrigen Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Damit ist der Titel 0402-684 02 angenommen.

Wir kommen dann zur Einzelabstimmung über Titel 0402-893 01, „Investitionsmittel zur Förderung interkultureller Sportvereine“. Wer dem Titel zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Keiner. - Entschuldigung, Torge Schmidt ist dafür. Ich werde jetzt genauer darauf achten. Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion der CDU. Wer enthält sich? - Das sind die übrigen Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN und die FDP-Fraktion. Damit ist der Titel 0402-893 01 angenommen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung über Titel 0405-833 63 (TG 63), „Zuweisungen für Investitionen an Kreise und kreisfreie Städte - Katastrophenschutzfahrzeuge“. Wer dem Titel zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen. Damit ist der Titel 0405-833 63 (TG 63) angenommen.

Wir kommen jetzt zu dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Stellenplan des Einzelplan 04, laufende Nummern 10, Titel 0401-422 01. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Fraktion der FDP. Wer enthält sich?

(Volker Dornquast [CDU]: Die PIRATEN waren dafür!)

- Die gesamte Fraktion? - Die gesamte Fraktion der PIRATEN war dafür. Damit ist der Änderungsantrag zum Stellenplan abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP zum Stellenplan des Einzelplan 04. Wer der Änderung zu dem Titel 0410-422 01 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Fraktion der PIRATEN. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion. Da-

(Präsident Klaus Schlie)

mit ist der Änderungsantrag zum Stellenplan abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu den Änderungsanträgen der Fraktion der PIRATEN zum Stellenplan des Einzelplan 04, laufende Nummern 4 bis 7. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von PIRATEN und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Abgeordneten der CDU-Fraktion. Damit sind die Änderungsanträge zum Stellenplan abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 04 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung im Übrigen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Damit ist der Einzelplan 04 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 05 - Finanzministerium - und dort die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, die laufenden Nummern 15 und 16, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, die laufenden Nummern 23 bis 39, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von PIRATEN und CDU. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 05 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Damit ist der Einzelplan 05 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 06 - Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie - und hierzu die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, die laufenden Nummern 17 bis 25, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

NIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP auf. Wir kommen zunächst zur Einzelabstimmung über die Nummer 54, „An den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein für Investitionen“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von CDU und PIRATEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Einzelabstimmung über Nummer 56, „Investitionszuweisung an die Kommunen als Ausgleich zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der FDP und der Abgeordnete Torge Schmidt. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der CDU und die restlichen Abgeordneten der Piratenfraktion. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der FDP, die laufenden Nummern 40 bis 53 und 55, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von CDU und PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN auf. Die Fraktion der PIRATEN hat mit dem Änderungsantrag zu Titel 0614-533 01, „An die Hamburger Verkehrsverbund GmbH“, namentliche Abstimmung beantragt. Ich rufe daher zur namentlichen Abstimmung den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/4967 Nummer 27, auf und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der namentlichen Abstimmung zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)¹

Ich gebe das Ergebnis bekannt: 33 Abgeordnete haben zugestimmt, 35 Abgeordnete haben diesen An-

¹Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 1 bei

(Präsident Klaus Schlie)

trag abgelehnt. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN auf, die laufenden Nummern 9 bis 26 und 28 bis 29. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 06 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen der PIRATEN, der CDU und der FDP. Damit ist der Einzelplan 06 in der Ausschussfassung angenommen.

Ich rufe Einzelplan 07 auf - Ministerium für Schule und Berufsbildung.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der CDU auf, die laufenden Nummern 26 bis 35. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Einzelabstimmung aus dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf. Ich lasse zunächst über die Nummer 68 abstimmen, Einfügen eines neuen Titels „Schulinvestitionsprogramm“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von CDU und PIRATEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Einzelabstimmung über die Nummer 71, Neue Maßnahmengruppe „Gewinnung von Sonderpädagogen zur Umsetzung der Inklusion an allgemeinbildenden Schulen“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der FDP mit den laufenden Nummern 57 bis 67, 69 und 70 sowie 72 bis 75 auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von PIRATEN und CDU. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN auf, die laufenden Nummern 30 und 31. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von PIRATEN und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der CDU. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu den Änderungsanträgen der Fraktion der CDU zum Stellenplan des Einzelplans 07, laufende Nummern 11 bis 15, Titel 0712-422 01 bis 0716-422 01. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge zum Stellenplan abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu den Änderungsanträgen der FDP-Fraktion zum Stellenplan des Einzelplans 07. Wer den Änderungsanträgen mit den Titeln 0710 - neue Maßnahmengruppe 24 - und 0711-422 01 sowie 0715-422 01 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge zum Stellenplan abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 07 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Damit ist der Einzelplan 07 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 09 - Ministerium für Justiz, Kultur und Europa - auf.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der CDU auf. Zunächst Einzelabstimmung über die Nummer 38, Bezüge und Nebenleistungen der plan-

(Präsident Klaus Schlie)

mäßigen Beamtinnen und Beamten. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Zunächst Einzelabstimmung über Nummer 40, Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der CDU mit den laufenden Nummern 36, 37, 39 sowie 41 bis 45 auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP auf, die laufenden Nummern 75 bis 97. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von PIRATEN und CDU. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN auf, die laufenden Nummern 32 und 33. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der PIRATEN.

(Zurufe FDP)

- Und die Fraktion der FDP, Pardon! Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der CDU. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Auf Antrag der Fraktion von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW führen wir eine Einzelabstimmung über Titel 0940-684 05 im Zusammenhang mit einem Landesbibliotheksgesetz durch. Wer dem Titel zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind

² Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 2 bei

die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der FDP. Damit ist der Titel 0940-684 05 angenommen.

Wir kommen jetzt zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Stellenplan des Einzelplans 09, laufende Nummer 16, Titel 0908-422 01. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Damit ist der Änderungsantrag zum Stellenplan abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu den Änderungsanträgen der FDP-Fraktion zum Stellenplan des Einzelplans 09. Wer den Änderungen zu den Titeln 0902-422 01 bis 0908-422 01- das sind die Seiten 34 und 35 des Änderungsantrages - zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von PIRATEN und CDU. Damit sind die Änderungsanträge zum Stellenplan abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 09 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung im Übrigen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Damit ist der Einzelplan 09 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 10 - Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung - auf.

Die Fraktion der CDU hat mit ihrem Änderungsantrag zu Nummer 72, Erstattung für den Eigenanteil an Mittagessen in den Kindertagesstätten, namentliche Abstimmung beantragt.

Ich bitte die Schriftführungen, mit der namentlichen Abstimmung zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)²

Meine Damen und Herren, ich habe diesmal selbst mitgezählt.

(Heiterkeit und Beifall)

(Präsident Klaus Schlie)

33 Abgeordnete haben zugestimmt, 35 Abgeordnete haben abgelehnt. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Zunächst Einzelabstimmung über die Nummer 81 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Zuschüsse für den Neubau und die Sanierung von Wohnheimen und Wohnungen für Studierende. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktionen der CDU mit den laufenden Nummern 46 bis 71 sowie 73 bis 80 auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von PIRATEN und FDP. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Einzelabstimmung aus dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP über die Nummer 119 zur Finanzierung von Krankenhausbaumaßnahmen zum beschleunigten Abbau des Investitionsstaus an Krankenhäusern in Schleswig-Holstein auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von PIRATEN und CDU. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der FDP auf, die laufenden Nummern 98 bis 118 sowie 120 bis 156. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von PIRATEN und CDU. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Einzelabstimmung über Nummer 34, Kostenerstattung nach § 25b Kindertagesstättengesetz, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von PIRATEN und CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? -

Das ist die Fraktion der FDP. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann kommen wir zur Einzelabstimmung zu Nummer 35, Abrufbarkeit von Vorlesungen über das Internet. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von PIRATEN und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der CDU. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Auf Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW kommen wir zur Einzelabstimmung über Titel 1004-684 02, Zuschüsse für ergänzende Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegeinfrastruktur an Wohlfahrtsverbände pp. Koordinierungsstelle ehrenamtliche Hospizarbeit. Wer dem Titel zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie die Fraktionen von CDU und PIRATEN. Wer ist dagegen? - Keiner. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der FDP. Damit ist der Titel 1004-684 02 angenommen.

Einzelabstimmung über Titel 1004-893 01, Zuschüsse für Investitionen zur Verbesserung der Hospizversorgung. Wer dem Titel zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen. Damit ist der Titel 1004-893 01 angenommen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung über Titel 1007-671 01, Kostenerstattungen nach § 25 b Kindertagesstättengesetz, Kita-Geld. Wer dem Titel zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von PIRATEN und CDU. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der FDP. Damit ist der Titel 1007-671 01 angenommen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung über Titel 1008-547 02, Aktionsplan Echte Vielfalt. Wer dem Titel zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie die Fraktion der PIRATEN.

(Zurufe)

- Die FDP auch dafür?

(Zurufe)

(Präsident Klaus Schlie)

Dagegen? - Das ist die Fraktion der CDU. Damit ist der Titel angenommen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung über Titel 1008-684 13, Bildungs- und Antidiskriminierungsprojekte von HAKI e.V. und der Beratungsstelle NaSowas. Wer dem Titel zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW sowie die Fraktionen von PIRATEN und FDP. Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion der CDU. Damit ist der Titel 1008-684 13 angenommen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung über Titel 1012-633 07, Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte für frühe Hilfen für Familien. Wer dem Titel zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen. Damit ist der Titel 1012-633 07 angenommen.

Einzelabstimmung über Titel 1012-684 18, Förderung des PETZE-Instituts für Gewaltprävention. Wer dem Titel zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen. Damit ist der Titel 1012-684 18 angenommen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung über Titel 1012-685 01, Ferienwerk Schleswig-Holstein. Wer dem Titel zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW, die Fraktionen von FDP und PIRATEN. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der CDU. Damit ist der Titel 1012-685 01 angenommen.

Wir kommen jetzt zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Stellenplan des Einzelplans 10. Wer der Änderung, Nummer 17 zu Titel 1012-428 01, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Damit ist der Änderungsantrag zum Stellenplan abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 10 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung im Übrigen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Damit ist der Einzelplan 10 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 11 - Allgemeine Finanzverwaltung - auf.

Zunächst kommen wir zur Einzelabstimmung über die Nummer 85 des Änderungsantrages der Fraktion der CDU, Planungskosten für Infrastrukturmaßnahmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und der FDP.

(Zurufe)

- Herr Abgeordneter Kubicki, würden Sie solange warten, bis ich es aufgerufen habe, worüber Sie abstimmen möchten? Die FDP-Fraktion enthält sich. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Torge Schmidt [PIRATEN]: Wir enthalten uns auch!)

- Und die Fraktion der PIRATEN enthält sich jetzt auch. Oder ich habe es übersehen? - Pardon.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der CDU mit den laufenden Nummern 82 bis 84 sowie 86 und 87 auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind alle Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Zunächst Einzelabstimmung über die Nummer 159 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP, Ausgleichsmittel an die Kommunen für die Deckelung der Elternbeiträge für die Kitas. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von FDP und PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Die Fraktion der CDU. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, die laufenden Nummern 157 und 158 sowie 160 bis 162, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie die CDU-Fraktion. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe in Einzelabstimmung den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, laufende Nummer 38, „Globale Mehrausgabe für Personalausgaben“, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzei-

(Präsident Klaus Schlie)

chen. - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe in Einzelabstimmung den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, laufende Nummer 39, „Nettotilgung“, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der PIRATEN und der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der FDP. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe auf die Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN, laufende Nummern 36 und 37. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen von PIRATEN und CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Die FDP-Fraktion. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Auf Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Einzelabstimmung über Titel 1102-633 10, Zuweisungen an die Kreise und kreisfreien Städte für die Sprachbildung sowie zur Förderung von Regional- und Minderheitensprachen in Kindertageseinrichtungen. Wer dem Titel zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Keiner. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Damit ist der Titel 1102-633 10 angenommen.

Wer dem Einzelplan 11 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung im Übrigen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Damit ist der Einzelplan 11 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 12, Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes, auf.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, die laufenden Nummern 88 bis 91, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW.

Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von PIRATEN und FDP. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 12 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU und PIRATEN. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der FDP. Damit ist der Einzelplan 12 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 13, Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, auf.

Zunächst Einzelabstimmung über die Nummer 94 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Entschädigung für Ertragsausfälle bei Imkern. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Fraktion der PIRATEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, die laufenden Nummern 92 und 93 sowie 95 bis 102, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von PIRATEN und FDP. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, die laufenden Nummern 163 bis 203, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von PIRATEN und CDU. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN, die laufenden Nummern 40 bis 50, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW, der CDU und der FDP. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Weiter wurde beantragt, gemeinsam über Titel 1313-422 01, 1313-547 72, 1313-811 72 und

(Präsident Klaus Schlie)

1313-812 72, die die „Integrierte Station Eutin“ betreffen, abzustimmen. Wer diesen Titeln zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Damit sind die vorgenannten Titel angenommen.

Wer dem Einzelplan 13 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung im Übrigen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Damit ist der Einzelplan 13 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 14, Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Organisation, auf.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, laufende Nummern 103 und 104, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der FDP, die laufende Nummer 204, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Piratenfraktion, laufende Nummern 51 bis 59, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 14 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Damit ist der Einzelplan 14 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 15, Landesverfassungsgericht, auf.

Änderungsanträge liegen nicht vor. Wer dem Einzelplan 15 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen. Damit ist der Einzelplan 15 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 16, InfrastrukturModernisierungsprogramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030), auf.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, laufende Nummer 105, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 16 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Damit ist der Einzelplan 16 angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Feststellung eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2017. Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz liegen nicht vor. Nach den Abstimmungen über die Einzelpläne kommen wir nun zur Feststellung des Haushaltsplans und zur Schlussabstimmung.

Ich stelle für das Haushaltsjahr 2017 fest: Das Haushaltsvolumen in § 1 beträgt 14.416.979.100 €. Die Verpflichtungsermächtigungen in § 1 betragen 1.108.694.000 €. Die Kreditermächtigung in § 2 beträgt 3.049.067.000 €.

Bevor wir zur Schlussabstimmung über den Gesamthaushalt kommen, frage ich, wer dem Entwurf eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2017 in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Das Haushaltsgesetz 2017 ist angenommen.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Schlussabstimmung insgesamt. Wer dem Haushaltsgesetz 2017, dem Gesamtplan und den Einzelplänen in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das

(Präsident Klaus Schlie)

Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Damit ist der Haushalt 2017 angenommen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Schülerinnen und Schüler der Theodor-Storm-Dörfergemeinschaftsschule in Todenbüttel und Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Integrationskurses der Volkshochschule Kiel. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Jugendförderungsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/4938

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 18/4938 dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer will dem zustimmen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 17 auf:

Wahl der Vizepräsidentin beziehungsweise des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein

Wahlvorschlag der Landesregierung
Drucksache 18/4861

Dazu begrüße ich Herrn Bernt Wollesen auf der Tribüne. Meine Damen und Herren, eine Aussprache dazu ist nicht vorgesehen. Der Abgeordnete Dr. Breyer hat für die Piratenfraktion darum gebeten, eine persönliche Erklärung abzugeben.

(Unruhe)

- Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielleicht dürfte ich um Ihre Aufmerksamkeit bitten. - Sehr geehrter Herr Dr. Breyer, ich möchte Sie inständig darum bitten zu überlegen, ob Sie diese persönliche Erklärung, die Sie schon im weiten Vorfeld vor dem Aufrufen dieses Tagesordnungspunk-

tes per Presseerklärung abgegeben haben, in diesem Hause tatsächlich wiederholen wollen oder ob Sie die Gelegenheit nutzen wollen, sich in Ihrer persönlichen Erklärung in förmlicher Weise dafür zu entschuldigen, was in dieser Pressemitteilung steht. Sie haben dazu die Chance.

(Vereinzelter Beifall - Unruhe)

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gilt das gesprochene Wort. Das gilt auch für die **Begründung des Abstimmungsverhaltens** meiner Fraktion zu diesem Punkt.

Meine Fraktion stimmt gegen die Wahl von Herrn Wollesen, weil wir nicht überzeugt sind, dass er für diese Position am besten qualifiziert ist oder dass man auch nur versucht hat, die Person mit der besten Qualifikation zu finden.

Der Landesrechnungshof soll die Haushaltsführung der Landesregierung kontrollieren. Er ist ein wichtiges Kontrollorgan der Politik. Die Qualifikation und Unabhängigkeit seiner Mitglieder sind deswegen so wichtig, weil es darum geht, unser Steuergeld bestmöglich einzusetzen und es nicht zu verschwenden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Deshalb fliegen Sie auch aus dem Landtag! - Unruhe)

Wir PIRATEN halten eine **öffentliche Ausschreibung** solcher Positionen für nötig, um den besten Interessenten überhaupt eine Chance zu geben, sich zu melden und ins Gespräch zu bringen. Aus meiner Sicht ist zum Beispiel für eine Führungsposition am Landesrechnungshof geeigneter, wer schon länger Mitglied dieser Institution gewesen ist.

Nach einem Bericht der „Kieler Nachrichten“ vom 23. September haben hier aber die Vorsitzenden von SPD und CDU ein Personalpaket geschnürt, das unter anderem vorsieht, ein FDP-Mitglied zum Abteilungsleiter im Landesrechnungshof zu wählen, dem Herr Dr. Stegner zuvor noch mangelnde Kompetenz vorgeworfen hatte, Herrn Wollesen als langjähriges SPD-Mitglied und persönlichen Freund von Herrn Dr. Stegner aus dem Finanzministerium direkt an die Spitze des Landesrechnungshofs zum Vizepräsidenten zu wählen, und die CDU soll den Vorschlag zum nächsten Präsidenten des Landesverfassungsgerichts unterbreiten dürfen.

(Anhaltende Unruhe)

Wir wollen nicht sagen, dass Herr Wollesen für dieses Amt ungeeignet wäre.

(Dr. Patrick Breyer)

(Zurufe: Haben Sie aber! Unverschämt!)

Wohl aber stellen wir infrage, dass hier die fachlich beste Person ohne Rücksicht auf Parteienproporz ausgewählt worden ist.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie sagen jetzt am besten gar nichts mehr, Herr Kollege! - Anhaltende Unruhe)

Die höchsten Ämter in unserem Land auf diese Art und Weise untereinander aufzuteilen, das lehnen wir PIRATEN ab.

Im Hinblick auf die vorangegangene Debatte sage ich noch eines: So gewinnen wir keine Bürger zurück, die das Vertrauen in die Politik verloren haben und vielleicht zu Rechtspopulisten abgewandert sind. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN - Anhaltende Unruhe)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, eine Erklärung zur Abstimmung ist mit einer Dauer von 3 Minuten in unserer Geschäftsordnung vorgesehen. Ich halte dies für keine Erklärung, die ausschließlich zur Abstimmung erfolgt ist, sondern für eine Bewertung der Person, um die es geht. Ich beziehe das ein, was im Vorfeld des Aufrufens dieses Tagesordnungspunktes schriftlich von Ihnen mitgeteilt worden ist. Ich erteile Ihnen dafür einen Ordnungsruf, Herr Abgeordneter Dr. Breyer.

Ich finde dieses Verhalten diesem Hause gegenüber und vor allen Dingen auch gegenüber der Person in höchstem Maße unwürdig. Sie beschädigen hier Persönlichkeitsrechte. Ich kann überhaupt nicht verstehen, dass Sie nicht Chance genutzt haben, sich hier öffentlich zu entschuldigen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen, auch geschäftsmäßig nicht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich will jetzt auch eine persönliche Erklärung zum Abstimmungsverhalten abgeben! - Unruhe)

- Wenn das notwendig ist, ist es natürlich möglich, Herr Abgeordneter Kubicki, aber ich würde einmal sagen: Wir haben deutlich gemacht, wie wir das alle gemeinsam überwiegend beurteilen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich lasse nun über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür eine offene Abstimmung vor. Gibt es dazu Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Ich weise darauf hin, dass für die Wahl die Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Hauses erforderlich ist.

Wer dem Wahlvorschlag, Drucksache 18/4861, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN bis auf den Abgeordneten Torge Schmidt.

(Unruhe)

Herr Abgeordneter Schmidt, ich frage jetzt nach den Enthaltungen. - Der Abgeordnete Torge Schmidt enthält sich. - Mit Ja haben 62 Abgeordnete gestimmt, es gibt eine Enthaltung und fünf Neinstimmen. Ich stelle fest, dass die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Annahme erreicht ist.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Damit ist der vorgeschlagene Vizepräsident gewählt. - Herr Wollesen, ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei der Wahrnehmung Ihrer Aufgaben. Da es der Abgeordnete nicht getan hat, entschuldige ich mich im Namen des Hauses bei Ihnen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Nun dürfte mein Vizepräsident mich ablösen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Loben wir mal den Präsidenten! - Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW - Unruhe)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

Wahl der Mitglieder für die 16. Bundesversammlung am 12. Februar 2017

Wahlvorschlag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/4927 (neu)

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/4939

Wahlvorschlag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4953

Wahlvorschlag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/4955

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat insgesamt 23 Delegierte für die Bundesversammlung am 12. Februar 2017 zu wählen. Für die Abstimmung schlage ich Ihnen offene Abstimmung vor. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Ich weise darauf hin, dass nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung jede und jeder Abgeordnete nur eine Stimme hat. Heute sind 68 Abgeordnete anwesend. Wir werden jetzt mit der Abstimmung beginnen.

Ich rufe zunächst den Wahlvorschlag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/4927 (neu), auf. Wer diesem Wahlvorschlag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. - Es hat keine Abweichung gegeben. Das waren sämtliche Abgeordnete von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW.

Ich rufe den Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/4939, auf. Wer diesem Wahlvorschlag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind sämtliche Abgeordnete der CDU außer der Abgeordneten Franzen, die heute erkrankt ist.

Ich rufe jetzt den Wahlvorschlag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/4953, auf. Wer dem Wahlvorschlag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind sämtliche Abgeordnete der FDP-Fraktion.

Ich rufe jetzt den Wahlvorschlag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/4955, auf. Wer diesem Wahlvorschlag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind sämtliche Abgeordnete der Fraktion der PIRATEN.

Ich lese noch einmal vor, was das in Stimmen bedeutet: Der Vorschlag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW hat 35 Stimmen bekommen, der Wahlvorschlag der CDU 21 Stimmen, der Wahlvorschlag der Fraktion der FDP 6 Stimmen, der Wahlvorschlag der Fraktion der PIRATEN ebenfalls 6 Stimmen.

Damit sind die insgesamt 23 schleswig-holsteinischen Mitglieder der Bundesversammlung gewählt. Entsprechend den Vorschlägen der Fraktionen nehmen zwölf Mitglieder der Koalitionsfraktionen, sieben der CDU-Fraktion und je zwei Mitglieder von

der FDP-Fraktion und der Piratenfraktion am 12. Februar 2017 an der Bundesversammlung teil.

Noch eine abschließende Bemerkung: Ich bitte die Abgeordneten, die jetzt gewählt worden sind, das Formular der Annahmeerklärung, das sie bereits erhalten haben, zu unterschreiben und beim Saaldienst abzugeben, falls noch nicht geschehen.

Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Selbstverständlich kann der Herr Abgeordnete Kubicki, der gewünscht hat, eine persönliche Erklärung abzugeben, diese abgeben. Ich habe bei der Übernahme eben nicht gleich gesehen, dass mein Vorgängerpräsident Ihnen das bereits eingeräumt hat. - Bitte, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Heiterkeit - Anita Klahn [FDP]: Das ist aber großzügig! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist sehr höflich formuliert!)

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Ich glaube nicht, dass es Ihr Vorgängerpräsident war. Es war der Präsident, und Sie haben nur die Sitzungsleitung übernommen, wenn ich das einmal sagen darf.

(Heiterkeit - Beifall FDP und CDU)

Es geht um den Debattenbeitrag, den ich in rationaler Emotionalität während der Haushaltsdebatte geleistet habe. Wir haben abgestimmt, damit wir den Gesetzentwurf zur Änderung des Jugendförderungsgesetzes auf den Weg bringen können.

Ich habe während meines Beitrages unter Hinweis darauf, dass Recht unteilbar ist und es keine legitimen Gründe gibt, Straftaten zu begehen, auch auf den Kollegen Andresen abgestellt und ihn

(Serpil Midyatli [SPD]: Weil ich Sie aufgeregt habe!)

- ich komme gleich dazu! - der Beteiligung oder Aufforderung zu Straftaten im Rahmen des Schotterns bezichtigt.

Als ich zu meinem Platz zurückkehrte, hat mich mein sehr dynamischer Vertreter im Fraktionsvorsitz, Christopher Vogt, darauf hingewiesen, dass ich mich in der Person geirrt hätte. Es sei Björn Thoree gewesen und nicht Rasmus Andresen, was mich deshalb betrübt, weil ich die Verwechslung schon schlimm finde.

(Wolfgang Kubicki)

(Serpil Midyatli [SPD]: Das stimmt! - Heiterkeit - Beifall)

Unabhängig davon habe ich mich bei ihm sofort telefonisch entschuldigt, vor allen Dingen, weil ich ihn auch mag. Wir sind uns in den letzten Jahren doch nähergekommen, ohne dass das jemand weiß.

(Zurufe: Oh, oh!)

Ich möchte das öffentlich wiederholen: Bedauerlicherweise kann ich mich bei ihm nur halb entschuldigen.

Als ich auf meinen Platz zurückkehrte, sprang mir der Kollege Koch in seiner ihm eigenen Art sofort zur Seite, um zu erklären, es gebe Hinweise darauf, dass meine Aussage vielleicht doch richtig sei, und zwar aus dem Jahr 2011.

(Zuruf SPD: Hat er eine Excel-Tabelle gemacht?)

- Nein, mit einer Mitteilung des Kollegen Magnusen! Ich habe das überprüft und festgestellt, ich brauche den Kollegen Koch gar nicht, denn der Kollege Andresen war Unterzeichner eines Aufrufs.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Schlimme ist, dass - -

(Serpil Midyatli [SPD]: Jetzt muss Herr Magnusen kommen!)

- Noch einmal: Er ist Unterzeichner eines Aufrufes mit der Erklärung

(Zuruf SPD)

- das Schöne ist, dass man im Netz alles nachlesen kann -:

„Auch wenn die Aktion ‚Castor Schottern!‘ einen Übertritt der bestehenden Gesetze darstellt, ist die Aktionsform legitim.“

Ich weiß, dass er diesen Satz so heute nicht wiederholen würde. Deswegen entschuldige ich mich halb. Aber es ist so, dass mich meine Erinnerung trotz meines Alters nicht ganz getäuscht hat, dass tatsächlich - so würde ich als Strafrichter sagen - eine psychische Beihilfehandlung darin liegt, dass er eine solche Aktion für legitim erklärt.

Alle Strafgerichte, die sich damit befasst haben, haben das für eine Straftat erklärt. Es gibt auch in der Literatur niemanden, der Schottern für eine legale und legitime Aktionsform hält. Also eine halbe Entschuldigung, lieber Rasmus Andresen! Ich hoffe, damit können wir beide leben. - Herzlichen Dank.

(Sandra Redmann [SPD]: Das macht es noch schlimmer!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 auf:

Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Landesarbeitsgerichts Schleswig-Holstein in Kiel

Wahlvorschlag des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 18/4937

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür eine offene Abstimmung vor. - Widerspruch sehe ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Ich weise darauf hin, dass für die Wahl die Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich ist.

Wer dem Wahlvorschlag mit der Drucksachennummer 18/4937 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. - Das ist einstimmig.

(Beifall)

Ich stelle fest, dass die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Annahme erreicht ist. Damit ist die vorgeschlagene Präsidentin gewählt. Ich wünsche der Frau Präsidentin viel Erfolg bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

Reform der Zuweisung von Geldauflagen in Strafsachen

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/4823 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Patrick Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Bergpredigt lesen wir:

(Dr. Patrick Breyer)

„Wenn du aber Almosen gibst, so lass deine linke Hand nicht wissen, was die rechte tut, ob dass dein Almosen verborgen sei.“

Was für Privatpersonen schicklich ist, weckt im Fall des Staates Misstrauen, wenn er Almosen mit dem Geld anderer Leute gibt. Unter Überschriften wie „Millionen im Namen des Volkes“ oder „Mäzene in Roben“ wird seit Jahren diskutiert, ob die **freihändige Zuweisung von Geldauflagen aus Strafverfahren** durch Richter und Staatsanwälte an gemeinnützige Organisationen noch zeitgemäß ist. Im vergangenen Jahr wurden auf diese Art und Weise über 2,5 Millionen € in unserem Land Schleswig-Holstein verteilt.

Dieses System wird zu Recht dafür kritisiert, dass es die Möglichkeit einer einseitigen Bevorzugung einzelner Organisationen oder einer Auswahl nach persönlichen Vorlieben oder Interessen der Entscheider nicht ausschließt, zum Beispiel an bestimmte Kindergärten oder Sportvereine, an denen man aus diesem oder jenem Grund ein Interesse hat.

In Hamburg und in Nordrhein-Westfalen haben einzelne **Missbrauchsfälle zu Reformen** geführt. Bei uns ist bisher kein Missbrauch bekannt. Wir wollen auch keinen Generalverdacht über unsere Justiz aussprechen,

(Zuruf Lars Harms [SSW])

aber wir sollten dafür sorgen - Herr Kollege Harms! -, dass das auch so bleibt.

Zum Schutz des öffentlichen Vertrauens in unsere öffentlichen Justiz muss jeder Anschein verhindert werden, dass Richter oder Staatsanwälte bei der Zuweisung von Geldauflagen private oder familiäre Interessen verfolgen können.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das machen Sie gerade!)

Wer solchem Missbrauch nicht vorbeugt - Herr Kubicki! -, riskiert das Ansehen der Justiz.

Es kommt hinzu - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist völliger Bullshit! - Uli König [PIRATEN]: Das sagt der Richtige! - Weitere Zurufe)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Danke schön. - Es kommt hinzu, dass auch nicht sichergestellt ist, dass das Geld wirklich dem guten Zweck zugutekommt und nicht etwa in hohe Gehälter bei solchen Organisationen oder in Bußgeldmarketing fließt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was ist das denn?)

Es kommt hinzu, dass es für gemeinnützige Organisationen schwierig ist, mit solchen Einzelzuweisungen zu kalkulieren,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das gilt für staatliche Zuweisungen auch!)

die in einem Jahr kommen und im nächsten Jahr nicht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das sollen sie auch gar nicht!)

Die gute Nachricht ist: Wir können hier für mehr Transparenz und Verteilungsgerechtigkeit sorgen.

Unser Reformvorschlag sieht eine **öffentliche Kontrolle** von solchen Zuwendungen und der Verwendung dieser Mittel in den gemeinnützigen Organisationen vor. Das muss kontrolliert werden. Wir schlagen eine bessere Erreichung des gemeinnützigen Zwecks vor, indem wir die Verwaltungskosten begrenzen, die solche Organisationen in Rechnung stellen dürfen, und indem wir für unseren Landesrechnungshof ein **Prüfungsrecht** vorsehen, sodass er die Verwendung der entsprechenden Mittel bei den Organisationen überprüfen kann. Wir schlagen vor, schon den Anschein der Interessenkollision auszuschließen, indem Zuwendungen an Einrichtungen ausgeschlossen werden, in denen die Entscheider selbst oder Angehörige Mitglied sind.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir schlagen eine gerechtere Verteilung von Geldauflagen vor, indem man einen Sammelfonds einrichtet, wie es ihn in Hamburg oder Berlin bereits gibt, und wo ein Gremium, aus mehreren Personen bestehend, kontinuierlicher gemeinnützige Arbeit und Projekte fördern kann, als das Einzelpersonen können.

Das heißt, Gericht und Staatsanwaltschaften sollen künftig den gemeinnützigen Zweck festlegen können, für den zu zahlen ist. Ich habe Ihre Rede schon gelesen, Herr Kollege Rother, deswegen kann ich gleich darauf eingehen. Man kann natürlich weiterhin festlegen, dass das dem Opferschutz oder der Kinderhilfe oder dem Tierschutz zugutekommen

(Dr. Patrick Breyer)

soll. Das soll weiter möglich sein, nicht aber die konkrete Organisation. Das soll ein mehrköpfiges Gremium über einen Sammelfonds entscheiden.

Sicherlich, verbindlich machen kann man einen solchen **Sammelfonds** nur durch eine Bundesratsinitiative, die wir heute beantragen. Ein freiwilliges Angebot solcher Sammelfonds, die man übrigens gemeinsam mit Hamburg einrichten könnte,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Bundesweit vielleicht!)

wird schon genutzt, wie wir in Hamburg sehen.

Der Philosoph Francis Bacon hatte sicherlich recht, als er sagte:

„Geld ist wie Dung, nicht gut außer wenn es verteilt wird.“

Aber genau wie bei einem Acker ist die richtige Verteilung -

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Schluss!

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

- von finanziellen Mitteln eine Kunst, um sicherzustellen, dass kein Acker verdorrt und auch keiner zur Jauchegrube wird. Deswegen lassen Sie uns das Vertrauen sichern, indem wir beim Geldsegen der Justiz für mehr Transparenz und Verteilungsgerechtigkeit sorgen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Einen solchen Unsinn habe ich in meinem Leben noch nicht gehört!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Barbara Ostmeier das Wort.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion der PIRATEN möchte mit ihrem Antrag die Zuweisung von Geldauflagen in Strafsachen reformieren. Den dringenden Reformbedarf begründen Sie mit einer Gefährdung des öffentlichen Vertrauens in Gerichte und Staatsanwaltschaften. Mit Begrifflichkeiten wie „Korruptionsprävention“ sind Sie es, die ein Licht auf unsere Staatsanwaltschaften und Gerichte werfen, das sie nicht verdient haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Herrn Breyer selbst!)

Da helfen auch philosophische Zitate nicht weiter. Sie versuchen damit, Ihrem Antrag, der in eine Bundesratsinitiative münden soll, besonderes politisches Gewicht und eine besondere Dringlichkeit zu verleihen.

Um es bereits an dieser Stelle ganz deutlich zu sagen: Dieses Misstrauen teile ich ganz und gar nicht.

(Beifall CDU)

Diese Unterstellung lässt sich auch mit Ihrem eigenen Antrag nicht belegen, wenn Sie selbst, Herr Dr. Breyer, bereits einschränkend von einzelnen zweifelhaften Geldauflagen sprechen.

Ja, Herr Dr. Breyer, eine Kleine Anfrage hat offengelegt, dass zwei Landgerichte im Zeitraum von 2013 bis 2015 entgegen der Ausführungsvorschriften des Justizministeriums die Zuweisungen von Geldauflagen nicht vollständig erfasst haben. Dazu heißt es in der Beantwortung der Kleinen Anfrage aber auch, dass der Fehler eingestanden ist und nunmehr behoben werden soll.

(Wortmeldung Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Kollegin - -

Barbara Ostmeier [CDU]:

Nein! - Ein Versäumnis? Sicherlich. Deshalb ist es richtig, dass der Landesrechnungshof eine entsprechende Prüfung vornimmt und diese Überprüfung schon vor Beantwortung der Kleinen Anfrage begonnen hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Fakt ist, dass die Geldauflage neben Bußgeld oder Geldstrafe die häufigste Variante darstellt. Richtig ist auch, dass regionale Einrichtungen vermehrt um diese Mittel werben und der **Wettbewerb** zugenommen hat. Gemeinnützige Organisationen nutzen dabei unterschiedliche Wege, sie werben online um Geldauflagen oder suchen gar den direkten Weg zu Richtern und Staatsanwälten, um um aktive Unterstützung für ihre Projekte zu bitten.

Wir dürfen dabei nicht verkennen, dass sich durch erhöhte Tagessätze und die Zunahme von Verfahrenseinstellungen gegen Geldauflagen die **absoluten Summen aus Geldauflagen** durch Gerichte und Staatsanwaltschaften voraussichtlich beträcht-

(Barbara Ostmeier)

lich erhöhen werden. Das birgt Risiken und Fehleranfälligkeiten. Zusätzliche Angaben können als Grundlage für eine Risikoanalyse und als Entscheidungsgrundlage für Staatsanwälte und Richter dienen.

Einig sind wir uns darin, dass wir eine nachvollziehbare Zuweisungspraxis brauchen, wenn Organisationen auf staatliche Veranlassung hin Geldmittel erhalten. Die Beantwortung der Kleinen Anfrage der PIRATEN weist durchaus **Lücken in der Erfassungspraxis** auf. Um kalkulierbare Zuwendungen geht es dabei allerdings nicht. Der Landesrechnungshof hat ja auch bereits mit einer Prüfung begonnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns im Ausschuss darüber beraten, wie wir in Schleswig-Holstein die Risikoanalyse und die statistische Erfassung verbessern können. Ob die Einrichtung von Sammelfonds die bessere Lösung im Vergleich zur bisherigen Praxis ist, vermag ich nicht zu sehen. Nicht immer ist der Systemwechsel allein schon ein Mehrwert. Lassen Sie uns den Prüfbericht des Landesrechnungshofs abwarten, das Justizministerium und die Betroffenen in Schleswig-Holstein dazu hören, um uns ein eigenes Bild von der Situation zu machen.

Herr Dr. Breyer, ich würde mich freuen, wenn Sie darauf verzichten könnten, pauschal Berufsgruppen unter Verdacht zu stellen, vorliegend unsere Richter und Staatsanwälte.

(Zuruf Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

- Das haben Sie mit der Wortwahl und Ihrer Begründung getan.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Thomas Rother das Wort.

Thomas Rother [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe wenige Kolleginnen und Kollegen!

(Heiterkeit)

Manchmal ist es so, dass die PIRATEN Probleme entdecken, von denen außer ihnen bislang niemand etwas gewusst oder als Problem wahrgenommen hat.

Auch die Beantwortung der Kleinen Anfrage des Kollegen Dr. Breyer durch die Landesregierung - es

ist gerade darauf hingewiesen worden - lässt im Ergebnis nicht erkennen, dass es bei den **Geldauflagen in Strafverfahren zugunsten gemeinnütziger Einrichtungen** Anhaltspunkte für Unregelmäßigkeiten gibt oder gar Handlungsbedarf besteht. Frau Ostmeier hat darauf hingewiesen. Wenn man in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Hamburg manches anders macht, kann und sollte man sich das einmal ansehen. Prüfen und entscheiden, ob wir etwas verändern sollten, müssen wir natürlich selbst.

Es sind einzelne Forderungen aufgestellt worden. Die Veröffentlichung eines jährlichen Berichts kann sinnvoll sein und dient der Transparenz. Das ist zweifellos so. Der Aufwand dafür dürfte überschaubar sein, Frau Ministerin. Mögliche Zweifel an der Ordnungsmäßigkeit der Zuweisungen könnten schon an dieser Stelle zerstreut werden.

Dass sich die Entscheider bei vorhandenen persönlichen Interessen jeder Amtshandlung zu enthalten haben, ist selbstverständlich. Dennoch ist es natürlich so - das wissen wir alle -, dass gerade Justizangehörige auch Funktionen in justizbezogenen Organisationen innehaben, was wir wollen und was zu befürworten ist.

Natürlich dürfen persönliche Interessen der Richterinnen und Richter bei der Verhängung von Geldauflagen keine Rolle spielen. Hierfür gibt es auch keine Hinweise.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es gibt gar keine Möglichkeit!)

Auch wenn Herr Breyer eben betont hat, dass er die Betroffenen nicht unter Generalverdacht stelle, macht er genau dies im nächsten Satz. Von daher ist es etwas widersprüchlich, was Sie hier vortragen, Herr Breyer.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Welcher Satz, Herr Kollege?)

Es ist tatsächlich nachdenkenswert, die Qualitätskriterien und **Nachweispflichten** für Interessenten an Geldauflagen zu überarbeiten. Es darf aber die Organisationen auch nicht überfordern. Es sind auch viele kleine Organisationen ohne große Geschäftsführer oder Gehälter dabei. Es muss im Verhältnis zum finanziellen Ertrag bleiben. Schauen Sie sich doch einmal die einzelnen Beträge an: Davon kann man keinen Geschäftsführer oder sonstige große Ausgaben bezahlen. Das sind alles überschaubare Beträge.

Nach der Forderung der PIRATEN sollen zudem die einschlägigen Gesetze geändert werden, um ei-

(Thomas Rother)

ne komplette Vergabe der Mittel über Sammelfonds zu erreichen. Unmittelbare Geldzuweisungen an gemeinnützige Einrichtungen sollen gänzlich ausgeschlossen werden. Parallele Vergaben - so macht man das ja auch derzeit in Hamburg - wären damit auch nicht mehr möglich.

Im Einzelfall kann aber eine direkte Zuweisung durch das Gericht an eine bestimmte Organisation eben gerade sinnvoll sein, wenn ein **sachlicher Zusammenhang zur Tat** und zur Arbeit einer bestimmten Organisation hergestellt werden kann.

(Zuruf Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

So geschieht es ja in der Regel auch. Es hat natürlich auch einen erzieherischen Nutzen, wenn der Trunkenheitsfahrer an den Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr - so etwas gibt es tatsächlich - zahlen muss oder ein volksverhetzender Neonazi die Arbeit der Amadeu-Antonio-Stiftung unterstützen muss. Diese Entscheidung würde ich gern weiter dem Gericht überlassen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP] - Wortmeldung Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Auch können Prozessbeteiligte derzeit Vorschläge für die Verwendung der Geldbuße machen, was nach dem Piratenantrag auch nicht mehr möglich wäre. Man sollte sich wirklich gut überlegen, ob man das abschaffen will.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Patrick Breyer?

Thomas Rother [SPD]:

Nein, in diesem Fall nicht. Irgendwann ist es auch einmal gut.

Es geht auch bei dieser Sache nicht um das Geldmachen für bestimmte anerkannte Organisationen, sondern um Strafe. Die Strafe sollte einen Bezug zur Tat haben. Das kann über eine **Fondsverteilung** nicht nachvollzogen werden.

In Hamburg sind im Fondsverteilungsgremium tatsächlich Richter, Staatsanwälte, Justizbehörde und Sozialbehörde vertreten: ein sehr kleiner Kreis. Dennoch bietet auch diese Einrichtung eines Sammelfonds keine Gewähr dafür, dass die verteilenden Gremienmitglieder bei der Zuteilung der Geldbußen frei von persönlichen Interessen wären. Schauen Sie einmal in den Bericht des Hamburgischen Rechnungshofes für das Jahr 2016, dann müssen Sie nicht auf unseren warten.

Unabhängig davon ist bei einem zentralen Vergabegremium ein personeller Mehraufwand erforderlich: Fluch des Flächenstaates im Vergleich zum Stadtstaat. Das richtet sich auch danach, ob dies landesweit, örtlich oder nach Gerichtsbezirken organisiert werden soll. Hierzu enthält ihr Antrag keine Aussage.

Dennoch sind die Vorschläge der Piratenfraktion der Erörterung wert, auch wenn die Fundstellen in ihrem Antrag aus dem Jahr 1972, aus der 6. Wahlperiode des Bundestages, stammen. Es ist schon bemerkenswert, dass diese Vorschläge damals schon verworfen wurden.

(Uli König [PIRATEN]: Da sehen Sie mal, wie gut wir recherchiert haben!)

- Das stimmt. Man mag sich gar nicht vorstellen, wie weit zurück Sie noch gehen würden, wenn Sie noch länger recherchiert hätten.

Wie aber bei vielen Initiativen sollte es dem Fachausschuss überlassen bleiben zu sehen, was Vernünftiges dabei ist. Die Ausschussvorsitzende Frau Ostmeier hat ja vernünftige Vorschläge gemacht, wie man damit umgehen sollte. In dieses zuständige Gremium sollten wir den Antrag daher überweisen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Burkhard Peters von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bisher dachte ich, die **Autonomie der Justiz** sei für die PIRATEN und vor allem für Sie, Herr Kollege Dr. Breyer, ein herausragend wichtiges Anliegen.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Ist sie auch!)

Ich sehe bei Ihnen da einen Wertungswiderspruch. Bisher entscheiden die Richterinnen und Richter sowie die Staatsanwaltschaften weitgehend eigenständig über die Zuwendungsempfänger von Geldauflagen. Nun möchten Sie der Justiz in dieser Hinsicht ein sehr enges Korsett der Kontrolle anlegen. Auf den ersten Blick passt das aus meiner Sicht nicht zusammen. Vielleicht können Sie mir das später im Ausschuss noch einmal erklären.

(Burkhard Peters)

Presseöffentlich garniert haben Sie Ihren Antrag mit dem Hinweis, die Justiz habe in anderen Bundesländern für Aufsehen gesorgt: etwa mit Zuweisungen an Eisenbahnfreunde, Trinkkegelcousins - was immer das auch ist -, Karnevalsvereine oder Einrichtungen, mit denen die zuständigen Justizbediensteten oder ihre Angehörigen persönlich verbunden gewesen seien.

Zur Skandalisierung hier in Schleswig-Holstein taugt das Thema überhaupt nicht. Aufsehererregende Fälle von Zuweisungen an obskure Einrichtungen sind hier überhaupt nicht bekannt geworden - auch nicht in Bezug auf Interessenkollisionen, bei denen eigene Vereinsmitglieder faktisch aus der Familie begünstigt worden wären. Das ist in Schleswig-Holstein überhaupt nicht der Fall.

Allerdings wird bei der Lektüre der aufschlussreichen Kleinen Anfragen der PIRATEN deutlich, dass die Geldauflagen frei mit der Gießkanne über das Land verteilt werden. Es ist daher schwer nachvollziehbar, warum das eine Kinderhospiz reich bedacht wird, während das andere nahezu leer ausgeht.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Uli König [PIRATEN])

Für die möglichen Organisationen fehlt es beim bisherigen System an **Plan- und Berechenbarkeit der Zahlungseingänge**. Auch für Gerichte und Staatsanwaltschaften ist es bei den anfallenden Arbeitspensen nicht zumutbar, noch erhebliche Anstrengungen zu unternehmen, um alle Organisationen im Lande gleichmäßig zu bedenken.

Gleichzeitig weiß ich aus eigener Erfahrung als Strafverteidiger, dass viele Richterinnen und Richter bestimmte Favoriten haben - aber immer anlass- oder tatbezogen. Da habe ich noch nie erlebt, dass da in irgendeiner Art und Weise eine anrühige Zuwendung erfolgt wäre. Von daher kann ich das Problem nicht in seiner ganzen Tiefe nachvollziehen. Ich kann auch nicht nachvollziehen, was Sie hier antreibt, dieses Anliegen so stark zu forcieren. Aber wir wollen uns trotzdem damit befassen.

Kommen wir zu den Details: Der Veröffentlichung in einem Bericht kann ich näher treten, auch wenn ich den damit verbundenen Effekt für gering halte.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Aufwendiger wird es bei der Veröffentlichung bestimmter Informationen der Organisationen wie Satzung, Gemeinnützigkeitsanerkennung, Mittelverwendung, Tätigkeitsberichte oder Entscheidungsträger: Dr. Patrick Breyer will all das ganz

genau wissen. Schon heute aber müssen die Empfängerinstitutionen nach der geltenden Rechtslage in Schleswig-Holstein dem Oberlandesgericht genau diese Dinge nachweisen, wenn sie in den Kreis der möglichen Geldempfänger aufgenommen werden wollen.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Aber nicht der Öffentlichkeit!)

- Ja, gut: Natürlich ist Transparenz ein hohes Gut, aber Tierheim und lokalem Kinderhospiz wird damit einiges an Organisationslast aufgebürdet. Gerade die kleinen Organisationen mit wenig Verwaltung werden dadurch stark belastet. Die wollen ihr Geld eben ihrem Zweck zuwenden und nicht mit diesem Organisationsquatsch belastet werden. Ob der Ansatz der PIRATEN in diesem Punkt überzogene Anforderungen aufstellt, müssen wir genauer im Ausschuss beraten.

Auch der Vorschlag der Einrichtung von **Sammel-fonds** klingt nach bürokratischer Überregulierung. In aufgesplitteten Sammel-fonds soll zukünftig alles eingezahlt werden, und ein Gremium verteilt anschließend den Geldsegen.

(Zurufe Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Das hört sich erst einmal gerecht an, aber die Kosten und der damit verbundene Aufwand würden mich schon interessieren. Auch hier werden wir im Ausschuss genauestens klären müssen: Wer sitzt in dem Gremium, zu welchem Preis und mit welcher Marschroute? Ich bin durchaus noch nicht überzeugt, ob die Verteilung aus einem Fonds gerechter erfolgt als direkt aus den Händen der Staatsanwaltschaft und Gerichte.

Noch ein Punkt, der mir wesentlich erscheint: Die direkte **Verknüpfung zwischen Tat und Bußgeldzahlung** wird durch einen Sammel-fonds tendenziell aufgehoben. Im Rahmen der mündlichen Verhandlung wird das ja ausdiskutiert. Die Verletzung von Unterhaltspflichten kann im Rechtsgespräch zwischen den Prozessbeteiligten zum Beispiel mit einer Zahlung an einen lokalen Kindergarten geahndet werden. Gleichermaßen kann für eine Körperverletzung eine Buße an den lokalen Weißen Ring auferlegt werden. Diese Konnexität erscheint mir gerade im Rahmen einer gut geführten Strafverhandlung zielführend. Sie führt nach meiner Erfahrung auch bei den zahlungsverpflichteten Angeklagten zu höherer Akzeptanz. Das nur für mehr Transparenz zu opfern, halte ich für sehr problematisch. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Burkhard Peters)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat der Vorsitzende, Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch unter Inkaufnahme eines Ordnungsrufes möchte ich hier erklären, dass der Vorschlag des - Kollege möchte ich nach seinem Auftritt gar nicht mehr sagen - Abgeordneten Dr. Breyer absoluter Bullshit ist und darauf hindeutet, dass der Richter auf Probe von der Strafprozessordnung und von der Strafprozessführung null Ahnung hat.

(Beifall FDP und Hans-Jörn Arp [CDU])

Das Erste, Herr Kollege - nein, Herr Abgeordneter - Dr. Breyer, ist, dass wir über Geldstrafen nicht reden können, weil die gar nicht verteilungsfähig sind. Die fließen der Landeskasse zu. Dann möchte ich Ihnen einmal sagen, dass nach § 153 a Strafprozessordnung nicht die Gerichte entscheiden, wohin Geldbußen gezahlt werden. Wir haben da auch keine Tat und keinen Täter, weil das Verfahren eingestellt wird.

Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die Sie kennen sollten, schafft die Einstellung eine **Verfahrenserledigung eigener Art**. Es muss vom Angeklagten und von der Staatsanwaltschaft die Zustimmung erteilt werden. Wenn einer nicht zustimmt, gibt es keine Geldbuße.

Weil wir keine Mittel hatten, habe ich in der Zeit zwischen 2009 und 2012 unserem Generalstaatsanwalt vorgeschlagen, doch darauf Wert zu legen, dass die Hälfte des Geldbußenbetrages immer zugunsten der **Landeskasse** ausgewiesen werden muss und die andere Hälfte verteilt werden kann. Man könnte, um den von Ihnen insinuierten korruptiven Verhaltensweisen bei Gericht vorzubeugen, auf die Idee kommen, es sei vielleicht ein sinnvoller Vorschlag, Geldbußen grundsätzlich verpflichtend an die Landeskasse abzuführen. Eine einzige Anweisung an die Generalstaatsanwaltschaft durch die Justizministerin würde reichen, dies umzusetzen: Dann kann an eine gemeinnützige Organisation nichts mehr verteilt werden. So einfach wäre das. Dann brauchen wir keinen Fonds.

Ich kann Ihnen sagen, warum es sinnvoll ist, dass man das durch gemeinnützige Einrichtungen löst. Die Einrichtungen müssen übrigens in Schleswig-

Holstein einen Nachweis erbringen, der seinesgleichen sucht. Manche kleine gemeinnützige Einrichtung hat schon Schwierigkeiten, diese Anforderungen zu erfüllen, was ich auch für problematisch halte.

(Beifall Martin Habersaat [SPD])

Ihre Erklärung, Sie würden riesige Gehälter auszahlen, scheidet bereits am Gemeinnützigkeitsrecht der Abgabenordnung. Ich kann Ihnen das vielleicht einmal erläutern, wenn Sie ein bisschen Zeit haben. - Ob Sie den Kopf schütteln, spielt dabei gar keine Rolle.

Viele der Betroffenen sind überhaupt nur bereit, auf ein Verfahren nach § 153 a StPO einzugehen, wenn sie selbst jedenfalls mit darüber bestimmen können, wohin die Zahlungen erfolgen, die sie erbringen sollen.

Ich habe - ich weiß gar nicht mehr, wann das war, 2016 oder 2015 - in Kiel ein großes Strafverfahren gehabt, das gegen Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 2 Millionen € nach § 153 a StPO mit der Einstellung des Verfahrens endete. Weil es öffentlich war, kann ich das hier sagen. Das wäre nicht zustande gekommen, und zwar auch aufgrund der Verteidigerhaltung, wenn der Mandant, der das - die 2 Millionen € - bezahlen sollte, nicht die Möglichkeit gehabt hätte, das Geld wenigstens dort hinzugeben, in die gemeinnützige Einrichtung, die er für sinnvoll gehalten hat. Wir hätten das Verfahren fortgesetzt, das hätte mit einem Freispruch geendet - was auch immer. Das hätte das Land Schleswig-Holstein viel Geld gekostet. Das war also eine sinnvolle Regelung. Aber das aufheben zu wollen und das sozusagen als Maßnahme der praktischen Vernunft zu verkaufen, das sprengt nun wirklich alle Größenordnungen.

Sie haben in der Sache keine Ahnung. Sie insinuierten Korruption und mangelnde Transparenz. Sie schaden damit - mit solchen zu vernachlässigenden Beiträgen - den gemeinnützigen Vereinen, der Justiz in Schleswig-Holstein und dem Ansehen dieses Parlaments.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

(Zurufe)

Ich gehe davon aus, dass der genannte Begriff vom Abgeordneten schon selbst als parlamentarisch in

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Zweifel gezogen worden ist. Einen Ordnungsruf gebe ich dafür nicht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das war englisch!)

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie schon gerade eben erwähnt, geht es in dem vorliegenden Antrag um eine **Reform der Zuweisung von Geldauflagen in Strafverfahren**. Die aktuelle Gesetzgebung sei unzureichend und die Praxis gehe intransparent vonstatten, heißt es im Antrag der PIRATEN.

Fakt ist: Geldauflagen sind althergebrachte gängige Praxis bei Gericht, auch in Schleswig-Holstein. Die Auflagen sollen eine nachhaltig positive, kriminalpräventive Wirkung erzielen, und es werden somit ausschließlich **gemeinnützige Einrichtungen** begünstigt. Diese werden in Listen geführt, was die jeweiligen Arbeitsschritte deutlich vereinfacht. Aber es ist natürlich auch möglich, von diesen Listen abzuweichen. Für uns als SSW besteht kein Anlass, an dem Pflichtbewusstsein oder gar der Rechtsstaatlichkeit der schleswig-holsteinischen Justiz zu zweifeln - wie es die PIRATEN tun.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Nein, das haben wir doch auch nicht getan!)

Zudem erfolgt eine solche Geldbuße in der Urteilsprechung durch das Gericht und so auch unter Beteiligung der Staatsanwaltschaft und des Beschuldigten und seiner Verteidigung. Der Kollege Kubicki hat das gerade eben schon einmal dargelegt. Auch Richterinnen und Richter stehen in der Öffentlichkeit, und ihr Tun und Wirken steht eben auch unter Beobachtung. Das ist durchaus für alle sichtbar. Außerdem sei gesagt, dass es sich in den meisten Fällen um kleine Beträge handelt. Da stopfen sich also nicht irgendwelche gemeinnützigen Organisationen irgendwie die Taschen voll.

Nichtdestotrotz geht es für uns als SSW in erster Linie darum, den **Bezug zwischen einer Tat und einer Sanktion** herstellen zu können. In der Praxis wird dies so gehandhabt. Dies lässt sich aus der Auflistung der bisherigen Begünstigten eindeutig erkennen. Das zeigt, dass die Gerichte dies wohl doch am besten selbst entscheiden können.

Mit einer Errichtung eines **Sammelfonds** wäre eine solche Verbindung zwischen Tat und den entsprechenden Auflagen nicht mehr so leicht möglich, weil die Begünstigten eingegrenzt wären und man sich an die Liste halten müsste. Wenn man dann

beispielsweise rassistisch gegenüber Minderheiten handelt, eine Minderheitenorganisation oder eine entsprechende Organisation aber nicht auf der Liste steht, könnte man eine solche Beziehung nicht mehr herstellen. Das wäre schade. Ich glaube, das wird heute gut gehandhabt. Deshalb gibt es auch in dem Bereich keinen Handlungsbedarf.

Die Unmittelbarkeit wäre in einem solchen Beispiel passé. Zudem stellt sich auch die Frage: Wie häufig soll sich denn ein solches Gremium, das diesen Sammelfonds steuert, überhaupt treffen?

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Wie in Hamburg!)

Denn wir haben ja wirklich relativ viele Verfahren vor Gericht. Soll das nun angepasst an sämtliche Verfahrensprozesse laufen, also so ad hoc, wenn man wieder einmal ein Urteil bekommt? Oder soll das vielleicht viermal im Jahr geschehen, wo man die dann alle sammelmäßig abarbeitet?

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: So ist das, so funktioniert das in Hamburg!)

- Ja, lieber Kollege Breyer, dann läge zwischen der Verurteilung und der konkreten Sanktion eine Ewigkeit. Das ist doch eigentlich etwas, was wir gar nicht haben wollen. Ein solches Gremium müsste wahrscheinlich wöchentlich oder gar täglich tagen.

(Zuruf Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Das will aber kein Mensch. Das wäre ein riesiger Aufwand.

Darüber hinaus stellt sich auch die Frage: Was ist mit den Organisationen und Vereinen - das habe ich ja gerade eben schon gesagt -, die nicht Teil des Sammelfonds sind? Die haben null Chancen, begünstigt zu werden, was Ihrem Bestreben eigentlich widersprechen müsste, lieber Kollege Dr. Breyer.

Zudem müsste Ihnen eigentlich auch aufgegangen sein, dass jede Person über ein eigenständiges Denken verfügt und somit auch über eigene Interessen. Auch Mitglieder eines Gremiums oder gar ein gesamtes Gremium, das einen Sammelfonds führen würde, verfügen über öffentliche wie private Interessen. Auch diese, nicht anders als Richter, Staatsanwälte, Verteidiger und Beschuldigte, haben eine private Meinung. Diese Interessen lassen sich eben nicht durch die Errichtung eines Gremiums sozusagen vernichten.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Dann wäre es aber keine Einzelentscheidung!)

(Lars Harms)

Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass Richter unabhängig handeln. Das sollten Sie, lieber Herr Dr. Breyer, doch eigentlich am besten wissen, schließlich sind Sie angeblich vom Fach. Die richterliche Unabhängigkeit ist in unserem Grundgesetz verankert. Das sollten wir dementsprechend anerkennen und auch unterstützen.

Zudem nehmen wir als SSW auch davon Abstand, der Justiz und den Gerichten indirekt Ratschläge zu erteilen - auch nicht aus unserer Politik. Grobe Fahrlässigkeit bei der Zuweisung von Geldauflagen zeichnen sich nämlich nirgends ab. Die machen ihren Job ordentlich und gut. Das einzige, was sich hier abzeichnet, ist, dass Ihre Fraktion, lieber Dr. Breyer, den Anschein erweckt, die Richterinnen und Richter in unserem Land arbeiteten fahrlässig und aus Eigennutz und Eigeninteresse.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Quatsch!)

Sie erwecken den Anschein, dass sich irgendwelche gemeinnützigen Organisationen die Taschen füllen. Ein solcher Eindruck schadet nicht nur der Justiz und den ehrenamtlichen Vereinen, sondern er schadet auch dem ganzen Land. So etwas braucht in der Tat kein Mensch.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Volker Dornquast [CDU])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Aus dem Parlament liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann hat jetzt die Landesregierung das Wort.

Das Wort hat die Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wenn man den vorliegenden Antrag der PIRATEN liest, könnte man meinen, es gebe in Schleswig-Holstein ein strukturelles, womöglich gar ein akutes Problem bei der Praxis der Geldauflagen. Die Lösung dieses Problems liege in den von den PIRATEN vorgeschlagenen Maßnahmen - so lautet es ja in dem Antrag -, insbesondere in der Einrichtung eines **Sammelfonds**. Aber so einfach ist die Welt nun auch nicht.

Der **Landesrechnungshof** - es wurde schon erwähnt - führt gegenwärtig eine Prüfung zu dem Thema „Geldauflagen in Strafsachen“ durch. Diese

Prüfung hat im August 2015 begonnen. Ganz aktuell, nämlich Mitte November 2016, hat mein Haus im dafür vorgesehenen Verfahren zur Prüfungsmitteilung auch Stellung genommen. Natürlich werden wir uns am Ende dieses Verfahrens das endgültige **Prüfungsergebnis** sorgfältig ansehen und prüfen, ob es etwas zu verbessern gibt. Das werden wir natürlich so machen. Vor diesem Hintergrund erscheint es aber wenig sinnvoll, hier und jetzt eine Paralleldiskussion zu eröffnen und den Ergebnissen der Prüfung vorzugreifen.

Zwei grundlegende Punkte möchte ich aber an dieser Stelle in jedem Fall klarstellen, damit hier kein falscher Eindruck im Raum stehenbleibt:

Zum einen bestehen keine Anhaltspunkte dafür, dass die schleswig-holsteinische Justiz die Zuweisung von Geldauflagen nicht mit dem gebotenen Verantwortungsbewusstsein vornimmt.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Barbara Ostmeier [CDU])

Zuweisungen von Geldauflagen werden erfasst. Interessierte gemeinnützige Einrichtungen werden in eine entsprechende Liste aufgenommen. Die Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts stellt beide Listen den Richterinnen und Richtern und den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten zu Informationszwecken zur Verfügung. Alle in der Sache entscheidenden Personen haben also einen Überblick über interessierte Einrichtungen und die Verteilung der zugewiesenen Geldauflagen. Der Generalstaatsanwalt führt darüber hinaus eine gesonderte Liste mit gemeinnützigen Einrichtungen mit Justiznähe und wertet die Zuweisungen der Staatsanwaltschaften regelmäßig aus.

Wie gesagt: Sollte es als Ergebnis der Prüfung konkreten Verbesserungsbedarf geben, wird sich die Justiz dem sicher nicht verschließen. Es ist aber wahrlich nicht so, dass aktuell bei uns Verhältnisse wie in Sodom und Gomorrha herrschen. Nicht umsonst stammen die Beispiele, lieber Herr Abgeordneter Dr. Breyer, die von Ihnen in der Öffentlichkeit zum Beweis von „zweifelhaften Geldzuweisungen“ angeführt werden, allesamt aus anderen Bundesländern.

Ich möchte noch einen zweiten Punkt betonen: Die Forderung nach einem zentral verwalteten **Sammelfonds** ist in meinen Augen sehr kritisch zu bewerten. Zum einen entbehrt sie bislang jeder tatsächlichen Grundlage. Denn noch einmal: Konkrete Anhaltspunkte für Unregelmäßigkeiten oder gar korruptes Verhalten bei der Auswahl der Geldaufлагempfänger gibt es in Schleswig-Holstein nicht.

(Ministerin Anke Spoorendonk)

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Sammelfonds wäre zum anderen aber auch nicht - wie von manchen angepriesen - das Allheilmittel. Auch das möchte ich an dieser Stelle einmal deutlich sagen. Es ist mehr als fraglich, ob die Einrichtung eines Sammelfonds tatsächlich für mehr Transparenz bei der Auswahl von Geldbußenempfängern sorgt und die Gefahr einer möglichen Selbstbegünstigung beseitigt. Denn auch die zuweisenden Gremienmitglieder können eigene Interessen haben. Auch das ist schon gesagt worden. Im jetzigen System bedarf die Zuweisung einer Geldbuße grundsätzlich immerhin der Zustimmung von Gericht, Staatsanwaltschaft und darüber hinaus auch des Beschuldigten - oft unter Mitwirkung eines Verteidigers. Die Zuweisung wird also wechselseitig durch alle Verfahrensbeteiligten kontrolliert und gebilligt.

Die **Zuweisung durch ein Verteilungsgremium** unterliegt keiner vergleichbaren unmittelbaren Kontrolle. Absprachen zu der Verteilungspraxis in Gremien, die möglicherweise von persönlichen Interessen und Verflechtungen beeinflusst sind, lassen sich jedenfalls nicht ausschließen. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auch auf die Beanstandungen des Rechnungshofs der Freien und Hansestadt Hamburg im Jahresbericht 2016. Hier wurden personelle Verflechtungen im Verteilungsgremium ausdrücklich gerügt.

Zudem wäre die Einrichtung eines Sammelfonds und dessen dauerhafte Unterhaltung vermutlich mit einem - im Vergleich zur bisher praktizierten Verfahrensweise - erheblichen **Mehraufwand** an Personal und damit auch an Kosten verbunden. Auch dieser Aspekt ist in die Betrachtung einzubeziehen, meine Damen und Herren Abgeordnete. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer das Wort.

(Unruhe)

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte gern mit Ihnen in einen Dialog über unseren Vorschlag eintreten.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Nö, wir aber nicht! Es reicht, dass wir Ihnen zuhören müssen! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Verschonen Sie uns mit Ihrem Dialog! - Weitere Zurufe)

Da nicht alle von Ihnen Zwischenfragen zugelassen haben, möchte ich gern auf diese Art und Weise auf Ihre Redebeiträge, auf das eine oder andere daraus, eingehen.

Wir haben unseren Antrag damit begründet, dass wir das Vertrauen in die Justiz sichern wollen, dass wir mehr **Transparenz und Verteilungsgerechtigkeit** wollen. Frau Kollegin Ostmeier, von Korruptionsprävention hatte ich nicht gesprochen. Davon gesprochen hat zum Beispiel der Landesrechnungshof in Niedersachsen. Der hat davon gesprochen, dass Justizmitglieder mitunter wirklich intensiver Werbung um Geldauflagen ausgesetzt sind. Der sieht an der Stelle die Notwendigkeit für Korruptionsprävention.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, Prävention hat es so an sich, dass sie vor der Korruption ansetzt. Das ist die Bedeutung von Prävention. Mit Ihrem Korruptionsregister machen Sie selbst nichts anderes.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Deswegen ist es kein Generalverdacht, wenn man auf Prävention setzt.

Ja, der Landesrechnungshof prüft schon heute, aber er prüft nicht die Verwendung der Mittel. Das ist bisher nicht möglich.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Gott sei Dank!)

Er prüft auch nicht, ob das System in der Art und Weise Sinn macht, das ist Aufgabe der Politik.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung der Frau Abgeordneten Ostmeier?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Gern.

Barbara Ostmeier [CDU]: Herr Dr. Breyer, diesen Begriff habe ich aus der Begründung Ihres Antrags, Drucksache 18/4823, Seite 2, vorletzter Absatz. Da schreiben Sie:

„In Anbetracht der hohen und steigenden Geldauflagen bedarf das deutsche Geldauflagensystem einer grundlegenden Reform im

(Dr. Patrick Breyer)

Sinne von Verteilungsgerechtigkeit, Transparenz und Korruptionsprävention.“

Das ist ein Begriff aus Ihrem Antrag.

- Das ist richtig, Frau Kollegin.

- Weil Sie gerade gesagt haben, davon hätten Sie selber nicht gesprochen: Das habe ich aus Ihrem Antrag entnommen. Das gehört dann zur Wahrheit doch auch dazu.

- Vielen Dank Frau Kollegin, da haben Sie die Antwort schon vorweggenommen. Es ist a) richtig, dass das in dem Antrag steht, und es ist b) richtig, dass ich nicht davon gesprochen habe. Danke schön.

(Zurufe)

Richtig ist, dass die Missbrauchsfälle bisher vereinzelt und in anderen Bundesländern aufgetreten sind. Richtig ist aber auch, dass wir nicht erst abwarten sollten, bevor so etwas auch bei uns vorkommt.

Richtig ist, dass es sich um **Kleinstbeträge** handelt. Richtig ist aber auch, dass gerade bei Kleinstbeträgen eine Bündelung Sinn macht, gerade im Hinblick auf den guten Zweck.

Richtig ist es, den Bezug zur Tat zu haben, Herr Kollegen Rother. Aber dass man zum Beispiel bei Alkoholmissbrauch entsprechenden Einrichtungen spendet, denen das zugutekommen soll, das geht auch mit Sammelfonds. Speziell für diesen Zweck gibt es auch einen Fonds.

Herr Kollege Harms, derzeit ist gerade nicht in dem Gesetz vorgesehen, dass die Geldauflage einen Bezug zur Tat haben muss. Gerade das wollen wir erst ins Gesetz schreiben. Das ist ein Punkt unseres Antrags, das in das Gesetz hineinzuschreiben.

Burkhard Peters fragte: Wie ist das mit der Autonomie der Justiz? - Lieber Kollege Peters, zur Autonomie der Justiz und zur rechtsprechenden Tätigkeit gehört nicht die Verteilung von Geldauflagen. Dazu gibt es Rechtsgutachten, die belegen, dass das nicht Kernbereich der Rechtsprechung ist.

Herr Kubicki meint, überzogene Gehälter bei **gemeinnützigen Organisationen** würde schon die Abgabenordnung ausschließen. Richtig ist aber, dass die Strafprozessordnung gar nicht verlangt, dass die Organisationen, zugunsten derer Geldauflagen verhängt werden, als gemeinnützig anerkannt sind. Das wollen wir erst durch unseren Antrag einführen.

(Unruhe)

Und die Mitwirkung - -

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Ich komme zum Schluss. - Und die Mitwirkung der Beschuldigten an diesen Geldauflagen hat die Missbrauchsfälle anderswo nicht verhindern können. Deswegen bedanke ich mich für Ihre Unterstützung, zumindest in dem ersten Punkt, was die Transparenz angeht, und ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

So, es gab während der Wortmeldungen einige Andeutungen zu einer Ausschussüberweisung. Habe ich das richtig verstanden?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Präsident, wir beantragen Abstimmung in der Sache!)

- Ja, das ist klar. Aber ich muss zunächst einmal, wenn ein Antrag auf Überweisung gestellt wird, dem auch nachkommen. Deshalb frage ich noch einmal, ob ein Antrag auf Überweisung gestellt worden ist. Ich bitte um ein Handzeichen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Ja, von Frau Ostmeier!)

- Bitte?

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Frau Ostmeier hat den Antrag in ihrer Rede erwähnt!)

- Gut. Dann lasse ich zunächst über die Ausschussüberweisung abstimmen. Wer der Ausschussüberweisung in den Innen- und Rechtsausschuss zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der PIRATEN und einzelne Abgeordnete der Fraktion der CDU. Wer ist gegen eine Ausschussüberweisung? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Fraktion der FDP. Und dann gibt es wahrscheinlich noch einige Enthaltungen? - Eine Enthaltung ist sichtbar. Gut, dann ist diese Ausschussüberweisung abgelehnt.

Wir stimmen jetzt in der Sache ab. Wer für diesen Antrag der Fraktion der PIRATEN ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Wer ist gegen diesen Antrag? - Das sind alle anderen Fraktionen. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Anbetracht der vorgerückten Stunde und vieler Termine heute Abend wünsche ich Ihnen einen angenehmen Abend, gute Gespräche und eine gute Nachtruhe. Wir sehen uns morgen um 10 Uhr wieder. Ich unterbreche die Tagung.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:58 Uhr

Anlage 1

Namentliche Abstimmung

135. Sitzung am 14. Dezember 2016

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2017

Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 18/4356, Bericht und Beschlussempfehlung
des Finanzausschusses, Drucksache 18/4918, Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN,
Drucksache 18/4967 Nummer 27
(Seite 11334 des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
CDU		Jürgen Weber	Nein
Hans-Jörn Arp	Ja	Lars Winter	Nein
Dr. Axel Bernstein	Ja		
Johannes Callsen	Ja	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Astrid Damerow	Ja	Rasmus Andresen	Nein
Volker Dornquast	Ja	Dr. Marret Bohn	Nein
Heike Franzen	Abwesend	Anke Erdmann	Nein
Hauke Göttisch	Ja	Marlies Fritzen	Nein
Daniel Günther	Ja	Eka von Kalben	Nein
Hartmut Hamerich	Ja	Detlef Matthiessen	Nein
Karsten Jasper	Ja	Burkhard Peters	Nein
Klaus Jensen	Ja	Ines Strehlau	Nein
Tobias Koch	Ja	Dr. Andreas Tietze	Nein
Peter Lehnert	Ja	Bernd Voß	Nein
Jens-Christian Magnussen	Ja		
Hans Hinrich Neve	Ja	FDP	
Petra Nicolaisen	Ja	Dr. Heiner Garg	Ja
Barbara Ostmeier	Ja	Anita Klahn	Ja
Katja Rathje-Hoffmann	Ja	Dr. Ekkehard Klug	Ja
Heiner Rickers	Ja	Wolfgang Kubicki	Ja
Klaus Schlie	Ja	Oliver Kumbartzky	Ja
Peter Sönnichsen	Ja	Christopher Vogt	Ja
Rainer Wiegard	Ja		
SPD		PIRATEN	
Torsten Albig	Nein	Angelika Beer	Ja
Wolfgang Baasch	Nein	Dr. Patrick Breyer	Ja
Dr. Kai Dolgner	Nein	Wolfgang Dudda	Ja
Peter Eichstädt	Nein	Uli König	Ja
Kirsten Eickhoff-Weber	Nein	Sven Krumbeck	Ja
Martin Habersaat	Nein	Torge Schmidt	Ja
Bernd Heinemann	Nein		
Birgit Herdejürgen	Nein	SSW	
Thomas Hölck	Nein	Lars Harms	Nein
Stefan Bolln	Nein	Flemming Meyer	Nein
Serpil Midyatli	Nein	Jette Waldinger-Thiering	Nein
Birte Pauls	Nein		
Tobias von Pein	Nein		
Regina Poersch	Nein		
Beate Raudies	Nein	Zusammenstellung:	
Sandra Redmann	Nein	Abgegebene Stimmen	68
Thomas Rother	Nein	davon	
Katrin Fedrowitz	Nein	Jastimmen	33
Dr. Ralf Stegner	Nein	Neinstimmen	35
Kai Vogel	Nein	Enthaltungen	-

Anlage 2

Namentliche Abstimmung

135. Sitzung am 14. Dezember 2016

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2017

Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 18/4356, Bericht und Beschlussempfehlung
des Finanzausschusses, Drucksache 18/4918, Änderungsantrag der Fraktion der CDU,
Drucksache 18/4965 Nummer 72
(Seite 11336 des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
CDU		Jürgen Weber	Nein
Hans-Jörn Arp	Ja	Lars Winter	Nein
Dr. Axel Bernstein	Ja		
Johannes Callsen	Ja	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Astrid Damerow	Ja	Rasmus Andresen	Nein
Volker Dornquast	Ja	Dr. Marret Bohn	Nein
Heike Franzen	Abwesend	Anke Erdmann	Nein
Hauke Göttisch	Ja	Marlies Fritzen	Nein
Daniel Günther	Ja	Eka von Kalben	Nein
Hartmut Hamerich	Ja	Detlef Matthiessen	Nein
Karsten Jasper	Ja	Burkhard Peters	Nein
Klaus Jensen	Ja	Ines Strehlau	Nein
Tobias Koch	Ja	Dr. Andreas Tietze	Nein
Peter Lehnert	Ja	Bernd Voß	Nein
Jens-Christian Magnussen	Ja		
Hans Hinrich Neve	Ja	FDP	
Petra Nicolaisen	Ja	Dr. Heiner Garg	Ja
Barbara Ostmeier	Ja	Anita Klahn	Ja
Katja Rathje-Hoffmann	Ja	Dr. Ekkehard Klug	Ja
Heiner Rickers	Ja	Wolfgang Kubicki	Ja
Klaus Schlie	Ja	Oliver Kumbartzky	Ja
Peter Sönnichsen	Ja	Christopher Vogt	Ja
Rainer Wiegard	Ja		
SPD		PIRATEN	
Torsten Albig	Nein	Angelika Beer	Ja
Wolfgang Baasch	Nein	Dr. Patrick Breyer	Ja
Dr. Kai Dolgner	Nein	Wolfgang Dudda	Ja
Peter Eichstädt	Nein	Uli König	Ja
Kirsten Eickhoff-Weber	Nein	Sven Krumbeck	Ja
Martin Habersaat	Nein	Torge Schmidt	Ja
Bernd Heinemann	Nein		
Birgit Herdejürgen	Nein	SSW	
Thomas Hölck	Nein	Lars Harms	Nein
Stefan Bolln	Nein	Flemming Meyer	Nein
Serpil Midyatli	Nein	Jette Waldinger-Thiering	Nein
Birte Pauls	Nein		
Tobias von Pein	Nein		
Regina Poersch	Nein		
Beate Raudies	Nein	Zusammenstellung:	
Sandra Redmann	Nein	Abgegebene Stimmen	68
Thomas Rother	Nein	davon	
Katrin Fedrowitz	Nein	Jastimmen	33
Dr. Ralf Stegner	Nein	Neinstimmen	35
Kai Vogel	Nein	Enthaltungen	-